

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

Politische Berichte



1. September 1989
Jg. 10 Nr. 18

G 7756 D

Preis:
2.50 DM

CDU

Dunkle
Vorgänge
bei den
Schwarzen

Seite 8



Türkei/Kurdistan

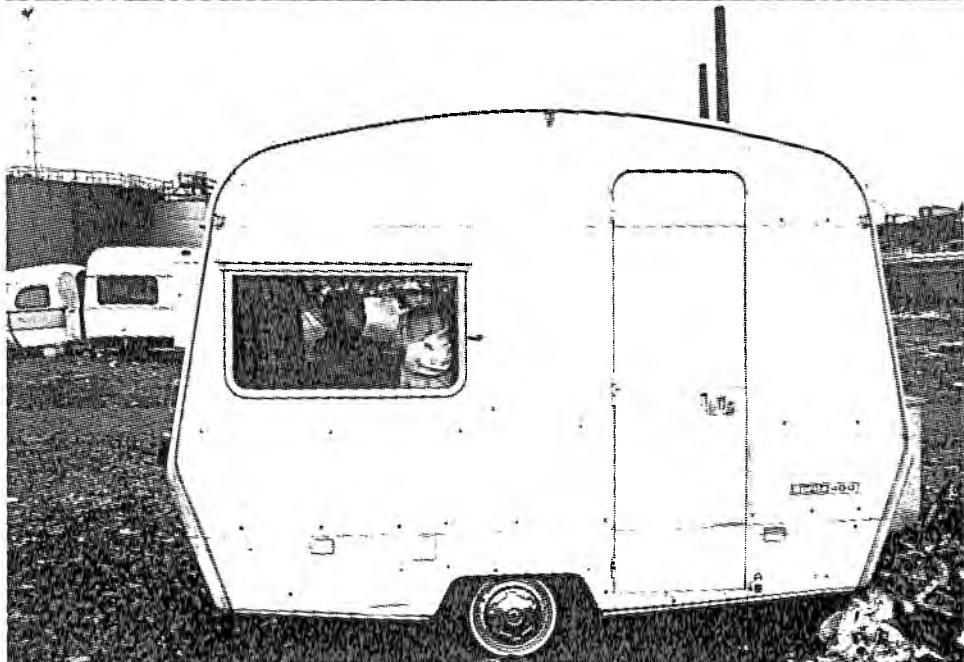
Hungerstreik
schwächt türkischen
Faschismus

Seite 12

Betriebsverfassung

Neue Gesetz-
entwürfe
von SPD
und Grünen

Seite 19



Luft- und Raumfahrtindustrie

Monopol-
kommission
bekräftigt
Neuordnung

Seite 32

Vertreter der Roma befürchten, daß ab September in zahlreichen Städten die größte Vertreibungsaktion gegen Roma und Cinti seit Bestehen der BRD durchgeführt wird.

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK. 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/21 1658

Inhalt	18/89
Aktuelles aus Politik und Wirtschaft	
Aktuell in Bonn	4
Regierungspolitik: Kampagne gegen die DDR mobilisiert faschistische Kräfte	5
GdP/Namibia: Kritik an Expansionsplänen	7
Berufsverbote: Widerstand gegen Entlassung	7
Bundeswehr: Zeit- und Berufssoldaten gefragt	7
CDU: Dunkle Vorgänge bei den Schwarzen	8
Die CDU-Zentrale zur Mitgliederentwicklung	9
Unternehmensbilanzen: Hervorragendes Geschäftsjahr	10
„Kriegskassen“ gut gefüllt	10
Aus Vorstandssreden vor Hauptversammlungen	11
Auslandsberichterstattung	
Türkei/Kurdistan: Hungerstreik schwächt Faschismus	12
Einflüsse der Imperialisten auf den türkischen Strafvollzug	13
Südafrika/Azania: Labour Relations Act	13
Ei Salvador: Gutachten: ARENA verschärft die Krise	14
Palästina: Geheimverhandlungen über Wahlen	14
VR Polen: Klerus greift zur Macht	15
Internationale Kampuchea-Konferenz: Die Imperialisten wollen nicht Frieden, sondern Expansion	15
Internationale Meldungen	16
Aus Verbänden und Parteien	
Veröffentlichungen:	
Sprunghafte Ausweitung der Schichtarbeit	18
Arbeitsschutz am Computer	18
Ein vergessener Holocaust	18
Made in Korea: Der Kampf der Arbeiterinnen bei Adler	19
Betriebsverfassung: Entwürfe von SPD und Grünen	19
Reportagen und Berichte regional	
Regionale Nachrichten	21
Jugendgästehaus Dachau: CSU-Konzept durchgesetzt	22
Faschistische Banden: Morddrohungen gegen Sozialdemokraten	22
Einzelhandel Bayern: „Stadtabend“ statt Spätöffnung	23
Nürnberg: Hausbesetzungen und Perspektiven	23
PWA: Mit voller Kriegskasse Aufbruch nach Europa	24
Antikriegstag 1989: Aktionseinheit gegen Europapläne	25
Kommunalwahlen Bielefeld: Statt REP: Oetkers Bürgergemeinschaft	25
Freudenberg-Konzern: Belegschaft kämpft gegen geplante Einführung von Samstagsarbeit	26
Ein Weltkonzern als „Familienbetrieb“ in Leder	27
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung	28
Asylverfahren: Innenminister Stock baut Abschiebungs-maschinerie	29
Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge	
Bücher: Die französische Revolution	30
Wichtiges Standardwerk	30
Darstellung und Dokumente	30
Preiswerte Dokumentation	30
Französische Revolution: Soboul über Sansculotten	31
Luft- und Raumfahrtindustrie: Monopolkommission bekräftigt Neuordnung	32
Spezialberichte	
Heimatlose Roma: „Integration“ weniger, Vertreibung vieler: Staatliche Konzepte mit kirchlichem Segen	34
Kölner Modell — Muster einer alt-neuen Zigeunerpolitik	34
Bleiberecht und Selbstorganisation oder Selektion und Bevormundung?	35
Roma-Erfahrungen mit Diakonischem Werk Hamburg	38

Konferenz von BWK und VSP

Am Wochenende vom 26. und 27. August tagten das ZK der VSP und eine Delegation des BWK aus Bundesvorstand und Delegierten. Im Mittelpunkt der Debatte stand der Programmenvorschlag der VSP, den die Delegation des BWK als Grundlage für die Diskussion akzeptiert hatte. Beide Delegationen stellten am Schluss einmütig fest, daß es möglich ist, daß die beiden Organisationen die Programmdiskussion im wesentlichen auf der Grundlage des vorliegenden Entwurfs führen. Neben einem Austausch in Arbeitsgruppen zu den einzelnen Kapiteln des Entwurfs am Samstag nachmittag gab es am Sonntag eine kontroverse Debatte über die Beurteilung der Einhaltung der demokratischen Rechte in den Staaten des Warschauer Pakts und China und die Haltung zur Opposition dort selbst. Dazu werden individuelle Beiträge als Materialien zur weiteren Diskussion erscheinen. Der um die an diesem Wochenende erzielten Konsenspunkte bereinigte Programmenvorschlag wird in der nächsten gemeinsamen Beilage veröffentlicht werden; ebenso der Entwurf für das Statut, auf den sich die beiden Schiedskommissionen geeinigt haben. Darüberhinaus wird die Beilage Material zur Debatte über das Selbstverständnis der vereinigten Organisation enthalten, und natürlich das Protokoll der gemeinsamen Sitzung sowie ihrer Arbeitsgruppen. — (SoZ/PB)

Palme-Mord: „taz“ enthüllt weiter

Die Ermordung des schwedischen Regierungschefs Olaf Palme hat schon Stoff für verschiedene falsche Spuren und andere Geheimdienst- und Polizeiintrigen geboten. Noch vielen in Erinnerung ist der Versuch der schwedischen Ausländerpolizei und des Geheimdienstes Saepo, die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) mit der Ermordung Palmes in Verbindung zu bringen, und die daran anschließenden Durchsuchungen und Verhaftungen gegen kurdische Organisationen in Schweden. Die Intrige kostete am Ende den dafür verantwortlichen Polizeichef Holmer seine Stelle.

Nun hat die „taz“, die schon bei der Weiterverbreitung der ersten Saepo-Intrige

gegen die PKK in der BRD eine üble Rolle gespielt hat, eine neue Nachricht aus Schweden. Ohne die Glaubwürdigkeit ihrer Nachricht irgendwo infrage zu stellen, berichtet die „taz“ am 26.8., die Saepo verfüge über ein Tonband mit Telefongesprächen eines sowjetischen Diplomaten, das „beweise, daß sowjetische Regierungsstellen von dem Mord gewußt, ihn aber nicht selbst ausgeführt hätten.“ So falle erneut der Verdacht auf die PKK: Die Saepo vermute, „die Sowjetunion lasse ‘Terroristenorganisationen’ anderer Länder in eigener Sache arbeiten.“ Die Sowjetunion habe diesen Verdacht von sich gewiesen. So verbreitet die „taz“ die nächste Verdächtigung gegen die PKK aus altbekannter Quelle. Das Thema der neuen Intrige lautet: Welche internationalen Verbindungen hat die PKK? Das interessiert die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe schon lange. — (rül)

Alliierte: Zahl der Flüge bleibt

In der Auseinandersetzung um die Streichung von 36 von über 300 täglichen Flugbewegungen auf dem Flughafen Tegel in Westberlin scheinen die Alliierten ihre Entscheidung getroffen zu haben. Der US-Luftfahrtattaché A. Weygandt gab der „Berliner Morgenpost“ ein Interview, in dem er deutlich machte, daß die westlichen Alliierten den Vorschlägen des Senats nicht folgen und den Winterflugplan ungekürzt genehmigen wollen. Eine eventuelle Kooperation mit dem DDR-Flughafen Schönefeld lehnte er ab mit den Worten: „Die DDR ist für uns kein Gesprächspartner.“ Der SPD/AL-Senat war mit seinem Vorschlag einem 1988 von mehr als 70000 Einwohnern unterstützten Bürgerbegehren gegen den Fluglärm entgegengekommen. Bundesverkehrsminister Zimmermann und Regierungssprecher Schmülling hatten behauptet, der freie Zugang zur Stadt würde durch den Senatsvorschlag gefährdet. Durch den starken Flugverkehr (Steigerung 25 % im letzten Jahr) soll der Flughafenausbau erzwungen werden. — (chk)

ALL Stuttgart: Keine MLPD-Kandidaten

Am 15.8.89 entschied die Mitgliederversammlung der Alternativen Linken Liste Stuttgart (ALL) mit ca. 55 Stimmen gegen 14 Stimmen bei sechs Enthaltungen, die zunächst aufgestellte Kandidatenliste nicht mehr für Kandidaten der MLPD zu öffnen. Die MLPD hatte einen entsprechenden Antrag gestellt und hätte bei der Öffnung der Liste auf die eigene Kandidatur verzichtet, die ein Parteitag im letzten Jahr beschlossen hatte. Ein „technischer Ausschuß“ der ALL war daraufhin zum Schluß gekommen, daß eine neuerliche Aufstellung der Liste mit allen Formalitäten zwar zeitlich knapp, aber möglich wäre. Dann entschied eine Kreismitgliederversammlung der DKP einstimmig, daß der „Umdenkungsprozeß“ bei der MLPD begrüßt werde, eine Öffnung der Liste aber abgelehnt werde, u.a. weil andere bereits nominierte Kandidaten dann ihre Kandidatur zurückziehen würden, oder auch, weil „die ALL in den Bereichen linke Gewerkschafter, Grüne und fortschrittliche Sozialdemokraten mit Sicherheit an Ausstrahlungskraft verlieren würde“. Ähnlich in der ALL-MV: Auch hier viel Zustimmung zum Schritt der MLPD, aber wenig Bereitschaft, die Liste zu öffnen. Die häufigsten Argumente waren: Die Zeit reicht nicht mehr für die Formalitäten oder für Klärungen mit der MLPD. Zwei Kandidaten erklärten, sie würden nicht zusammen mit MLPD-Kandidaten auf einer Liste kandidieren. Für die Öffnung der Liste stimmten schließlich die Mitglieder des BWK, einige der VSP, einzelne aus der DKP und einige nicht parteilich gebundene. Dagegen stimmten die meisten DKP-Mitglieder, einige VSP-Mitglieder und einige nicht parteilich gebundene. Mit diesem Beschuß ist die ALL in ihrer Mehrheit von der bisherigen Politik abgegangen, daß sich alle auch mit Kandidaten an der ALL beteiligen können, die das wollen. Die MLPD kandidiert jetzt mit der eigenen Liste. — (rok)

Auszüge aus dem Aufruf der kurdischen und türkischen Organisationen zur Demonstration am 9. September

Im 9. Jahr des 12. September-Faschismus Erhebt den Kampf, unterstützt den Freiheitskampf gegen den Faschismus und verurteilt ihn!

Es sind nunmehr 9 Jahre vergangen seit dem faschistischen Militärputsch am 12. September 1980, der wie eine Plage über die Völker der Türkei und Kurdistans hereinbrach. In diesen 9 Jahren hat sich der Kampf zwischen der Revolution und Konterrevolution verstärkt und intensiviert.

Diese 9 Jahre Faschismus waren für unsere werktätigen kurdischen, türkischen Völker und den Minderheiten Jahre voller Schmerzen und Tränen. Dutzende von Revolutionären und Kommunisten wurden erhängt, Hunderte von ihnen ermordet, Tausende in den Kerkern zu Krüppeln gemacht ...

Das Proletariat, das eines der Hauptziele der faschistischen Junta ist, lehnt sich gegen zahlreiche Gesetze und Institutionen auf, die der 12. September-Faschismus mit der Gewalt der Bajonetten eingeführt hat, und führt Aktionen durch ...

Der faschistische türkische Staat setzt die Operation am Cudi-Berg, seine Massaker und Deportationen mit Hilfe der imperialistischen Staaten und der reaktionären Staaten der Region fort. Das Ziel dieser Praktiken besteht darin, die nationale und soziale Erhebung des kurdischen Volkes, die sich von Tag zu Tag stärkt, einzuschüchtern, niederrzuschlagen und neue Dersim-Massaker zu verwirklichen. Der bewaffnete Widerstand und sein Selbstbestimmungsrecht sind legitim, sie müssen unterstützt und verteidigt werden!

Die Kerker sollen geleert werden; Freiheit für die Gefangenen

... Die Zuständigen des 12. September-Faschismus und seine Drahtzieher haben zahlreiche faschistische Gesetze erlassen, um den Widerstand in den Gefängnissen zu zerschlagen. Diese Gesetze ... konnten den Widerstand in den Gefängnissen nicht aufhalten ...

Die auch mit der Ermordung von 2 Widerstandleistenden nicht beendeten Hungerstreiks haben verdeutlicht, daß der Kampf in den Gefängnissen nicht aufgegeben worden ist und auch nicht wird.

Die Jugend ist die Zukunft

Der Faschismus ist der Feind der Wissenschaft und die Jugend besitzt eine militant-kämpferische Tradition. Deshalb richten sich die Angriffe der faschistischen Junta verstärkt gegen die Studentenschaft. Die faschistische Junta hat die Organisationen der Jugend aufgelöst und ihre Führenden in die Kerker gesteckt ... Sie hat diverse faschistische Gesetze erlassen und Institutionen errichtet, um eine degenerierte, von der Politik weit entfernte, mit der reaktionären und faschistischen Ideologie infizierte Jugend zu schaffen ...

Jedoch hat die Volksjugend und allen voran die Studentenschaft ihren militärischen Kampfcharakter bewahrt und dies bei Aktionen dargelegt. Das

Ziel ist es, diesen Kampf, seine eigenen Eigenschaften beachtend, dem bewußten und organisierten Kampf der Arbeiterklasse anzubinden.

Der Kampf gegen Faschismus und Kapital verstärkt sich

Der Kampf hat im Vergleich zur Vergangenheit zugewonnen. Die herannahenden Schritte des Klassenkampfes haben die bürgerlichen herrschenden Klassen und ihre Unterstützer, jegliche Kräfte des herrschenden Systems in einen Panizustand getrieben. Die Forderung: „Die Generäle des 12. September-Faschismus und die Folterer sollen verurteilt werden!“ wird heute mehr denn je erhoben. Die Tage, an denen Rechenschaft von den Drahtziehern des 12. September verlangt wird, sind nicht weit. Der Weg dorthin geht über das Entfachen des Widerstandsfeuers gegen den Faschismus und das Erheben der Fahne der Revolution und des Sozialismus.

Arbeiter im Ausland, Politische Exilanten und Werktätige!

Wir befinden uns aufgrund der Unterdrückung und den Folterungen der faschistischen Junta des 12. September, aufgrund der Unterdrückung des gegenwärtigen Systems hier. Es ist unsere vorrangige Aufgabe, den Kampf in der Türkei und in Nord-Kurdistan auf allen Ebenen zu unterstützen. Andererseits sind wir „Fremde“ in dem Land, in dem wir uns befinden. Es sind wir, die ständig herabgesetzt, verdrängt, herausgeworfen und geschlagen werden. Ständig werden wir zu Verantwortlichen für die Arbeitslosigkeit. Wir sind das Hauptziel der sich entwickelnden faschistischen Bewegung. Wir müssen unsere Solidarität mit der Arbeiterbewegung in dem Land, in dem wir uns befinden, leisten und diese unterstützen.

Arbeiter, Werktätige und Demokraten!

Unterstützt die sich gegen den Faschismus und Kapital wendenden legitimen Forderungen unserer Arbeiterklasse und unserer Völker. Beteiligt Euch an der Protestdemonstration gegen den 12. September-Faschismus! Füge Deine Stimme unserer Stimme hinzu und erhebe die Solidarität!

— *Es lebe der gemeinsame Kampf der Völker der türkischen Republik und Kurdistans!*

— *Nieder mit dem Faschismus, es lebe der Sozialismus!*

— *Es lebe der proletarische Internationalismus!*

Ort: 9.9.89, 11 Uhr, Ebertplatz, Köln

TSK-DK (Solidaritätskomitee-Sozialistische Bewegung Kurdistans), ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans), SVP (Sozialistische Mutterlandspartei), EKIM (Oktober), Acil, Av. Dev Genc (Revolutionäre Jugend), TKP/B (Türkische Kommunistische Partei/Einheit), KDP-KUK (Kurdische Demokratische Partei-KUK), KAWA, TKP-ML-H (Türkische Kommunistische Partei-Marxisten-Leninisten-Bewegung), TKIH, TDKP (Türkische Demokratische Kommunistische Partei). Unterstützer: Partizan.

Mitteilung der Redaktion

In Politische Berichte Nr. 17/89 ist der Spezialbericht „Altersstruktur in der Druckindustrie — Kapitalisten zergliedern Belegschaften — Bündnispolitik dagegen ist möglich“ durch

die Veröffentlichung falscher Tabellen und ein fehlendes Schaubild unvollständig. Aus diesem Grund liegt diesem Heft der Spezialbericht in der richtigen Fassung bei. — (Redaktion Politische Berichte)

Aktuell in Bonn

Daimler/MBB-Fusion

Bei der Anhörung zur Fusion in Bonn am 22. August wandten sich die Vertreter der beiden Konzerne in aller Schärfe gegen jegliche Auflagen. Die Monopolkommission hatte als Bedingung den Verkauf wesentlicher Teile des Rüstungsbereichs oder Abgabe der Sparte militärische Triebwerke verlangt. Kommentar von Daimler-Benz: „Insgesamt gemeinwohlmindernd, im Detail auch unternehmenspolitisch schädlich und kontraproduktiv.“ Kritik an der Verflechtung von Daimler mit der Deutschen Bank nannte der Chef der Daimler-Tochter Aerospace schlicht „irrelevant“. Das Selbstbewußtsein ist berechtigt — Wirtschaftsminister Haussmann wird allenfalls auf „Auflagen“ bestehen, die den Konzernherren in den Kram passen, ohne daß sie dies öffentlich sagen.

Neue Mieterzählung?

Das Bundeskabinett hat einen Gesetzentwurf beschlossen, wonach nächstes Jahr 270000 Haushalte eine „Gebäude- und Wohnungsstichprobe“ beantworten müssen. Dabei sollen sie u.a. detailliert über ihre Einkommens- und Vermögenslage antworten, ob und warum man in Wohngemeinschaft wohne oder auch nicht, wie oft und warum man in den letzten zehn Jahren umgezogen ist usw. FDP-Sprecher begrüßten die Erhebung. Der Datenschutzbeauftragte hat Bedenken angemeldet, er will präzisere Fragen. CDU-Sprecher Gerster meinte, der

Gesetzentwurf der CSU-Bauministerin zwei Jahre nach der Volkszählung sei „mehr als mutig“.

CDU: Ausländerantrag

Innenminister Schäuble und Generalsekretär Geissler haben für den CDU-Parteitag kurzfristig einen Antrag zur Ausländer- und Asylpolitik vorgelegt. Der Antrag soll als Initiativantrag dem Parteitag vorliegen und die Union auf Schäubles Entwurf vorbereiten. Er folgt weitgehend den Vereinbarungen zwischen den Innenpolitikern von CDU/CSU und FDP über das neue Gesetz. Beim Asylrecht soll „das Grundgesetz ... ergänzt werden“. Bislang wurde dies nur von Teilen der Union und den Faschisten gefordert.

Ermittlung gegen Vetter

Laut dpa-Meldung vom 27.8. hat die Bonner Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen Heinz Oskar Vetter, den früheren DGB-Vorsitzenden, eingeleitet. Es geht um den Verdacht der Falschaussage vor dem Neue-Heimat-Ausschuß des Bundestages vor drei Jahren. Oberstaatsanwalt Peter Iwand begründete den Zeitpunkt dieser Aktivität mit dem Erlöschen des Mandats von Vetter im „Europa-Parlament“ in Straßburg.

Blüm in Polen

„Marx ist tot — Jesus lebt“, rief Minister Blüm am 27. August in Polen aus. Unisono mit Lech Walesa und dem ebenfalls in Polen weilenden Essener Kardinal Franz Hengsbach forderte er die bundesdeutschen Unternehmer zu Direkt-

investitionen und zur Beteiligung an Joint-ventures (gemischte staatliche und private bzw. bundesdeutsche und polnische Unternehmen) auf. Eine Gruppe von Wirtschaftsexperten hat für die Solidarnosc-Führung einen Plan ausgearbeitet, der von einem mit dem IWF auszuhandelnden Anpassungsprogramm ausgeht. Dafür sollen westliche Kredite und Bürgschaften in Höhe von 10 Milliarden Dollar kommen. Walesa priest Polen als interessantes Land für westliche Investoren an. Diese würden sich „wie eine Jungfrau ängstlich zieren“.

SPD zu DDR

Am 27.8. haben SPD-Vorsitzender Vogel und sein Stellvertreter Lafontaine die DDR zu einem beschleunigten Reformprozeß aufgefordert. Mehr Freiheit und Verantwortung widerspreche ja nicht den Zielen des Sozialismus, meinte Lafontaine. SPD-MdB und ehemaliger Chefredakteur der IG Bergbau-Zeitung „Einheit“ Horst Niggemeier nannte das System der „Politbürokraten um Honecker“ in einem „Bild“-Interview (28.8.) „bankrott, hoffnungslos verlottert“ und forderte Ortsvereine der SPD in der DDR: „Die SED muß sich dem Wettbewerb mit anderen Parteien in freier Wildbahn stellen.“

Kohl zu Ungarn

Der ungarische Ministerpräsident Miklos Nemeth und Außenminister Gyula Horn waren am 26.8. in Bonn zum Gespräch mit Kohl und Genscher. Danach betonten sie ihre Bereitschaft zur „Vermittlung“ zwischen Bonn und Ostberlin in Sachen DDR-Flüchtlinge. Ungarn, so Horn, könne es sich nicht leisten, „Durchgangsland für Flüchtlinge“ zu werden. Laut Presseberichten „sickerte durch“, daß es bei den Gesprächen in Bonn außer um tatkräftige Unterstützung des Reformkurses in Ungarn durch die BRD auch um verstärkte Zusammenarbeit bei Joint-ventures, um mögliche Kredite und um Bonner Hilfe bei der Verwirklichung des Wunsches der ungarischen Regierung nach einer späteren Assoziation zur EG ging.

Was kommt demnächst?

Am 30. August findet im Bundeskanzleramt die zweite „Europakonferenz“ mit Vertretern der Kapitalisten, der Gewerkschaften u.a. statt. Am gleichen Tag reist NRW-Ministerpräsident Rau nach Polen. Am 31. August beginnt der Bundeskongress der Kommunalpolitischen Vereinigung von CDU und CSU in Köln. Am gleichen Tag endet die Sommerpause des Bundestags. Auf der Tagesordnung der Sitzung am Freitag, dem 1. September, steht eine Regierungserklärung Kohls zum 50. Jahrestag des Beginns des zweiten Weltkriegs. In der nächsten Woche folgt die erste Beratung über den Bundeshaushalt 1990.



Nur 30 Prozent der männlichen Arbeiter zwischen 63 und 65 Jahren erreichen gesund das Rentenalter. Die Häufigkeit des frühen Todes hängt insbesondere vom Einkommen ab. Mit dieser Feststellung fordert der DGB inzwischen die Rücknahme der stufenweisen Erhöhung der Altersgrenze auf 65 Jahre. Rudolf Dressler, Sozialexperte der SPD, wies diese Forderung scharf zurück.

Regierungspolitik

Kampagne gegen die DDR mobilisiert faschistische Kräfte

Nur wenige Wochen vor dem Antikriegstag begann die Bundesregierung eine Kampagne, die viele Tätigkeiten der Kräfte aus den Gewerkschaften und der politischen Opposition, die in diesem Jahr aus Anlaß des 50. Jahrestages des Beginn des zweiten Weltkriegs durch den deutschen Faschismus gegen Kriegsetze und Militarismus protestieren wollen, verpuffen lassen soll: die mit großer und nahezu einhelliger Unterstützung durch die westdeutschen Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen organisierte Fluchtbewegung von DDR-Bürgern in die BRD.

Wirkte die Fluchtbewegung der DDR-Bürger über Ungarn, die Tschechoslowakei und die ständige BRD-Vertretung in Berlin (DDR) zunächst spontan und im wesentlichen aus den inneren Verhältnissen in der DDR und der ununterbrochenen Propagandatätigkeit der BRD gegenüber der DDR begründet, so liegen inzwischen handfeste Anhaltspunkte dafür vor, daß das Ganze in starkem Maße organisiert ist — und zwar von der Bundesregierung.

Nachdem im Jahre 1984/85 etwa 300 DDR-Bürger versucht hatten, eine Ausreise in die BRD durch Verweilen in den Botschaften und Vertretungen der BRD in Berlin (DDR), Prag, Budapest und Sofia zu erzwingen, hat die Bundesregierung offiziell erklärt, sie habe nun Vorsorge getroffen, daß eine solche Besetzung der westdeutschen Vertretungen nicht mehr möglich sei. (1) Diese Versicherung war eine Bedingung für das damalige Vorgehen der DDR, die den Besetzern bei Verlassen der Vertretung und der Botschaften Straffreiheit und zügige Behandlung ihrer Ausreiseanträge zugesandt. Gut fünf Jahre später zeigt sich, daß diese öffentliche Versicherung der Bundesregierung entweder eine schlichte Lüge war oder daß die derzeitigen „Besetzungen“ direkt von den Botschaften eingeleitet wurden.

Zum zweiten sind die Fluchtbewegungen aus Ungarn direkt organisiert durch die dortige Botschaft. Botschaftsangehörige sind Mitglieder des Ungarischen Malteser Caritas Dienstes (UMCD), der ausreisewillige DDR-Urlauber in Ungarn in einem Lager betreut. Sie verteilen westdeutsche Pässe an DDR-Bürger. (2) Die von der Panropa-Union am 20. August organisierte österreichisch-ungarische Kundgebung ist zur Umsiedlung von etwa 700 DDR-Bürgern benutzt worden. Die Busse, die auf die DDR-Bürger an der österreichisch-ungarischen Grenze warteten, waren von der

BRD-Botschaft in Wien gechartert. Die ungarische Regierung ließ zu, daß die westdeutschen Pässe ausgegeben und als Ausweisdokumente an der Grenze benutzt wurden. Nach verschiedenen Berichten in der westdeutschen Presse konnten die ungarischen Grenzbeamten bei dieser Massenveranstaltung mit einigen Tausend Teilnehmern zwar keine Einzelpersonen kontrollieren, die DDR-Bürger überquerten die Grenze aber, indem sie den Paß öffentlich zeigten.

Schließlich presste die Bundesregierung die ungarische Regierung zur weiteren Anerkennung der westdeutschen Alleinvertretungsansprüche: Wenn auch

zielt nicht nur darauf ab, von den Staaten Zugeständnisse zu erpressen, die die westdeutsche Politik der Nichtanerkenntung der DDR nie mitgetragen haben. Ihre deutliche Absicht ist, in der BRD alle diejenigen Kräfte zu isolieren, die für die Anerkennung der DDR eintreten. Nachdem die Bundesregierung von der ungarischen Regierung die Ausreise der 108 in der BRD-Botschaft in Budapest verweilenden DDR-Bürger in die BRD erzwungen hatte, beriet das Kabinett und ließ die Ergebnisse über Regierungssprecher Klein mitteilen. Nach einem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 25. August gab Kohl zu Bedenken.



Antikriegstag 1981 in Hamburg

ohne westdeutsche Pässe, so doch aber mit Hilfe von Flüchtlingspapieren des Internationalen Roten Kreuzes gelang es ihr, die 108 in der Budapester BRD-Botschaft eingezogenen DDR-Bürger entgegen den Forderungen der DDR in die BRD auszufliegen.

Dies ist weitgehend, denn damit hat die Bundesregierung ein weitaus größeres Zugeständnis von der ungarischen Regierung erreicht als jemals eine frühere Regierung. Die Absicht der Regierungsparteien ist, von den Staaten des Warschauer Vertrages, die seit Anfang der fünfziger Jahre die Politik der Nichtanerkenntung der DDR und ihrer Staatsbürgerschaft nicht mitgetragen haben, sondern die staatliche Souveränität der DDR anerkannt und respektiert haben, die Anerkennung des westdeutschen Alleinvertretungsanspruchs für „Deutsche“ in aller Welt, vor allem in Osteuropa zu erzwingen.

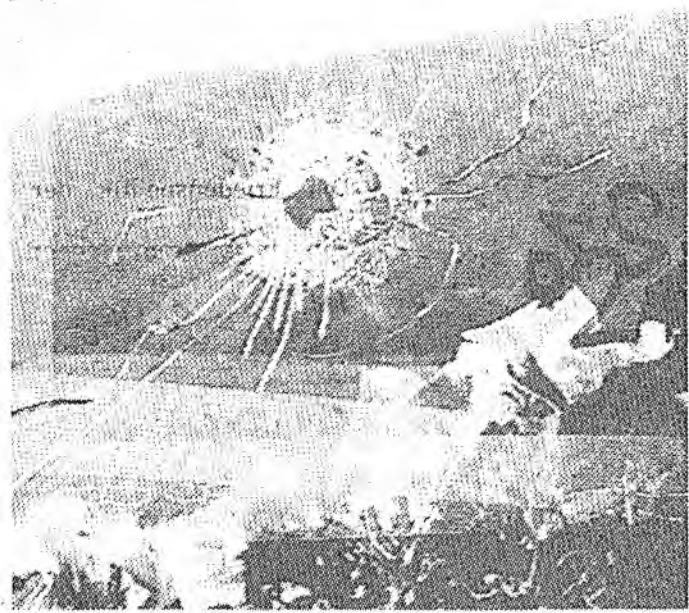
Anerkennung der DDR soll indiskutabel werden

Doch die Politik der Bundesregierung

„in welch einer fatalen Lage sich die Bundesregierung befände, wenn sie die Geraer Forderungen Honeckers akzeptiert hätte“. Das ist deutlich.

Honecker hatte am 13. Oktober 1980 noch einmal kurz zusammengefaßt, was nach Auffassung der DDR das Haupthindernis für normale Beziehungen zur BRD ist: Erstens forderte er die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR; zweitens die Auflösung der „Zentralen Erfassungsstelle“ in Salzgitter, die Ermittlungsverfahren gegen DDR-Bürger wegen angeblich in der DDR begangener Verbrechen durchführt; drittens die Umwandlung der Ständigen Vertretungen beider Länder in Botschaften und viertens die Anerkennung der Staatsgrenze der DDR zur BRD sowie des Grenzverlaufs in der Flußmitte der Elbe (3). Diese Forderungen sind in den vergangenen Jahren mehrfach dazu von der DDR bekräftigt worden. (4)

Nun hat sich innerhalb der westdeutschen Parlamentsparteien nicht viel bewegt. Der Reaktion ist es wiederholt ge-



Der Einverleibung des tschechischen Sudetenlandes durch das Dritte Reich gingen ständige bewaffnete Grenzprovokationen durch Nazi-Banden voraus. (links) — Bewohner der beschossenen Ortschaft Wahlhausen in der DDR berichten, daß der Bundesgrenzschutz während der Schießerei entgegen seiner sonstigen Gepflogenheiten nicht zu sehen gewesen sei. (rechts)

lungen, im Bundestag die einmütige Ablehnung der Forderung nach Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft zu erreichen. Allerdings haben inzwischen vier SPD-regierte Länder die Zahlungen für die Erfassungsstelle in Salzgitter eingestellt. Von verschiedenen Vertretern der GRÜNEN ist seither mehrfach aufgerufen worden, die Präambel des Grundgesetzes zu ändern und die Staatsbürgerschaft der DDR anzuerkennen, auch wenn festgehalten werden muß, daß z.B. die grüne Bundestagsfraktion noch keine Anstrengung unternommen hat, das Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 zu ändern. Und in der laufenden reaktionären Kampagne hat sich die Bundestagsfraktion nicht in dieser Richtung geäußert.

Mit ihrer Kampagne hat die Bundesregierung auf jeden Fall erreicht, daß die große Koalition in Sachen Deutschlandpolitik gefestigt ist. Die FDP trägt die Kampagne voll mit. Die SPD übt keine Kritik, sondern Teile der SPD verbreiten die Hoffnung, mit den nichtausgewanderten Oppositionellen in der DDR könne eine Ostabteilung der SPD gegründet werden. (5)

Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände begrüßte die Kampagne ausdrücklich und drückte ihre Befriedigung über die ankommenden Arbeitskräfte aus der DDR aus. Der Regierung ist die Kampagne insbesondere zur Beruhigung des handwerklichen Mittelstandes nützlich: Obgleich die Einwanderer aus der DDR im Schnitt hochqualifiziert sind, werden ihre Ausbildungsabschlüsse in den wenigsten Fällen anerkannt.

Die tarifliche Einstufung kann also nach Logik der westdeutschen Kapitalisten unterhalb der Facharbeiterlohngruppen erfolgen. Wer jetzt schnell gut ausgebildete, aber billige Arbeitskraft braucht, findet sie zumindest kurzfristig unter den Einwanderern. Über solche Anliegen der Kapitalisten berichten verschiedene Landesarbeitsämter.

Mobilisierung faschistischer Aggressionen gegen die DDR

Zudem aber fördert die Regierung durch ihre provokative Kampagne gegenüber der DDR aggressive Akte faschistischer Kräfte in der BRD. Nach Angaben des Bundesgrenzschutzes konnten am 20. August zwei oder mehr „Unbekannte“ etwa eineinhalb Stunden lang ungehindert aus der BRD auf Wohnhäuser in der DDR schießen. Möglich, daß mit dieser Aggression vor allem die Grenztruppen der DDR zur Erwiderung des Feuers provoziert werden sollten und so ein neuer Anlaß zur Hetze gegen das angebliche „Unrechtsregime“ in der DDR geschaffen werden sollte.

Dies gelang nicht. Die DDR protestierte offiziell, und die Antwort der Bundesregierung war kein offizielles Bedauern oder eine offizielle Entschuldigung, sondern die Aufforderung an die DDR, künftig schneller Bescheid zu sagen, damit der Bundesgrenzschutz die Täter fassen könne. Anscheinend rechnet die Regierung mit weiteren Aggressionen solcher Art. Die in Presse und Rundfunk lautgewordene Empörung über diese Provokation war beängstigend gering. Der Boden für direkten

Terror gegen DDR-Bürger, die nicht von der EKD oder anderen revanchistischen Kräften in der BRD beeinflußten „Oppositionsbewegungen“ anhängen, ist damit bereitet.

Die Voraussetzungen sind in den letzten Jahren bereitet worden. Die faschistischen Kräfte nahestehende Zeitschrift „Criticon“ veröffentlichte jüngst eine Liste von 80 Vereinigungen in der BRD und zehn in Österreich — nicht Parteien —, die „sich im weitesten Sinne der nationalen Frage annehmen“. Solche Vereinigungen seien „vor allem seit Beginn der 80er Jahren ... wie Pilze aus dem Boden“ geschossen. Viele von ihnen erhalten Zuschüsse aus den Haushalten des Innen- und des „Innerdeutschen“ Ministeriums. Sie liefern faschistischen Parteien die theoretische Begründung und das Material, indem sie gegen die DDR, gegen Polen, die CSSR, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, die UdSSR und deren Regierungen herabsetzend hetzen.

*

Die ausdrückliche Forderung nach Anerkennung der DDR, Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, Anerkennung der polnischen und sowjetischen Grenzen auf den Kundgebungen und Demonstrationen zum Antikriegstag wäre nützlich gegen die von der Reaktion betriebene Mobilisierung gegen die DDR.

(1) Archiv der Gegenwart v. 27. Juni 1984, S. 2782; (2) Unsere Zeit v. 26.8.89; (3) Europa-Archiv 18/84, D 570; (4) u.a.: Neues Deutschland v. 30.1.85; (5) SPD-Pressedienst 20.8.89; weitere Quellen: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21., 24., 25. 8. 89; Frankfurter Rundschau v. 21.8. — (uld)

GdP/Namibia

Kritik an Expansionsplänen

In einem Interview mit dem Kölner Boulevardblatt „Express“ hat sich der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Lutz, gegen die geplante Entsendung von rund 50 Beamten des Bundesgrenzschutzes nach Namibia ausgesprochen. In seiner Begründung dagegen argumentierte Lutz, der deutschen Polizei würden schon hier die Aufgaben über den Kopf wachsen. Insgesamt seien zehn Millionen Überstunden angefallen. Auf den Einwand des Interviewers, daß nur Freiwillige geschickt werden sollen, antwortete Lutz: „Heute Namibia und morgen die ganze Welt? Wir Deutsche eignen uns nicht sonderlich als Entwicklungshelfer in Sachen Demokratie. Auch mit dem Freiwilligen-Argument kann man fehlende Rechtsgrundlagen nicht aushebeln. Dazu liegen uns juristische Gutachten vor. Was ist, wenn zum Beispiel deutsche Polizisten in Notwehr schießen müssen und dabei Menschen töten oder verletzen?“

Auf Anfrage erklärte die GdP, es gäbe keine grundsätzliche Ablehnung ihrerseits gegen die Entsendung von Polizeibeamten in andere Länder. So etwas geschehe sowieso schon in Form von Rauschgiftverbindungsleuten und Polizisten, die Schulungen durchführen. Aber durch die koloniale „Vergangenheit“ Deutschlands in Namibia wäre eine Entsendung dorthin, der sicherlich weitere in andere Länder folgen würden, unannehmbar. Weiterhin behauptet die Bundesregierung, die Beamten würden sich nur zu Beobachtungszwecken dort aufhalten. Die UNO-Resolution 435 jedoch besage, daß „in besonderen Fällen“ auch Einsätze rechtmäßig sind. Außerdem bestehen bei der GdP grundsätzlich Zweifel hinsichtlich der Funktion der UNO in Namibia. Ihrer Meinung nach arbeitet die UNO dort für die Interessen Südafrikas und würde dort die Funktion eines „Feigenblattes“ übernehmen.

Das Bundesinnenministerium behauptet entgegen anderer Auffassungen, die Verschickung wäre rechtlich abgesichert. Laut Bundesinnenministerium ergibt sich die rechtliche Einwandfreiheit aus dem BGS-Gesetz, in dem es keine abschließende Aufgabenzuweisung des BGS gibt, außer Aufgabenabgrenzungen zu den Länderpolizeien. Das BGS-Gesetz beinhaltet die Möglichkeit für Umtriebe des BGS in fremden Staaten. Weiterhin würden die Art. 24 Abs. 2, Art. 32 Abs. 1 und Art. 87 Abs. 1 der Verfassung eine klare Regelung interpretieren. Diese „Interpretation“ zerplatzt wie eine Seifenblase, wenn man sich die Artikel näher anschaut. Art. 24 Abs. 2 besagt nur, daß „der Bund sich zur Wahrung des Friedens einem System

kollektiver Sicherheit einordnen“ kann, und zur Sicherung des Friedens in „Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligt.“ In Art. 32, Abs. 1 findet sich nur der Satz: „Die Pflege der Beziehungen zu auswärtigen Staaten ist Sache des Bundes.“ Die Gegenstände der bundeseigenen Verwaltung regelt Art. 87 Abs. 1. Darunter wird aufgeführt, welche Behörden und Verwaltungen der Bund führt, und welche eingerichtet werden können, darunter auch Bundesgrenzschutzbehörden. Ferner können Behörden eingerichtet werden, die dem „Schutze gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt ... auswärtige Belange der BRD gefährden“ dienen. Sieht die BRD Namibia als Bundesgebiet an? Jedenfalls rechtfertigt keiner dieser Artikel einen Einsatz von BGS-Beamten in anderen Staaten. Diese Behauptung ist schlichtweg an den Haaren herbeigezogen.

Quellenhinweis: Express v. 22.8., GG — (tja, uld)

Berufsverbote

Widerstand gegen Entlassung

Am 15.6.89 teilte der Präsident des Oberschulamtes Stuttgart Frölich der Lehrerin Karin Neuber schriftlich mit, sie werde wegen arglistiger Täuschung und erschlichenem Arbeitsvertrag zum 1.7.89 entlassen, weil sie bei ihrer Einstellung in den Schuldienst verschwiegen habe, daß sie Mitglied der DKP sei. Frölich begründete die Entlassung unter anderem wie folgt: „Wer nicht bereit ist, die von den höchsten deutschen Gerichten aufgezeigten verfassungsfeindlichen Zielsetzungen der DKP als solche zu erkennen und diese Rechtsprechung auch innerlich zu akzeptieren, kann die Grundwerte der Verfassung nicht glaubwürdig vermitteln.“ Gleichzeitig verhängte das Oberschulamt gegen die Lehrerin ein Hausverbot für die Grund- und Hauptschule Höfingen/Leonberg, wo sie seit 1988 tätig ist. Am 21.8. fand nun vor dem Stuttgarter Arbeitsgericht ein Gütertermin statt. Der Vertreter des Oberschulamtes Joachim Wenzelburger lehnte die Vermittlungsversuche des Arbeitsrichters ab. Frau Neuber könne einen neuen Antrag auf Aufnahme in den Schuldienst stellen, „wenn sie geläutert ist“.

Der Entlassung vorausgegangen waren mehrere illegale Aktionen von Staatsschutz und Innenministerium und dem Oberschulamt. Der Staatsschutz observierte heimlich mehrere öffentliche Veranstaltungen der legal tätigen DKP (1. Mai-Feier, Frauenforum „Frieden und Frauenrechte“, Veranstaltungen zum Thema „30 Jahre KPD-Verbot“ und „Gorbatschows Revolution“), stell-

te die Anwesenheit von Karin Neuber auf diesen Veranstaltungen fest und speicherte diese „Erkenntnisse“ personenbezogen in der NADIS (nachrichtendienstliches Informationssystem der Staatsschutzämter). Danach aktivierte das Innenministerium das Oberschulamt, die Personalakte von Karin Neubauer zu überprüfen. Daraufhin führte das Oberschulamt zwei Gesinnungsverhöre gegen die Lehrerin an, die am 4.1.89 dem Oberschulamt schriftlich ihre DKP-Mitgliedschaft mitteilte. Abgesehen davon, daß die Internationale Arbeitsorganisation in ihrem Urteil vom April 1987 die ganze Berufsverbotspraxis der BRD für rechtswidrig erklärt hat, verstößen die oben aufgeführten Behörden-Taten gegen geltende Gesetze. Dem Innenministerium ist es untersagt, von sich aus andere Behörden mit anonymem NADIS-Material zu versorgen. Bei eingestellten Lehrern darf sich das Oberschulamt „bei Zweifeln an Verfassungstreue“ nur auf offen zugängliche Tatsachen stützen. Der Besuch von öffentlichen Veranstaltungen legaler Parteien ist in keiner Weise beamtenrechtlich beanstandens- und sanktionierbar.

Gegen diese Gestapo-Methoden entwickelte sich vielfältiger Widerstand. Die Schüler warfen Zettel in ihr Sprechzimmer: „Frau Neuber bleibe, geh nicht fort“. Das Kollegium führte u.a. mit den Eltern eine Solidaritätskundgebung durch und erklärte in einem Flugblatt: „Wir halten die Entlassung von Frau Neuber für sachlich unhaltbar und pädagogisch katastrophal. Wir fordern die sofortige Rücknahme der Entscheidung.“ Die Eltern der Klasse, in der Karin Neuber unterrichtet, protestierten in einer Zeitungsanzeige. Die GEW Böblingen, der SPD-Ortsverein und das Böblinger Bürgerrechtskomitee kritisierten in öffentlichen Stellungnahmen die diskriminierende Berufsverbotspraxis und forderten die Rücknahme der Entlassung. — (uld, zem/AGR)

Bundeswehr

Zeit- und Berufs- soldaten gefragt

Im Verteidigungsministerium wird inzwischen öffentlich über die Möglichkeiten einer Verringerung der Bundeswehr geredet; Stoltenberg hat dies für möglich erklärt. Als Bedingung dafür nannte er „verbindliche Abmachungen“ bei den Rüstungskontrollverhandlungen, die seit Anfang des Jahres in Wien stattfinden und die die in Europa auf Land stationierten konventionellen Streitkräfte einschließlich deren Bewaffnung zum Gegenstand haben. Das erweckt den Anschein, der BRD ginge es bei Erwägung dieser Maßnahme darum, ihren Streitkräften die Aggressivität zu nehmen.

Tatsächlich finden die gegenwärtigen Diskussionen, Planungen und Truppenversuche vor dem Hintergrund eines sich abzeichnenden Nachwuchsmangels an Wehrpflichtigen statt. Besonders ausschlaggebend aber ist, daß auf die Bundeswehr neue, zusätzliche Aufgaben warten.

Von Beginn an war die Wehrpflicht das wesentliche Strukturelement des westdeutschen Heeres. Diese Struktur entspricht voll der strategischen Zielsetzung, einen Frontenkrieg über Land mit letztlich Millionen von mobilgemachten Soldaten führen zu können. Dagegen war die Bundeswehr viel weniger eine Armee für militärische Interventionen im Gegensatz z.B. zum britischen Berufsheer der Nachkriegszeit, welches den britischen Imperialisten von Nord-Irland über den Nahen Osten bis zu den Malwinen stets als wirksames Instrument zur Verfügung stand. Inzwischen erhebt die BRD ganz unverhohlen ihren Anspruch, ihren Weltinteressen auch überall militärisch Durchbruch zu verschaffen. Erste Schritte strebt sie über

die Truppen der Vereinten Nationen und in der WEU an. Es ist somit nicht verwunderlich, wenn die Bundesregierung die Struktur der Armee diesen Aufgaben anpassen will.

Der Weg, der eingeschlagen wird, ist in etwa bereits von Frankreich vorgezeichnet worden. Die Armee dort, ebenfalls beruhend auf der allgemeinen Wehrpflicht, hat durch Verringerung der Wehrdienstzeit und weitere Maßnahmen den Anteil der Wehrpflichtigen gegenüber Zeit- und Berufssoldaten zurückgedrängt. Gleichzeitig hat sie eine große Schnelle Eingreiftruppe mit entsprechender Bewaffnung und Ausbildung geschaffen. Ein solcher Eingreifverband in Divisionsstärke ist für die Bundeswehr fest geplant; im wesentlichen werden bestehende Luftlande- und Transporteinheiten zusammengefaßt. Durch die Entscheidung, den Wehrdienst jetzt doch nicht auf 18 Monate zu verlängern, zeichnete sich bereits ab, was durch Stoltenbergs Aussage nun bestätigt wird, nämlich daß es sich die Bundeswehr zutraut, mit weniger Wehrpflichtigen aus-

zukommen, wenn nur die Zahl der Zeit- und Berufssoldaten steigt oder zumindest nicht weiter sinkt. Die Richtung dabei ist — zumindest für die präsenten Streitkräfte — Abschied zu nehmen vom reinen Prinzip der Wehrpflicht und dem Söldnertum ein größeres Gewicht zu geben. Den weltweiten Militärambitionen der BRD kommt dies sehr entgegen.

Die Option eines Landkrieges nach Osten wird aber dennoch nicht vernachlässigt. Gegenwärtig laufen große Truppenversuche, wie mit geringerem Personal durch schnellere Mobilmachung von Reservisten die vorgegebene Kriegsanfangsstärke auf jeden Fall gesichert werden kann. Vom Ausgang dieser Versuche wird es schließlich abhängen, ob die BRD tatsächlich ihre präsente Armee um einen bestimmten Anteil von Wehrpflichtigen verkleinert. Man wird die Sache weiter verfolgen müssen. Soviel aber ist sicher: Die Ankündigung Stoltenbergs weist nicht in Richtung Frieden.

Quellenhinweis: Welt vom 14.8.89; loyal 8/89 — (jok)

CDU-Parteitagsvorbereitungen

Dunkle Vorgänge bei den Schwarzen

Mit der Ankündigung, Volker Rühe, der aus der CDU Hamburg-Harburg kommt und auf Bundesebene außenpolitisch engagiert war, für das Amt des Generalsekretärs vorzuschlagen, reagierte Kohl mit innerparteilichen Mitteln auf eine innerparteiliche Krise. Die Entmachtung Heiner Geisslers, der seine Basis vor allem in den Vereinigungen der Union, der Jungen Union, der Frauenvereinigung, der organisatorisch noch jungen Seniorenuunion und den sogenannten Sozialausschüssen hat, soll, wie Kohl sagt und wohl auch meint, einen Richtungswechsel der CDU nicht einleiten. Fraglich bleibt, wieso Kohl dann auf Geissler verzichtet hat.

Aus den Zwischentönen der Verlautbarungen läßt sich heraushören, es hätten sich u.a. Frau Süßmuth, Herr Blüm und — mit gewissem Abstand — Herr Späth um den Generalsekretär gruppiert mit dem Gedanken, Herrn Kohl zu ersetzen. Nicht weniger begründet ist das Gerücht, eine Verbindung aus CSU'lern sowie den Herren Wallmann, Dregger und — wiederum mit gewissem Abstand — Herrn Späth habe ein rasches Ende der Experimente Herrn Geisslers gewünscht. Sicher ist, daß Geissler am Abend der Europawahl mehrfach und überdeutlich versicherte, mit ihm als Generalsekretär werde es eine irgendwie geartete Zusammenarbeit mit den Republikanern nicht geben. Im Gegenzug und

am selben Abend noch machte Schönhuber eine Zusammenarbeit mit der CDU vom Amtsende Geisslers abhängig. Aus diesen Tatsachen wird geschlossen, Kohl habe Geissler der Perspektive der Zusammenarbeit mit den Republikanern geopfert. Tatsache ist wohl, daß die CDU nicht mehr weiterkann wie bisher.

CDU versteht sich als Volkspartei

Die CDU versteht sich als Volkspartei. Sie beansprucht, den Interessenausgleich zwischen allen Klassen und Schichten der Bevölkerung, in der CDU-Sprachregelung Interessengruppen, durch gemeinsamen Bezug auf sogenannte Werte herbeizuführen. Die organisatorische Struktur der Union ist deshalb so angelegt, daß Interessengegensätze in den sogenannten Vereinigungen bis zu einem gewissen Grade unabhängig voneinander organisiert werden können. Jugend, Unternehmer, Mittelstand, Arbeitnehmer, Frauen, Alte u.a.m. können Vereinigungen bilden, die institutionalisierten Einfluß auf die Gesamtpartei haben, aber nicht der Parteidisziplin unterliegen. Denn wer in diesen Vereinigungen Mitglied sein und auf die Union einwirken will, braucht nicht Mitglied der CDU zu werden. Die CDU organisiert sich mit dieser Struktur als Verband von Ständen, der Abgeordnete für die Wahlen in

Bund, Ländern und Gemeinden aufstellt. Die Abgeordneten müssen Mitglied der CDU geworden sein und dadurch zum Ausdruck gebracht haben, daß sie sich dem Gesamtinteresse übergeordnet verpflichtet fühlen und nicht einem Gruppeninteresse. Die Organisationsstruktur der Union zielt darauf, die gesamte Gesellschaft zu durchdringen. Wichtige Hebel zur Beherrschung der Organisation durch die sozial herrschenden Klassen sind der Leistungsgedanke — wer in der Gesellschaft führt, soll auch in der Partei führen — und die Ehrenamtlichkeit, die wichtige Posten den Leuten in die Hände sielt, die Zeit und Mittel frei haben. Angehörigen der untergeordneten Klassen und Schichten bietet die Partei die Chance des privilegierten Bittstellers, in ihr schenken die Großen den Kleinen Gehör. Mit diesem Organisationskonzept gewann die Union in den Siebziger Jahren eine große Zahl von Mitgliedern neu und kam in die Lage, die sozialliberale Koalition zu sprengen.

Seit 1984 sinken die Mitgliederzahlen.

Nur scheinbar ist es unvermeidlich, daß die Mitgliederzahlen einer regierenden Partei sinken. Gerade beim Organisationskonzept der Union wäre das Gegen teil auch erklärlich, denn je offensichtlicher die Macht, um so stärker zieht es viele auf Kriechgang zum Ohr der Mächtigen. Besonders mitgliederstark ist z.B. die CSU. Dagegen stand jedoch die konkrete Politik der Regierung Kohl/Genscher. Sie konnte in vielen Fragen nicht in Rücksicht auf die Interessengruppen handeln, sondern war gezwungen, die Vertreter von Interessengruppen in we-

sentlichen Punkten bloßzustellen. Interessenvertreter können schwerlich Regelungen zustimmen, die ihre Klienten haufenweise aus dem Sattel, d.h. aus dem sozialen Status werfen. Die Wirtschaftspolitik, mit der die Union angereten ist, basiert aber auf einer nach unten offenen Sozialskala. Zu kleine Bauern müssen aufgeben, zu Kranke sterben, zu Leistungsschwache müssen hungern ...

Die Mitgliederwerbung muß aber das Selbstbewußtsein der Interessengruppe ansprechen, dazu ist die Garantie von Sicherheit unerlässlich. Die Regierungspolitik gab und gibt solche Garantien nicht. Das ist ein gewichtiger Grund für die Schwierigkeiten bei der Mitgliederwerbung. Die in der Bearbeitung des sog. Sozialbereiches erfahrenen CDU-Leute Süßmuth, Blüm und Geissler wissen wohl, wie zerstörend die Regierungspolitik wirkt. Sie sehen die Mitgliederkrise vorwiegend unter dem Gesichtspunkt von Schwächen in der Regierungspolitik. Sie sind mit Späth und anderen verbunden durch die Idee einer Politik sozialer Trostpflaster, die entsprechend Anforderungen aus der Partei zu verkleben wären. Diese Politik verschiebt die Initiative von der Regierung zur Partei, vom Vorsitzenden und Kanzler zum Generalsekretär, für eine Koalitionsregierung unerträglich. Und da der Zweck des Vereins der Besitz der Regierungsmacht ist, sind Krach und Ausgang verständlich.

Wie die Union das Problem lösen will

Die brutal angebotsorientierte Unionspolitik hat den Republikanern den Boden bereitet. Unter diesem Gesichtspunkt erscheinen die Republikaner als eine Strategie, das gesamte Sozialrisiko der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik auf die Ausländer zu konzentrieren. Es ist nun die Frage, wie weit sich die Union diese Strategie zu eigen macht. Dazu wäre nötig, aus den bereits umfassend begründeten und festgelegten Unterschieden im politischen Status ebenso umfassende und verwaltungsrechtliche Unterschiede im Sozialstatus einzurichten bzw. zu verschärfen, d.h. Unterschiede bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Altersrente, Arbeitsunfähigkeit. Solche Unterschiede gibt es schon vielfältig, aber sie könnten noch erheblich verschärft werden, so daß die deutsche Staatsangehörigkeit sich mit einem deutschen Sozialstatus verbinden würde, auf den eben nicht Anspruch hat, wer nicht deutsch ist. Mit einer solchen Politik der Ab- und Ausgrenzung wäre es der Union perversweise möglich, ihren sozialen Anspruch zu retten. Dies ist der Kurs, den Kohl gehen will, und dabei hat er Industrieleute wie den Daimler-Mann Späth hinter sich, denn das Modell empfiehlt

sich auch zur inneren Befriedung großer Konzerne. Krach und Spannungen gibt es mit dem christlich und kirchlich orientierten Flügel. Die gefestigte politische und soziale Ungleichheit gibt das Erscheinungsbild allgemeiner menschlicher Ungleichheit ab. Die kulturelle Integration, mit dem alten und deutlichere Wort also die Mission der Eingewanderten, hat damit Schwierigkeiten. Sie wären auf dem Wege nationalkirchlicher Ideologie schon zu bewältigen, aber so etwas braucht Zeit.

Besserungsanstalt für sozial Interessierte

Die Organisationsdebatte der Union hat mehrere Schwerpunkte. Erstens erklärt man die Absicht, die sozial führenden Leute in parlamentarisch führende Positionen zu bringen. Die Bindung an den Beruf müsse auch für Parlamentarier aufrechterhalten bleiben, es müsse attraktiv werden, dem Gemeinwesen auf Zeit zu dienen, Inkompatibilitätsregelungen (Verbot, entsprechende Ämter und Parlamentssitze gleichzeitig zu haben) für Bürgermeister, Landräte, Hochschullehrer seien zu überprüfen. — All dies zielt darauf, die parlamentarische Vertretung bei Leuten mit Zeit und Geld zu monopolisieren.

Der zweite Schwerpunkt liegt in einer Betonung des Staates. Politik der Mitte bedeute, Belange des Gemeinwohls gegen Gruppeninteressen durchzusetzen, ein hartes und klares Wort für die Bittstellermillion, die in der Union mitspielen darf. Die Politik und vor allem die Propaganda der Union muß dafür sorgen, daß die Grenzlinie zwischen Gemeinwohl und Gruppeninteresse so weit

es geht zwischen Staatsangehörige und andere Einwohner gelegt wird, nur so wird aus dieser Drohung einer Verheißung.

Der dritte Schwerpunkt liegt in einer allgemeinen Entdemokratisierung des Parteilebens. Vorgesehen ist ein straff von oben nach unten durchorganisierter Propagandapparat, mit dem die Partezentrale überall hinwirken kann.

Die Union verzichtet in ihrer Organisationsdebatte fast ganz darauf, werktätige Menschen direkt anzusprechen, sie zu integrieren, ihnen eine Laufbahn zu versprechen. Die Maßnahmen sind eher auf eine Situation zugeschnitten, in der die Partei sozialen Bewegungen keine Ansatzpunkte geben will.

Aus den Konflikten, denen die Union ausgesetzt ist, ergibt sich die Perspektive völkischer Orientierung fast zwingend. So wie die Republikaner aus dem staatlichen Handeln der Regierungskoalition ihre Basis formen konnten, kann die Union jetzt gestützt und getrieben durch die Erfolge der Republikaner eine Entwicklung von der pseudodemokratischen Volkspartei zur völkischen Partei mit ständischen Einrichtungen durchmachen. Eine wesentliche Schranke für die Entwicklung stellen die DGB-Gewerkschaften dar, in denen Mitwirkung nicht von der Staatsangehörigkeit abhängt und die entsprechendes für die Betriebsverfassung durchgesetzt haben. Wahrscheinlich werden sich die Strömungen in der Union zusammensetzen, um diese Nuß zu knacken, hier können sie sich finden, denn die Gewerkschaften hassen sie alle.

Quellenhinweis: Antragsmaterial zum CDU-Parteitag — (maf, rül)

Die CDU-Zentrale zur Mitgliederentwicklung

„Zwischen 1969 und 1982 — in den Jahren der Opposition — hat sich die Mitgliederzahl der CDU fast verdreifacht. Während die Mitgliederzahlen noch bis 1984 anwachsen, ist seit dieser Zeit ein gegenläufiger Trend feststellbar. Der durch Austritte und Sterbefälle verursachte Rückgang wird durch Neuzugänge nicht ausgeglichen.

Besorgniserregender als der Mitgliederrückgang sind die Verschiebungen in der Mitgliederstruktur. Mehr als 50 Prozent der CDU-Mitglieder sind älter als 50 Jahre. Weitere 25 Prozent sind älter als 40 Jahre. Lediglich 3,9 Prozent gehören der Altersgruppe der 25- bis 29jährigen an, und nur 2,8 Prozent sind jünger als 25 Jahre. Der Anteil der 16- bis 20jährigen liegt bei einem Prozent.

Der Anteil der weiblichen Mitglieder beträgt 22,5 Prozent. Das Durchschnittsalter dieser Mitglieder liegt bei

52,1 Jahren. Besonders unterrepräsentiert in der Mitgliedschaft sind Berufsgruppen, die für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft die zentrale Wachstumsgruppe bilden. Hierzu gehören insbesondere der technische Bereich und die privaten Dienstleistungen.

Die Bilanz der Neuaufnahmestatistik für 1988 zeigt zwar eine günstigere Tendenz; hier liegt das Durchschnittsalter bei 42,7 Jahren; bei Frauen bei 45,1 Jahren. Auf die Gruppe der 25- bis 29jährigen entfallen neun Prozent der Neueintritte (Frauen 6,3 Prozent). Der Frauenanteil bei Neueintritten beträgt fast ein Drittel (31,8 Prozent).

Anlaß zur Sorge geben die Strukturdaten vieler Ortsverbände. Es gibt Ortsverbände, die keine weiblichen und keine Mitglieder unter 25 Jahren — teilweise sogar keine Mitglieder unter 30 Jahren — haben.

Aus: CDU-Dokumentation 22/1988. Moderne Parteiarbeit in den 90er Jahren

Unternehmensbilanzen

Hervorragendes Geschäftsjahr „Kriegskassen“ gut gefüllt

Die öffentliche Präsentation der Bilanzen als Generalstabskritik und Bekündung der nächsten Etappenziele auf den Hauptversammlungen der Aktiengesellschaften ist für dieses Jahr weitgehend abgeschlossen. Stellvertretend für die Tendenz aller Berichterstattung beginnt Dr. Gunther Berger, Vorstandsvorsitzender der Gerresheimer Glas AG, seine Rede so:

„Noch nie empfand ich größeres Vergnügen, an einem Redekonzept zu arbeiten, als dieses Mal. In der Tat: Heute macht es besondere Freude, über Ihr Unternehmen zu berichten. Lassen Sie mich ausführen, warum:

- Das Ergebnis wurde um 40% gesteigert.
- Die Dividende kann von 7,50 DM auf 8,50 DM erhöht werden.
- Das Geschäft im 1. Halbjahr läuft gut.
- Unsere Aquisitionsbemühungen wa-

— deutlich bei Daimler Benz und Siemens — wird der Kommandostab auf einige wenige Spitzenmanager reduziert. Zum anderen werden die notwendigen Funktionäre gezüchtet und mobilisiert. Prof. Dr. Sihler, Henkel KGaA am 26. 06.89: „Im Vordergrund steht für uns dabei die Qualifikation und Motivation der Mitarbeiter ... der Unternehmensbereich Personal (hat) eine Reihe von wichtigen Programmen zur Förderung der Motivation und Qualifikation der Mitarbeiter begonnen ... Das STEP-Programm ... gibt den Führungskräften im In- und Ausland die Chance, durch besondere Leistungen einen Bestand an Henkel-Vorzugsaktien aufzubauen.“

Die Expansionsrichtung und -basis der Konzerne ist zunächst die EG. Dr. Hahn, VW: „Der Volkswagen-Konzern ist also ein bereits Europa-erprobtes Unternehmen ... Es wird weiterhin für un-

Die gefüllten Kassen bewegen keinen der Vorstandssprecher, Zugeständnisse für die Belegschaften auszusprechen. Im Gegenteil. „Heute, in guten Zeiten, ist es am leichtesten, Anpassungen vorzunehmen“, sagt Dr. Hahn. Eberhard von Kuenheim, BMW-Vorstandschef, dazu: „Eine weitere Verkürzung der persönlichen Arbeitszeit geht nur über den Weg der Flexibilisierung und der Differenzierung. Wir werden Abschied nehmen müssen von dem Gedanken, daß ein Industriezweig ... trotz unterschiedlicher Strukturen und saisonaler Nachfrage schwankungen im ganzen Bundesgebiet zur selben Zeit gleich lang arbeiten muß.“

Kein gesellschaftlicher Bereich bleibt ausgespart, für den Konzernsprecher nicht Gestaltungsansprüche anmelden. Ein Ausschnitt:

Steuern: „Wir sind auch nach der jüngsten Diskussion über die Steuerbelastung der Unternehmen der Ansicht, daß die steuerlichen Rahmenbedingungen wesentlich verbessert werden müssen ...“. (Dr. W.H. Dieter, Mannesmann AG)

Renten: Ein staatliches soziales Netz kann nur auf das Machbare zugeschnitten werden ... Aufgabe der Politik ist es, den jungen Leuten zu sagen, was sie erwartet, wenn sie ins Rentenalter kommen. Man muß ihnen Ziele und Perspektiven nennen, damit sie ihre Eigenvorsorge bereits heute planen können.“ (Dr. U. Haasen, Allianz Lebensversicherungs AG)

Kommunalpolitik: „Gegen die Absicht eines bayrischen Energieerzeugers ... die Stromabgabepreise für gewerbliche Kunden zu senken, haben einige Kommunen und Parteien Bedenken oder Widerstand angemeldet ... Dabei verkennen sie, daß kein Unternehmen wegen dieser Senkung in seinen Bemühungen nachlassen würde, seine Energiekosten zu senken.“ (v. Kuenheim)

Ausbildung: „Zum Schülertag in Holthausen ... kommen mehr als 5000 Schüler, die sich über die Ausbildungsmöglichkeiten bei Henkel orientieren. Über 600 Auszubildende erhalten bei Henkel eine exzellente Ausbildung. Die erfolgreichsten unter ihnen ... haben wir zu dieser Hauptversammlung eingeladen.“ (Prof. Dr. Sihler, Henkel)

„Aggressiv sind sie geworden, Veba und Co. Es wird gekauft, was das Zeug hält, die Kriegskassen sind gut gefüllt, die Gewinne sprudeln“ kennzeichnet das Handelsblatt (01.06.89) den Veba-Konzern. Keine Absicht der Konzerne, die nicht auf Widerstand stoßen wird. Die Kunst: Allen Widerstand Stück für Stück aneinanderzureihen und niemanden vergessen.

Quellenhinweis: HV-Reden, Beilagen der Zeitschrift „Die Aktiengesellschaft — AG Report: Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse 2/89, Hrsg.: IMSF, Ffm. — (gka)



Für die „Revitalisierung des übertariflichen Raumes“, schlicht Tariflohnsenkungen, tritt BDA-Präsident Muhrmann ein.

ren erfolgreich und last not least:

— In der strategischen Ausrichtung des Unternehmens sind wir einen großen Schritt vorangekommen.“

Durchgängig durch alle Industriebranchen war 1988 ein Boomjahr. Die Stahlproduktion stieg um 13 Prozent. Die chemische Industrie hatte einen Produktionszuwachs von fünf Prozent, der Maschinenbau um drei, die Elektroindustrie um sechs. Die Jahresbilanzen weisen weitgehend große Steigerungsraten beim Jahresüberschuß aus: Bayer + 21%, Hoechst + 32%, BASF + 44%. Die Aufstellung und Umgruppierung der einzelnen Unternehmensteile in und zwischen den großen Konzernen verläuft hektisch. Die Organisation der Konzerne wird feldzugmäßig angepaßt. Zum einen

sere Arbeit, die nie an den Grenzen Europas endete, Plattform und nicht Festung sein ... Die intensiven Vorbereitungen auf den europäischen Binnenmarkt werden uns also nicht davon abhalten, auch zukünftig ... alle Möglichkeiten der Weltmärkte aggressiv zu nutzen.“ Dr. Kruse, Beiersdorf AG, über die Figuren auf seinem Schachbrett der Standortplanung: „Sobald der einheitliche Binnenmarkt vollendet ist, muß es im Endeffekt auch für uns einerlei werden, ob Arbeitsplätze in Nord- oder Südeuropa abgebaut werden müssen. Die sich ergebenden Arbeitslosen- oder Sozialhilfezahlungen sind immer wieder von denen zu finanzieren, die beschäftigt bleiben“.

Aus Vorstandssreden von Hauptversammlungen

Dr. Carl H. Hahn, Vorstandsvorsitzender Volkswagen AG, 13.07.89

Die Diskussion in der Bundesrepublik, Standortnachteile durch Standortvorteile zu kompensieren, ignoriert sowohl die weltwirtschaftliche Realität als auch die Verflechtung unserer Volkswirtschaft. Deshalb gilt es, Standortnachteile zu beseitigen ... Hier ist nur zu einem Teil der Staat gefordert. Er muß gerade im Hinblick auf 1993 für wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen sorgen — ein Aspekt ist dabei die Steuerbelastung, neben den Fragen der weiteren Deregulierung. Der einheitliche Binnenmarkt ist jedoch in erster Linie eine ordnungs- und wettbewerbspolitische Herausforderung für Unternehmen und Gewerkschaften — also für uns alle. Vor allem verlangt er von den Tarifparteien ein neues Denken und Handeln. Gerade die Tarifpolitik muß sich in erster Linie an internationalen Maßstäben und nicht nationalen Forderungen, so schlüssig diese scheinen mögen, messen lassen, wenn sie ihrer Aufgabe, das Wohl der Arbeitnehmer zu fördern, gerecht werden soll. Das Ausland ist schon bisher dem deutschen Beispiel der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich nicht gefolgt ... Diesen Ländern haben wir auf dem Wege der Arbeitszeitverkürzung so regelmäßig wie systematisch Wettbewerbsvorteile übertragen ... Ein höheres Maß an Arbeitszeitflexibilisierung kann darauf nicht allein die Antwort sein, da sie außerhalb der Bundesrepublik Deutschland in der Regel gar keine Frage mehr, sondern eine Realität ist — ein weiterer Standortnachteil ... Die intensiven Vorbereitungen auf den europäischen Binnenmarkt werden uns also nicht davon abhalten ... alle Möglichkeiten der Weltmärkte aggressiv zu nutzen.

Dietrich Natus, Vorstandsmitglied der Metallgesellschaft AG, 03.05.89

Zur Verfolgung der genannten Ziele wurden u.a. die Aktivitäten im Bergbau konsequent ausgebaut: — Aufstockung der Beteiligung an der Cominco Ltd., Vancouver auf jetzt rund 40% im Konsortium mit unseren Partnern Teck Corp., Kanada, und M.I.M. Holdings, Australien, an dem wir über die MMC mit 25% beteiligt sind ..., — Aufstockung der Anteile am Zink- und Kupfervorkommen Cayeli in der Türkei von 24,5% auf jetzt 49%, — Beteiligung der Metall Mining Corporation zu 20% an einem Goldvorkommen der Anglo American Corporation in Namibia, — Aufnahme der Goldproduktion im Callion Joint Venture, Australien, eine Beteiligung von 25%, — Einbringung der Highmont-Aktiva in Kanada in die Highland Valley Copper Partnership mit der Teck Corp. und anderen. Diese Partnership betreibt damit eine der größten Kupfergruben und Aufbereitungsanlagen in Nordamerika ...

Dr. Rolf Müller, Vorstandsmitglied der Stahlwerke Bochum AG, 21.03.89

Das Jahr 1988 verdient ganz allgemein aus wirtschaftlicher Sicht eine besondere Note. Es geriet zum bisher expansivsten von sechs Aufschwungjahren in Folge und hat schon damit alle Erwartungen deutlich zum Positiven hin übertroffen ... Mit dem Rückenwind des in diesem Ausmaß nicht erwarteten Wachstums gelang der Stahlindustrie, die zuvor eher mehr durch negative Schlagzeilen in Erscheinung getreten war, ein beeindruckendes Comeback. Beschäftigung und Ertragslage in der Stahlindustrie haben sich erheblich verbessert. Daran haben Umstrukturierung und Kapazitätsabbau der letzten Jahre einen maßgeblichen Anteil ... Um den so stark gestiegenen Anforderungen des Marktes entsprechend liefern zu können, werden wir in diesem Jahr — erstmals seit langem — ohne geschlossene Betriebsferien sein ... Die erfreuliche Geschäftsbelebung und die durchaus guten Aussichten auf

noch weiter andauernde Vollbeschäftigung sind für uns kein Anlaß, unsere bisherigen Einschätzungen der längerfristigen Entwicklung und damit unsere Pläne ad acta zu legen ... Und nun schließlich noch ein Wort zur Anpassung des Unternehmenszuschnittes an die neue Struktur. Zwischen Vorstand und Betriebsrat von SWB ist vor einigen Wochen ein sogenannter „Interessenausgleich“ vereinbart worden. Er schließt den vorher schon einmal erwähnten Sozialplan ein ...

Hermann Josef Strenger, Vorstandsvorsitzender Bayer AG, 21.06.89

Natürlich ist es für uns eine ganz besondere Freude, unser Jubiläumsjahr mit dem besten Ergebnis der Unternehmensgeschichte zu krönen. Im Konzern ist der Gewinn vor Steuern auf fast 3,8 Milliarden D-Mark gestiegen. Er hat damit das schon sehr gute Vorjahresergebnis um stattliche 23 Prozent übertroffen ... Gute Zeiten sind Vorsorgezeiten ... Wir müssen das Bayer-Schiff bei schönem Wetter für rauhere Verhältnisse rüsten ... Trotz der sehr zufriedenstellenden Ertragslage möchte ich in diesem Zusammenhang ein Thema ansprechen, das uns seit langem Sorge bereitet: die gerade im internationalen Vergleich sehr hohe Steuerbelastung in unserem Land ... Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die ertragsunabhängigen Steuern ein besonderes Problem darstellen, denn diese Steuern muß ein Unternehmen auch dann zahlen, wenn es keinen Gewinn erwirtschaftet. Ich meine daher, eine Reform der Unternehmensbesteuerung ist im Interesse unserer Wettbewerbsfähigkeit unumgänglich und sie sollte so rasch wie möglich in Angriff genommen werden ... Wir fordern nicht nur, wir wollen auch Leistungen erbringen und um Zustimmung werben. Das gilt nicht zuletzt für die Biotechnologie und Gentechnik ... Dazu brauchen wir endlich klare Regeln, die der Gesetzgeber vorgeben muß ... Der Gesetzgeber sollte sicherstellen, daß die Genehmigungsverfahren für gentechnische Anlagen nicht dazu mißbraucht werden können, um aus ihnen in der Praxis Verhindungsverfahren zu machen.

Helmut Wiehn, Vorstandsvorsitzender Deutsche Babcock AG, 18.04.89

Wenn sich die Perestroika auch nur einigermaßen durchsetzt, werden die RGW-Staaten mittelfristig ein Wachstumsmarkt sein können, in dem ein Potential vergleichbar oder sogar noch größer als im Westen vorhanden ist. Mit aus diesem Grunde haben wir mit einem der größten Maschinenbauunternehmen der CSSR, dem Skoda-Konzern, ein Rahmenabkommen zur technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit abgeschlossen ... Auch in der UdSSR nehmen wir die sich bietenden neuen Chancen ... wahr.

Dr. Hellmut Kruse, Vorstandsvorsitzender Beiersdorf AG, 28.06.89

Vielmehr haben sich wesentliche Teile der Wirtschaft bereits heute gewissermaßen zum Vollstrecker dieser Idee eines großen europäischen Marktes gemacht. Dabei handelt es sich um die international zusammenarbeitende Einkaufsmacht von Großfirmen des Handels und staatliche Beschaffungsstellen ... Weder der Handel noch die Industrie macht bei diesem als Einheit behandelten Wirtschaftsraum einen Unterschied zwischen den Ländern des Gemeinsamen Marktes und der EFTA. Die Schweiz und Österreich gehören ganz selbstverständlich genauso dazu wie Finnland, Norwegen oder Schweden ... Auf die Abschaffung der Landesgrenzen als Voraussetzung für die Vollendung des Gemeinsamen Marktes kommt es in der wirtschaftlichen Konsequenz durch diese Entwicklung gar nicht mehr an ... Die zwangsläufige Folge dieser neuen Betrachtungs- und daraus abgeleiteten Handlungsweise ist, daß alle genannten Wirtschaftsbereiche rationalisieren müssen. Und Rationalisieren heißt bei der zentral-europäischen Kostenstruktur fast immer, Arbeitskräfte abbauen.

Türkei/Kurdistan

Hungerstreik schwächt türkischen Faschismus

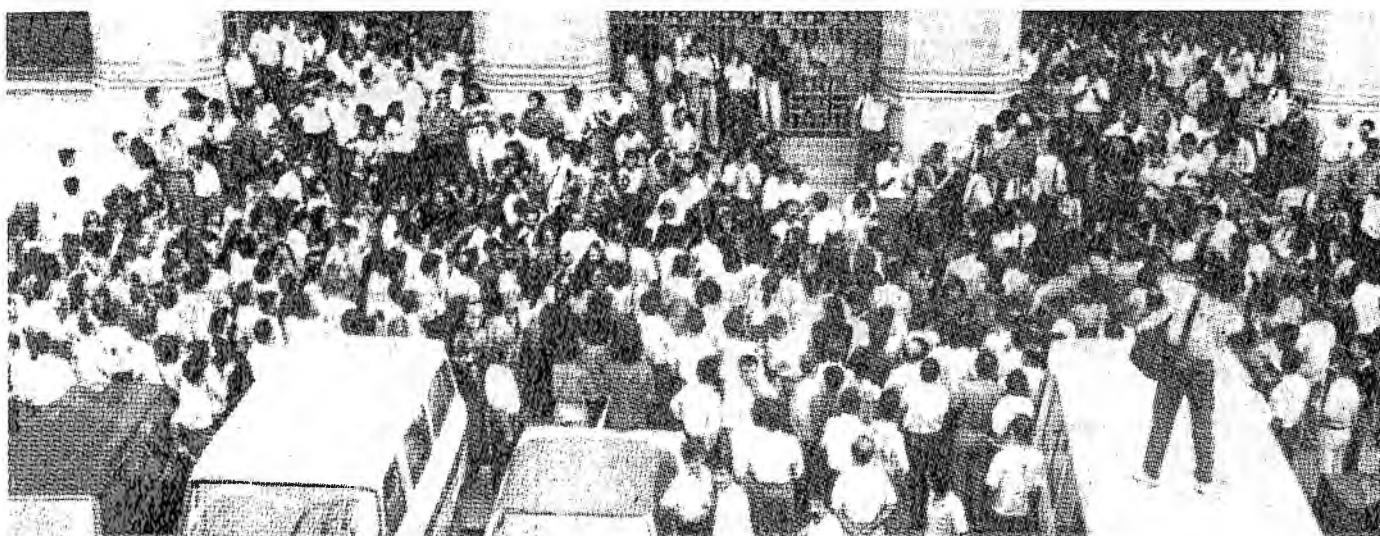
Am 20. August erklärten die Gefangenen im Gefängnis von Aydin ihren Hungerstreik für beendet. Aydin war der Ausgangspunkt für den letzten großen Hungerstreik, an dem sich insgesamt 2000 politische und Kriegsgefangene aus der Türkei und Nordwestkurdistan beteiligt hatten. Von Aydin aus wurden auch die Verhandlungen durchgeführt. Seitdem befinden sich noch Gefangene u.a. in Ankara, Mugla, Erzincan, Sagmacilar, Maras und einigen anderen Gefängnissen im Hungerstreik. Allerdings wollen die Gefangenen in Aydin auch erst am 30. August endgültig beschließen, ob sie ihren Hungerstreik wieder aufnehmen oder beenden. In einem Interview mit der Zeitung Milliyet v. 21.8.89 sagte die Vorsitzende der Angehörigenorganisation TAYAD: „Das die Forderungen der unter Folter sitzenden Gefangenen bis jetzt noch nicht erfüllt worden waren, war unannehmbar. Für diese Forderungen sind in diesem Hungerstreik zwei Menschen gestorben. Das hat die Massen aufgerüttelt, deswegen mußte die Regierung einwilligen.“ In derselben Ausgabe äußerte sich ein SHP-Abgeordneter, der für die Schlichtung zuständig war, in typisch sozialdemokratischer Manier, daß man von Sieg oder Niederlage der Beteiligten nicht reden kann. Es gab Forderungen, diese wurden bewilligt, und daraufhin wurde der Hungerstreik abgebrochen. Die Regierung und ihre Vertreter, wie lt. Milliyet der Gouverneur von Aydin, bestreiten, daß irgendwelche Forderungen erfüllt worden sind. Im wesentlichen ging es den Gefangenen um die Rücknahme der Bedingungen des sog. 1. August-Dekretes von 1988. Im nachfolgenden benennen wir die wichtigsten Punkte dieses Dekretes:

- Pflicht zur Einheitskleidung;
 - Besuche nur möglich bei Verwandtschaft ersten Grades;
 - Bei Besuchen darf nur türkisch gesprochen werden;
 - Anwaltsbesuch nur für eine halbe Stunde;
 - Besucher dürfen keine Nahrungs- und Genußmittel mitbringen;
 - Verbot des Selbstkochens in den Zellen;
 - Keine Benutzung von elektrischen und Gasgeräten in der Zelle;
 - Kein Telefonkontakt mit Leuten außerhalb des Gefängnisses;
 - Verbot der Benutzung von Radio, Schreibmaschine, Kassettenrecorder usw.;
 - Hofgang nur für zwei Stunden am Tag;
 - Verbot jeglicher Literatur;
 - Strenge Zensur bei Briefkontakten;
- Im alltäglichen Strafvollzug gingen die Einschränkungen der Rechte der Gefangenen noch weiter, willkürliche Maßnahmen der Gefängnisleitung kamen noch hinzu. Die Forderungen der Hungerstreikenden beschränkten sich aber nicht nur auf die Zurücknahme dieser Punkte. So forderten sie u.a. auch die Anerkennung als politische Gefangene bzw. für die Kurden als Kriegsgefangene. Insgesamt kämpften die Hungerstreikenden für 61 Forderungen. Folgende Hauptforderungen der Gefangenen wurden lt. Berichterstattung der türkischen Zeitung Milliyet v. 21.8.89 erfüllt:
- Hofgang für den ganzen Tag;
 - Möglichkeit gegenseitiger Besuche in den Zellen, bis zu drei Personen dürfen besucht werden;

- Telefonkontakt mit Leuten außerhalb des Gefängnisses;
- Besucher dürfen Nahrungs- und Genußmittel mitbringen;
- Besuche sind möglich, ohne daß sich z.B. ein Tisch dazwischen befindet;
- Briefkontakt, so oft ein Gefangener will;
- Nahrungs- und Genußmittel können von außerhalb eingekauft werden;
- Senkung der Teepreise in der Kantine;
- Die Korruption im Gefängnis soll abgeschafft werden;
- Benutzung von Radio, Schreibmaschine, Kassettenrecorder usw. ist erlaubt;
- Bei Krankenhaustransporten und Verlegungen keine Ankettungen und keine Gewaltanwendung;
- Anwaltsbesuche so lange wie notwendig;
- Legale linke Literatur darf bezogen werden.

Die anderen Forderungen wie Kriegsgefangenenstatus und die Aushändigung von Propangasflaschen zum Kochen sind nicht erfüllt worden. Inwieweit die Forderungen nach Aushändigung von Kassettenrecordern und nach Abschaffung der Einheitskleidung erfüllt worden sind, läßt sich zur Zeit nicht genau sagen. In einem Gespräch der Redaktion mit der stellvertretenden Vorsitzenden der türkischen Menschenrechtsvereinigung, Leman Firtina, sagte diese, welche Forderungen erfüllt werden, sei zur Zeit noch unklar. Sie geht aber davon aus, daß die genannten Forderungen erfüllt werden. Nach ihren Angaben hat die Regierung das 1. August-Dekret geändert, es aber noch nicht öffentlich bekanntgegeben, was aber in den nächsten Tagen erfolgen dürfte. Die Gefangenen in den o.g. Gefängnissen befinden sich laut Firtina noch im Hungerstreik, um der Forderung nach öffentlicher Bekanntgabe dieser Änderungen Nachdruck zu verleihen.

Im Moment befinden sich noch 13 Gefangene wegen der Folgen des Hunger-



Eine von vielen Protestaktionen: Etwa 250 Journalisten sammeln sich zu einer Demonstration vor dem Gebäude der Mediengewerkschaft in Istanbul. Anschließend ziehen sie zur Post und schicken ein Protesttelegramm an den Justizminister.

streiks im Krankenhaus. Drei von ihnen haben Tuberkulose, einige Gelbsucht. Ein weiterer Gefangener hat schwere Magenbeschwerden. Ahmet Akgül hat sein Augenlicht verloren, Fuat Kav ist gelähmt. Keiner der Gefangenen wird nach dem Hungerstreik ärztlich behandelt. Zu den Gefangenen, die schon vor Abbruch des Hungerstreiks in Krankenhäuser eingeliefert wurden, besteht kein Kontakt, so daß ihre Situation unbekannt ist.

Der Hungerstreik fand die Unterstützung der Massen

Während des Hungerstreiks, dessen Unterstützung die Form eines Massenwiderstandes hatte, gab es die vielfältigsten Aktionen. In Kurdistan nimmt der Befreiungskampf ohnehin größere Ausmaße an. Auch in der Türkei gab es bewaffnete Aktionen revolutionärer türkischer Organisationen. Die TKP-ML (TIKKO) führte Überfälle auf Militärgebäude durch, in deren Verlauf acht Soldaten getötet worden sind. In Istanbul gab es Anschläge auf Banken und Justizgebäude. Auf der anderen Seite organisierten demokratische Organisationen,

wie TAYAD und die Menschenrechtsorganisation, Demonstrationen und Kundgebungen. An ihnen beteiligten sich zahlreiche Revolutionäre, Antifaschisten, Demokraten, Studenten und Gewerkschaftler, bis hin zu einigen Abgeordneten der SHP. Bekannte Intellektuelle sowie Angehörige führten mehrtägige Solidaritätshungerstreiks durch. Auch in Westeuropa fand der Hungerstreik Unterstützung. Türkische und kurdische Linken führten, geringfügig von dortigen Linken unterstützt, Hungerstreiks und Demonstrationen durch.

Linke Bündnisarbeit festigt sich

Durch den allgemeinen Aufschwung des Klassenkampfes in der Türkei, das Erstarken der Arbeiterklasse und der Linken, wie es z.B. der 1. Mai dieses Jahres gezeigt hat, und die Festigung und Erweiterung der Bündnispolitik kurdischer und türkischer linker Organisationen war dieser Hungerstreik einer der politisch intensivsten der letzten Jahre. Er bildete den Höhepunkt der fast in jedem Jahr stattfindenden Hungerstreiks seit 1982. In diesem Jahr war der Hunger-

streik in Diyarbakir der erste seit längerer Zeit. Einer der wichtigsten Beiträge der Hungerstreiks zum Klassenkampf ist die verstärkte Zusammenarbeit der Linken in der Türkei und Kurdistan. Im Gefängnis fragen die Leute nicht so schnell nach der Organisationszugehörigkeit. Der unmittelbare Zwang, die Folter und Erniedrigungen, die gemeinsam ertragen werden, bringt die Leute eher zusammen als anderswo. Das hat Auswirkungen bis außerhalb des Gefängnisses. Die Zusammenarbeit der verschiedenen linken Organisationen war noch sie so stark wie dieses Mal. Die Erkenntnis, das sich der kurdische Befreiungskampf und der Klassenkampf in der Türkei gegenseitig ergänzen, scheint sich durchzusetzen. Wahrscheinlich sehr zum Leidwesen der türkischen Faschisten und der westdeutschen Imperialisten. — (dos. tja)

Südafrika/Azania:

Labour Relations Act

Der Labour Relation Amendment Act droht alle Rechte, die nach langen schweren Kämpfen 1979 in der Arbeitsrechtsreform fixiert wurden, außer Kraft zu setzen. Auf einen kurzen Nenner gebracht verbietet das LRAA Solidaritätsstreiks, macht die unabhängigen schwarzen Gewerkschaften für Streikfolgen haftbar, schränkt die Rechte des Arbeitsgerichts ein, erschwert die Hürden für einen legalen Streik und kennt rassistische Minderheitsgewerkschaften als Verhandlungspartner an.

Am 4./5. März 1989 fand ein Gipfeltreffen von mehr als 700 Gewerkschaftsdelegierten in der Universität von Witwatersrand statt. Die Notwendigkeit der größtmöglichen Aktionseinheit unter den Arbeiterinnen und Arbeitern Azanias wurde betont, die unterschiedlich geschichtlich gewachsenen Traditionen und Politikvorstellungen der teilnehmenden Gewerkschaften in einer Presseerklärung anerkannt. Nahezu alle COSATU-Gewerkschaften, 11 NACTU-Gewerkschaften und 17 den beiden großen Dachverbänden nicht angeschlossenen Gewerkschaften nahmen teil; hauptamtliche Funktionäre mit Ausnahme eines kleinen Sekretariats für Protokollführung und Übersetzung waren nicht zugelassen. Das Gipfeltreffen stellte fest, daß „trotz der Protestaktionen gegen das Gesetz die Arbeitgeber ... uns böswillig in die Falle gelockt ... haben, indem sie uns in fruchtlose Verhandlungen verwickelten und gleichzeitig die Inkraftsetzung des Gesetzes unterstützten.“

Ein wichtiges Ergebnis des Arbeitergipfels ist ein Aktionsprogramm, das in einen landesweiten Streik münden soll. Folgende Forderungen sind aufgestellt:

Einflüsse der Imperialisten auf den türkischen Strafvollzug

Im Zuge ökonomischer Veränderungen in der Türkei mußten die alten, noch zu sehr auf den Feudalismus abgestimmten Gesetze neu überarbeitet werden. Seit 1909 wurde in der Türkei ein StGB-Entwurf beraten, der das italienische StGB von 1889 zum Vorbild hatte. Dieser wurde 1926 von der Nationalversammlung angenommen und trat daraufhin in Kraft. In der Zeit bis 1944 wurde dieses Gesetz neunmal geändert. Die meisten Vorschriften des Abschnittes „Straftaten gegen den Staat“ insbesondere die Art. 140 bis 146 wurden 1936 aus dem italienischen Strafgesetzbuch Mussolinis übernommen. Art. 141 bestraft u.a. die „Gründung von Vereinigungen, die die Abschaffung der verfassungsmäßigen Rechte beziehen“, sowie den „Beitritt in solche Vereinigungen“. Die „Propaganda für die Abschaffung der verfassungsmäßigen Rechte, sowie das Loben einer solchen Tat“ wird in Art. 142 behandelt. Der Art. 146 TStGB erfaßt in seinem Wortlaut den gewalttamen Umsturzversuch. Zunächst sollte auch die italienische Strafprozeßordnung (StPO) übernommen werden, doch man war der Auffassung, diese sei für die türkischen Verhältnisse ungeeignet. 1929 wurde dann die deutsche Strafprozeßordnung (StPO) mit einigen Änderungen übernommen. So wurde z.B. ein Artikel zugefügt, der besagt, daß Haftgründe auch Taten sind, die die Autorität von Staat und Regierung schädigen, und die öffentliche Ordnung stören.

1936 wurden von den 426 übernommenen Paragraphen 116 geändert, weitere sind ganz abgeschafft worden.

„Europäische Gefängnisnormen“

Die politischen Gefangenen in der Türkei sind eher einem „Lagervollzug“ ausgesetzt, in der Regel gibt es meistens Gemeinschaftszellen. Ein Schritt in Richtung Individualisierung des Strafvollzuges war die Einführung des zivilen E-Typ-Gefängnisses, in dem die Einzelzellen überwiegen. Offensichtlich soll diese Methode weiter ausgebaut werden. Das Gerede des unter dem Druck des Hungerstreiks zustandegekommenen Ausschusses des türkischen Justizministeriums, die türkischen Gefängnisse auf den Standard der europäischen zu bringen, soll diesem Rechnung tragen. Was als fortschrittlich verkauft werden soll, ist in Wirklichkeit reaktionär. Die Türkei will die technologisch besser entwickelte Unterwerfung unter die Haftbedingungen in den imperialistischen Staaten, insbesondere der BRD, übernehmen. Die sensorische Deprivation, die wissenschaftliche Isolationsfolter, soll Einzug in den türkischen Strafvollzug halten. Angesichts der trotz Isolationsfolter stattfindenden Hungerstreiks in der BRD ist fraglich, ob diese Rechnung aufgeht. Eine Verschlechterung der Situation der politischen Gefangenen in der Türkei bedeutet dieses aber trotzdem.

Quellenhinweise: Zeitschrift für d. ges. Strafrechtswissenschaft Nr 1, v. 80 u. 84; Bericht von der Delegationsreise der NRW-Strafverteidigerinitiative

- Die Abschaffung aller Bereiche des neuen Arbeitsgesetzes LRAA
- Garantiertes Recht auf Streik und Streikposten, ohne Angst vor Entlassungen
- Bereitschaft der Arbeitgeber zu Verhandlungen mit der jeweiligen Mehrheitsgewerkschaft
- Verpflichtung der Unternehmer, nicht auf sog. Homeland-Gesetzgebung auszuweichen.

Als langfristige Perspektive wurde eine eigene Formulierung des Arbeitsgesetzes beschlossen, die einschließen soll: Ausweitung des Arbeitsgesetzes auf FarmarbeiterInnen, Hausangestellte und ArbeiterInnen im Öffentlichen Sektor.

Ein zweiter Arbeitergipfel wurde für August festgelegt, auf dem Protestaktionen gegen den LRAA abgestimmt werden sollen. Für die Tagesordnung dieser Konferenz sind vor allem folgende Punkte vorgesehen: Erklärung eines Disputs über das LRAA mit SACCOLA, einem Dachverband von Arbeitgeberorganisationen, mit der South African Agricultural Union und den staatlichen Abteilungen des öffentlichen Sektors.

Nachdem Aktionen gegen das LRAA von einigen Stadtgerichten und Polizei behindert wurden, fürchten die Gewerkschaften eine neue Eskalation der Gewalt.

Quellenhinweis: div. issa; div. AZAKO; The New Nation 14.7.1989 — (and)

Das Gutachten der jesuitischen Universität schließt mit der Bemerkung, ARENA habe in zwei Monaten größeren politischen Schaden angerichtet als El Salvadors Christdemokratie in zwei Jahren.

Nordamerikanische Funktionäre der Internationalen Kaffee-Organisation ICO setzten das Abkommen zwischen kaffeeproduzierenden und -verbrauchenden Nationen außer Kraft. Durch den Preissturz werden die Devisenverluste für El Salvador laut Kaffeekapitalisten bei 100 Mio. US-\$ liegen. Dies wird die nationale Ökonomie weiter ruinieren, die längst hochgradig abhängig ist von US-Hilfe und von Devisensendungen von in die USA geflüchteten Salvadorianern.

Am 2.7. sperrten FMLN-Einheiten die Straße von San Salvador nach La Libertad, wo die Oligarchie an Privatstränden rauschende Feste feiert. Damit sollte klargemacht werden, daß das ganze Volk ein Recht auf Ruhepause und Entspannung hat.

Am 13.7. zündeten Stadtkommandos am höchsten Gebäude San Salvadors eine Sprengladung, die die Glasfenster der Außenfassade des Hochhauses zu 50% zerstörten. Die Militärs nennen das Gebäude „Turm der Demokratie“.

Guerilleros giffen am 25.7. die Kaffeefinca Christianis in San Vincente an, hielten eine Versammlung mit den Landarbeitern ab und zerstörten anschließend 1000 Kaffeepflanzen, um den „Präsidenten der Reichen“ zu einer Lohnerhöhung zu zwingen.

Am 1.8.1989 begann um 17 Uhr 30 in El Salvador die Großoffensive „Alle gegen die faschistische Regierung“ der FMLN. Hierbei wurden zahlreiche Militär- und Polizeistützpunkte in San Salvador angegriffen, Sabotage gegen die Stromversorgung in den Stadtteilen der Oberschicht San Salvadors verübt. Gleichzeitig wurden die Kämpfe auf dem Land ausgeweitet: in zehn von 14 Departements fanden bewaffnete Auseinandersetzungen statt. Hunderte von Verlusten der Regierungstruppen waren das Ergebnis einer verbesserten Koordination unter den Kommandos. Die von der FMLN selbstgefertigten Granatwerfer holten einen Kampfhubschrauber und ein Armee-Flugzeug vom Himmel.

Am 15.8. führte ein Stadtkommando den Angriff auf San Salvadors Polizeiakademie im Westen der Stadt durch, nach eigener Einschätzung „überraschend und verwüstend“. Das Pressebüro der Armee, COPREFA, gab sieben Verluste zu, des Weiteren die teilweise Zerstörung der Akademie durch Schußwaffen, Handgranaten und Raketen. Der Angriff dauerte 45 Minuten. Währenddessen zerstörten weitere FMLN-Guerilleros zwei Busse in San Salvador, aus Protest gegen die Fahrpreiserhöhung um 100%.

Quellen: Radio Venceremos Weekly Report No.108; Servicio Especial de Radio Venceremos 4.8.89 — (zwk)

Palästina

Geheimverhandlungen über Wahlen

In den letzten Monaten wird immer lauter über Wahlen in der Westbank und im Gazastreifen nachgedacht. Solche Wahlen könnten nach Meinung der PLO-Führung Auftakt zu einer Übergangsphase sein, an deren Ende ein palästinensischer Staat entstehen soll. Während Minister Ariel Sharon öffentlich die Ermordung des PLO-Vorsitzenden Arafat als einen „notwendigen Schritt zur Wiederbelebung des Friedensprozesses im Nahen Osten“ forderte, trafen sich gleichzeitig Vertreter der PLO und der israelischen Regierung zu geheimen Verhandlungen. Vermittelt wurden diese Gespräche von der US-Regierung, die einerseits versucht, den zionistischen Staat von seiner starren Haltung gegenüber der PLO abzubringen, während sie gleichzeitig der PLO in dem seit mehreren Monaten laufenden „Dialog“ einen Kompromiss nach dem andern abhandelt. Letztes Beispiel dafür ist eine im August vom Fatah-Kongreß in Tunis beschlossene programmatische Erklärung, die aufgrund scharfer Kritik aus den USA überarbeitet und abgeschwächt wurde. In diesem Papier war von der notwendigen Eskalation des Kampfes gegen Israel die Rede. In der überarbeiteten Fassung wurde das Wort Eskalation gestrichen.

Das Resultat der israelisch-palästinensischen Verhandlungen ist äußerst mager. Die Zionisten sind nach wie vor höchstens bereit, eine palästinensische „Selbstverwaltung“ zuzulassen. Laut Arafat hat Schamir inzwischen für einen späteren Zeitraum eine „Halbunabhängigkeit“ angeboten. Die aktuellen zionistischen „Angebote“ gehen jedoch kaum über den „Shamir-Plan“ hinaus, den der israelische Regierungschef im April dieses Jahres präsentierte. Dieser Plan ist die Fortsetzung der gescheiterten Camp-David-Politik. Es wird darin ausdrücklich der „israelisch-ägyptische Vertrag als Eckstein für den Aufbau von Frieden in der Region“ bezeichnet. Außerdem sollen „freie Wahlen unter den Arabern von Judäa, Samaria und Gaza abgehalten werden — frei von Einschüchterung und Terror der PLO“. Ergebnis dieser Wahlen soll lediglich die Bildung einer Delegation sein, die „Verhandlungen über eine Übergangslösung“ führen soll.

Die PLO-Führung hat sich inzwischen einen weiteren Kompromiß abringen lassen: sie besteht nicht mehr auf dem totalen Rückzug der Besatzungstruppen, sondern gibt sich mit einem Teilrückzug zufrieden. Der PLO-Führung genügt es, wenn die israelische Regierung vor den Wahlen verspricht, daß sie „am Ende des Friedensprozesses“ bereit sei, den Frieden durch Herausgabe eroberten

Territoriums zu honorieren.

Realistischere Töne klingen dagegen in dem Memorandum an, das dem neuen Leiter der Nahostabteilung im US-Außenministerium, John Kelly, von einer palästinensischen Delegation überreicht wurde. Darin heißt es u.a.: „Die sogenannte israelische Friedensinitiative ist ein Versuch, gleichzeitig den Palästinensern die nationalen Rechte und die Identität zu verweigern, eine legitime Vertretung und die Führung zu umgehen und den zentralen Punkten des Konflikts auszuweichen“. — (hch)

VR Polen

Klerus greift zur Macht

Die politische Allianz, die u.a. die bundesdeutsche katholische Kirchenhierarchie schon bei der Wahl des polnischen Kardinals Wojtyla zum Papst mit dem polnischen Klerus eingegangen ist, beginnt sich für beide Seiten auszuzahlen. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat dem neuen polnischen Regierungschef Tadeusz Mazowiecki gratuliert: „Dankbar erinnern wir ... an ihren Vortrag auf dem 74. Deutschen Katholikentag 1974 ... und an die zahlreichen Gespräche und Begegnungen, die das Zentralkomitee mit Ihnen hatte“. Das ZdK verweist darauf, daß Mazowiecki Mitunterzeichner der Erklärung „polnischer und deutscher Katholiken“ ist, in der u.a. die westdeutsche Forderung nach „Volksgruppenrechten“ in Polen unterstützt wird.

Der neue Premier ist ein seit 30 Jahren erprobter Vertreter der katholischen polnischen Intelligenz und der kirchlichen Nomenklatura in Polen. Schon 1961 bis 1971 gehörte er als Abgeordneter der katholischen Laienorganisation „Znak“ dem polnischen Parlament an. Seit 1980 gehört er zum Führungskern der „Solidarität“, 1981 war er Chefredakteur der Wochenzeitung „Solidarnosc“.

Schon vor dem Regierungsantritt Mazowieckis war es der katholischen Kirche gelungen, ihre Machtposition im Lande zu verstärken. So billigte im Sommer dieses Jahres das polnische Parlament drei Gesetze zu ihren Gunsten. Die katholische Geistlichkeit (etwa 62 000 Mann, die im Schnitt das Sechsfache des Lohns eines polnischen Arbeiters kassieren) wurde in die staatliche Sozialversicherung aufgenommen, der Staat zur „weltanschaulichen Neutralität“, also zur Einstellung atheistischer Propaganda verpflichtet. Das Gesetz über die Rechtsstellung der Kirchen erlaubt der katholischen Kirche die Verwaltung „nach eigenem (kanonischen) Recht“, garantiert ihr das Recht auf religiöse Propaganda u.a. in Gefängnissen und Krankenhäusern und den Aufbau eigener Al-

ten- und Krankenpflege. Die 1950 der Kirche entzogene „Caritas“ wird wieder als kircheneigene Organisation zugelassen. Am 17. Juni nahm darauf der Vatikan diplomatische Beziehungen mit der VR Polen auf.

Die PVAP scheint unter dem Druck der imperialistischen Reaktion wie der katholischen Verbände im Land keine andere Wahl mehr gesehen zu haben, als einer von katholischen Kräften geführten großen Koalition zuzustimmen. Immerhin tritt die katholische Kirche in Polen — so sehr sie vom Westen aus gefördert wird — nicht einfach als Verfechterin der allgemeinen Wiederherstellung kapitalistischen Privateigentums in Polen auf, sondern für eine von der christlichen Intelligenz gelenkte Wirtschaft mit (vor allem bürgerlichem) privatem und staatlichem Eigentum. Trotzdem dürfte

der arbeiterfeindliche Kurs dieser Regierung bald deutlich werden. Im polnischen Parlament wurden bereits drastische Kürzungen im Staatshaushalt verlangt, womit eine erneute Senkung von Zahlungen an arme und alte Lohnabhängige vorbereitet wird. Und die auch in Kirchenkreisen überlegte „Sanierung“ der privaten Landwirtschaft sieht vor allem die Vertreibung eines großen Teils der kleinen Bauern von ihrem Land in die Städte vor, wo die so enteigneten Bauern den Druck auf den Arbeitsmarkt enorm steigern dürften. Der Versuch der katholischen Kirche, die Staatsmacht zu übernehmen, könnte so rasch zu einer schweren Krise dieser Kirche selbst führen.

Quellenhinweis: Neue Zürcher Zeitung, FAZ, 18. bis 25.8.; Herder-Korrespondenz 1988-6/1989; ZdK, 22.8.89 — (rül)

Internationale Kampuchea-Konferenz

Die Imperialisten wollen nicht Frieden, sondern Expansion

Die seit Anfang August tagende internationale Kampuchea-Konferenz, an der vier kampucheanische Delegationen, Vietnam, Laos, die ASEAN-Staaten, die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, Kanada, Indien, Japan, Australien und Zimbabwe für die Blockfreienbewegung sowie UN-Generalsekretär Cuellar teilnehmen, geht in diesen Tagen mit einem zweiten Außenministertreffen zuende. Gegenwärtig arbeitet

sie in Arbeitsgruppen. Ergebnisse sind bei Redaktionsschluß nicht bekannt.

Ob die Konferenz zu einer wirklichen Lösung des Konfliktes beitragen kann, ist noch unsicher und eher zweifelhaft. Ergebnisse und Vereinbarungen, die nicht auf dem bedingungslosen Rückzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea beruhen, sind keine Lösung, sondern verlängern nur den Krieg.

Die Dreierkoalition des Demokrat-



Patrouille der Roten Khmer



Ägypten. Lohnkürzungen, die sich durch gleichzeitige Preiserhöhungen verschärft auswirkten, haben im staatlichen Stahlwerk Aslan im Süden Kairos im Juli und August zu Streik und zur Besetzung des Werkes geführt. Die Maßnahmen des Industrieministeriums sind auf 44 Mrd. \$ Auslandsschulden und entsprechende Vorgaben des IWF zurückzuführen. Die Polizei intervenierte mit beispieloser Härte, wobei ein Arbeiter starb. Beim Sturm auf das Werk wurden 500 der etwa 2000 Streikenden verhaftet, davon später 82 auf gerichtliche Anordnung in Beugehaft genommen. Am 25.8. verhaftete die Polizei weitere 52 Personen im Zusammenhang mit dem Streik, darunter Gewerkschaftsfunktionäre, Angehörige einer kommunistischen Organisation und Journalisten, die über den Streik berichtet hatten. Nach Mitteilung der Gewerkschaft sei mit dem Ministerium inzwischen eine Prämierhöhung vereinbart und die Arbeit gehe weiter. — (uld, poj/AGM)

Armenversammlungen in Jugoslawien

Zum ersten Mal versammelten sich mehrere Tausend Menschen in Montenegro vor zwei Wochen zu „Armenversammlungen“. Rentner und Arbeitslose wollen damit auf ihre unerträgliche ökonomische Situation aufmerksam machen und gegen Korruption bei der Verteilung von Sozialleistungen wie auch gegen die Privilegien von Partefunktionären protestieren. Die über 800% Inflation derzeit in Jugoslawien führen dazu, daß der Durchschnittslohn mit umgerechnet ca. DM 280 gegenüber dem Vorjahr um fast 100 DM gesunken ist. Um so mehr trifft diese rasante Geldentwertung Rentner und Arbeitslose, vor allem in den Städ-

ten in den südlichen Republiken. Sie können sich kaum durch die sogenannte „Schattenwirtschaft“ versorgen. — (lsc)

USA: Gewerkschafter festgenommen

Der Präsident des US-Gewerkschaftsbundes AFL-CIO und 20 Vorstandsmitglieder von Industriegewerkschaften des AFL-CIO sind am 23. August in Lebanon im US-Bundesstaat Virginia bei einer Kundgebung vorübergehend festgenommen worden. Die Kundgebung diente der Unterstützung der seit April für einen neuen Tarifvertrag streikenden 1700 Bergarbeiter des Pittson-Konzerns. Der Konzern hat bereits enorme Bußgelder gegen die Bergarbeitergewerkschaft UAWA erwirkt. — (rül)

schen Kampuchea, die einen Widerstandskrieg gegen die vietnamesische Besatzung des Landes führt, hat sich 1988 auf einen Fünf-Punkte-Plan verständigt, der vorsieht: 1. Abzug Vietnams zu einem festen Datum; 2. Auflösung der beiden kampucheanischen Regierungen, d.h. der Regierung des Demokratischen Kampuchea und der von Vietnam eingesetzten Regierung der VR Kampuchea; 3. allgemeine Wahlen unter internationaler Kontrolle; 4. Bildung einer Vier-Parteien-Regierung und -Armee auf provisorischer Grundlage (bestehend aus den drei Gruppierungen des Widerstands, den kommunistischen Roten Khmer, der nationalistisch-konservativen KPNLF Son Sanns, der Sihanouk-Gruppe, sowie der „Revolutionären Partei von Kampuchea“, die die Regierung der VR Kampuchea bildet); 5. Stationierung einer internationalen Friedenstruppe. Mit diesem Vorschlag hat die Regierung des Demokratischen Kampuchea,

die 1979 durch die vietnamesische Aggression gestürzt worden war, jedoch von der UNO und der großen Mehrheit ihrer Mitgliedsstaaten als rechtmäßige Regierung anerkannt wird, einen weitreichenden Kompromiß angeboten.

Doch bisher haben Vietnam und die von ihm gestützte Regierung Hun Sen den Plan abgelehnt. Sie wollen v.a. ihre Regierung nicht auflösen, mit der Begründung, daß sie auf die Kontrolle der Verwaltung während der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen nicht verzichten können. (1) Stattdessen knüpfen sie jeden Schritt zur Lösung des Konflikts an die Ausschaltung der „Anhänger Pol Pots“, also der Roten Khmer. (1) Vietnam hat zwar angekündigt, seine Truppen bis zum 30.9.1989 abzuziehen, aber nur unter der Voraussetzung, daß es bis dahin zu einer entsprechenden „politischen Lösung“ gekommen sei.

Die Sowjetunion, die Vietnam und die VR Kampuchea unterstützt, und die VR

Streik bei Schweizer Firma Evrite Südafrika

Seit dem 29. Mai streiken rund 3000 Arbeiter der Firma Everite, größtes Schweizer Unternehmen in Südafrika, u.a. für Lohnerhöhungen um 36% in vier der fünf Fabriken. Everite zahlt z.Zt. einen Mindestlohn von 670 Rand (ca. 502 DM), der Durchschnittslohn beträgt 860 Rand (645 DM). Die Gewerkschaft schätzt die notwendigen Lebenshaltungskosten einer fünfköpfigen Familie auf 1088 Rand.

Gleich zu Beginn des Streiks setzte Everite Streikbrecher ein. Bewaffnete Werkschutztruppen greifen die Streikposten an, einer wurde schwer verletzt. Am 5. Juni rief Everite Militäreinheiten zur Unterstützung.

Everite stellt vor allem stark gesundheitsschädigende, asbesthaltige Faserzementprodukte her. Viele Arbeiter starben in den letzten Jahren an Asbestose. Die schwarze Baubranchengewerkschaft CAWU hat die Umstellung der Produktion auf asbestfreie Produkte ab 1992/93 erkämpft. Everite will aber nicht in allen Werken die dazu notwendigen Investitionen tätigen. Das Werk in East London wurde Ende Mai geschlossen, die 230 Arbeiter mit einer „Abfindung“ in Höhe eines Wochenlohnes entlassen.

Everite Fibre Cement Ltd. ist eine Tochtergesellschaft der Eternit Holding AG des Schweizer Kapitalisten Stephan Schmidheiny. Schmidheiny, der mit 14 Jahren Missionar in Afrika werden wollte, unterhält Niederlassungen in Chile, Zaire, Guatemala, El Salvador, Paraguay, Kolumbien und Südafrika, ist Großaktionär von Asea Brown Boveri (ABB) und Verwaltungsrat der Schweizer Bank Gesellschaft. Die Eternitgruppe unterhielt im zweiten Weltkrieg enge Geschäftsbeziehungen zum faschistischen Deutschland. — (ang, rub)

China, die die Roten Khmer unterstützt, haben im Februar dieses Jahres in neun Punkten Übereinstimmung erzielt. U.a. vereinbarten sie, alle Militärhilfen allmählich zu verringern und schließlich ganz einzustellen. Die UdSSR erklärte, eine Einigung zwischen den vier kampucheanischen Parteien zu unterstützen. So weit, so gut. Dennoch birgt die Einigung die Gefahr der Fortsetzung der Konflikte in sich. Denn die VR China stimmte zu, daß eine „Rückkehr zur Politik und zu den Praktiken der jüngsten Vergangenheit“ zu verhindern sei (1), womit sie dem internationalen Druck nachgab und das Recht ausländischer Mächte auf fortgesetzte Einmischung in Kampuchea zugestand.

Als Hindernis für einen Frieden in Kampuchea treten immer mehr die Imperialisten in den Vordergrund.

Vietnam wird der nun schon zehn Jahre währende Aggressionskrieg zu teuer. Ein militärischer Sieg ist nicht in Sicht

El Salvador: Regierung verweigert medizinische Betreuung

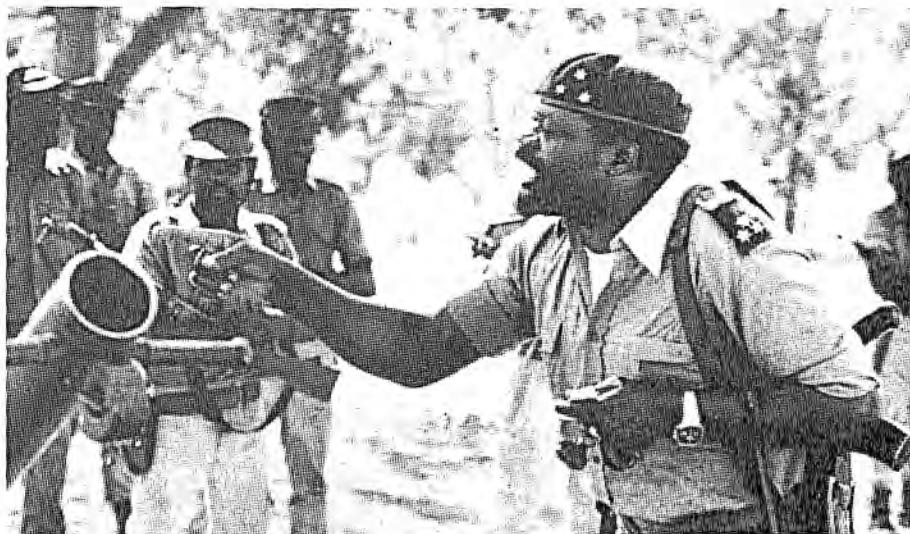
Acht kriegsversehrte Befreiungskämpfer und -kämpferinnen der FMLN haben seit dem 20.8. die Kathedrale in San Salvador besetzt. Sie wollen mit ihrer Aktion die in einem Abkommen mit der vorigen Regierung vereinbarte Ausreise von mehr als 100 Kriegsversehrten erreichen, damit sie im Ausland medizinisch versorgt werden können. Das Abkommen war zwischen der damaligen christdemokratischen Regierung Duarte, der katholischen Kirche und der FLMN getroffen worden, nachdem die Regierung El Salvadors die Genfer Konvention unterzeichnet hatte. Die Besetzer fordern von der jetzigen Regierung Cristiani die Einhaltung der getroffenen und unterzeichneten Abkommen: der Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen und Kriegsverletzten und des Abkommens von Panamá, in dem sich Duarte verpflichtet hat, Kriegsversehrten ungehindert die Ausreise zu gestatten. Cristiani will das Abkommen nicht einhalten und erklärte, „das Problem der Kriegsversehrten ist Verhandlungsmaßse“. Inzwischen haben etwa 500 Soldaten einen dichten Militärring um die Kathedrale gezogen, und bewaffnete zivile Gruppen patrouillieren um die Kathedrale. — (uld)

Libanon: Frankreich fährt Flotte auf

Die französische Regierung hat begonnen, die libanesischen Christen, traditionell mit der früheren Kolonialmacht Frankreich verbunden, im Krieg gegen die syrischen und schiitischen Truppen offen mit einem Flottenmarsch vor der Küste des Libanon zu unterstützen. Erklärtes Ziel der christlichen Truppen

unter General Aoun ist die gewaltsame Vertreibung der syrischen Truppen zwecks Wiederherstellung der christlichen Vorherrschaft im Land. Dagegen kämpfen unter anderem die schiitische Amal, die Drusen und mehrere kleine, linke Milizen. Offiziell dient der französische Aufmarsch angeblich „humanitären“ Zielen wie der Evakuierung von Verletzten libanesischen Christen. Angeblich sollen 7000 Libanesen gleichzeitig im Besitz französischer Pässe sein. Sprecher der „Amal“ und der Drusen haben erklärt, die französische Flotte

würde beschossen, falls sie versuche, zu landen und die Einheiten General Aouns zu entlasten. Zu der französischen Flotte gehören u.a. ein Öltanker, zwei Fregatten, ein Kanonenboot sowie der Flugzeugträger „Foch“. Am 24.8. kreuzten bereits acht Einheiten mit, zusammen 16000 Mann vor der libanesischen Küste. Zur Unterstützung der französischen Intervention beschlossen die Außenminister der EG am 24.8., einen Ausschuß zu entsenden, der sich „über die Bedürfnisse (der Christen) am Ort“ informieren soll. — (rül)



Am 24. August teilte die reaktionäre angolanische Organisation UNITA mit, daß sie einseitig den mit der Regierung vereinbarten Waffenstillstand aufkündige. Der Waffenstillstand galt seit dem 22. Juni, und die angolanische Regierung hatte der UNITA mehrfach vorgeworfen, daß sie den Waffenstillstand nicht einhalte. Damit sind eindeutig alle Hoffnungen zurückgewiesen, mit dem Abkommen zwischen Südafrika, Angola und Kuba über den Abzug der kubanischen Soldaten könnte tatsächlich eine friedliche Entwicklung im südlichen Afrika beginnen. Die UNITA erhält nach wie vor Waffen aus Südafrika und von den USA. Unmittelbar nach Abschluß des Waffenstillstandsabkommens hatte das US-Außenministerium mitgeteilt, daß die USA ihr Versprechen auf weitere Waffenlieferungen einhalten werden. — (uld)

und wird auch von niemandem für möglich gehalten. Die Zerstörung der Stützpunkte des Demokratischen Kampuchea an der Grenze zu Thailand 1874/85 hat nur dazu geführt, daß sich der Guerillakampf ins Innere Kampuchea verlagerte. Die mit Abstand stärkste Widerstandskraft sind die Roten Khmer. In ihren Reihen kämpfen 40000 Guerillas, die sich nicht halten könnten, könnten sie sich nicht auf Teile der Bevölkerung insbesondere in den ländlichen Gebieten und auf viele zehntausend Menschen in den Flüchtlingslagern an den Grenzen stützen. Im Herbst 1988 haben die Roten Khmer begonnen, ihre früheren Stützpunkte an der Grenze zurückzuerobern. (2) Die Regierung der VR Kampuchea gibt zu, daß die Roten Khmer allein stark genug seien, um bei Abzug Vietnams und einem Zusammensehen der Parteien von Hun Sen, Son Sann und Sihanouk 20% des Landes zu kontrollieren. (3) Für Vietnam wird die militärisch eher

aussichtslose Situation noch verschärft durch die schwere wirtschaftliche Krise des Landes, die die Kriegskosten zu einer untragbaren Last werden läßt. Sein Interesse an einem Rückzug ist deshalb groß.

Je größer jedoch die Möglichkeit eines völligen vietnamesischen Rückzuges wird, um so deutlicher tritt das Ziel der Imperialisten hervor, nicht nur die vietnamesische Besatzung zu beenden, sondern vor allem auch die Roten Khmer zu liquidieren und sich so freie Bahn für die erneute Expansion nach Kampuchea zu verschaffen. Unisono hat z.B. die bundesdeutsche bürgerliche Presse die Existenz der Roten Khmer zum „heikelsten Problem“ und „Haupthindernis für eine Lösung des Konflikts“ erklärt. (4) Gezielt versuchen die Imperialisten, die Dreierkoalition des Demokratischen Kampuchea zu spalten und Son Sann und Sihanouk gegen die Roten Khmer ins Spiel zu bringen. Schon länger finanzi-

ren die USA diese beiden politisch und militärisch eher schwachen Gruppierungen. So zahlten sie Sihanouk 1988 3,5 Mio. und 1989 5,5 Mio. \$. (5) Unmittelbar vor der Konferenz beschloß der US-Kongreß eine neuerliche Militärhilfe. (6) Der US-Außenminister kündigte US-„Wiederaufbauhilfe“ für Kampuchea an, aber unter der Bedingung, daß die Roten Khmer ausgeschaltet sind. (7)

Daß die Imperialisten ihr Ziel bisher nicht erreichten, liegt ausschließlich daran, daß die Roten Khmer politisch und militärisch zu stark sind, um sie zu schlagen. Davon gehen auch alle kampucheanischen Parteien aus.

Quellenhinweis: (1) Südostasien aktuell, März 1989; (2) Südostasien aktuell, Januar 1989; (3) Frankfurter Rundschau, 11.7.; (4) s. Pressedokumentation in: Khmer-Informationen, einer Son Sann nahestehenden Publikation, August 1989; (5) Südostasien aktuell, Mai 1989; (6) Mannheimer Morgen, 25.7.89; (7) Khmer-Informationen August 1989 — (sec)

Veröffentlichungen

Sprunghafte Ausweitung der Schichtarbeit

In dem jetzt vorliegenden Gewerkschaftsjahrbuch 1989 können wir anhand der zusammengestellten Daten feststellen, wie sich die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten verschlechtert haben. In der Metallindustrie haben die Kapitalisten die Schichtarbeit derart rasch in den letzten vier Jahren ausgeweitet, daß sie nun für die Durchsetzung der Sams-tagsarbeit in größerem Rahmen einen wirksamen Hebel in der Hand haben. Da sie die Zweier-Schicht im Jahr 1988 auf 71 Prozent aller Metallbetriebe ausweiten konnten, 1985 betrug die Anzahl 37 Prozent, können sie auf das nächste Ziel zusteuern und die Belegschaften vor die Wahl stellen: entweder Einführung der Drei-Schicht-Arbeit oder eben Sams-tagsarbeit in Zwei-Schichtarbeit.

Zu dem Druck, dies und weiteres gegen die Beschäftigten zu erzwingen, hat diese Bundesregierung mit dem bisherigen Beschäftigungsförderungsgesetz viel beigetragen. Dadurch konnten die Unternehmer die befristeten Arbeitsverhältnisse zu einer Selbstverständlichkeit machen. So erfolgen 40% aller Arbeitsvermittlungen des Arbeitsamtes in befristete Arbeit. Die Zahl der Leiharbeiter stieg im letzten Jahr um 20%. Die Kapitalistenverbände fordern die Verlängerung des Beschäftigungsförderungsgesetzes. Das Jahrbuch weist auf den Zusammenhang zwischen der regionalen Arbeitslosenquote und dem Ausmaß an Flexibilisierung hin und zeigt, wie die Regierungskoalition mit ihren Gesetzen die hohe Arbeitslosigkeit nutzt, damit die Lohnabhängigen in extrem schlechte Arbeitsbedingungen gedrückt werden können.

Gewerkschaftsjahrbuch 1989. Bund-Verlag, 24,80 DM — (gba)

Arbeitsschutz am Computer

Carola Schewe hat Erfahrungsberichte von Leuten gesammelt, die aufgrund von Rationalisierungen in ihrer Firma ihre Arbeit umstellen mußten auf ausschließliche oder überwiegende Tätigkeit an Bildschirmgeräten, ohne daß Vorsehungen getroffen waren, um Schäden, die durch die neuen Arbeitsbedingungen hervorgerufen wurden, zu verhindern. Berichtet wird von Schlafstörungen, Nervosität, Allergien, Augenschmerzen und Schwierigkeiten, schwanger zu werden. Unternommen wird der Versuch, daraus ein Bild einer Bildschirmkrankheit zu gewinnen, das sich annähernd aus dem gesammelten Material ergibt. Dies soll dem Zweck dienen, Beschäftigten, die merken, daß die Arbeitsbedingungen sie krank machen, einen Rückhalt zu lie-

fern gegenüber Ärzten, die den Symptomen oft hilflos gegenüberstehen und die Beschwerden nicht ernst nehmen, und gegenüber den Geschäftsleitungen, um Verbesserungen durchzusetzen.

Wichtig sind Auswertungen des Forschungsstandes in der BRD und in anderen Ländern, hauptsächlich Schweden. Sie machen erkennbar, daß die bürgerlichen Wissenschaftler in der BRD Ergebnisse, die zu gesicherten Ansprüchen im Arbeitsschutz führen könnten, bewußt unterdrücken. Dies gilt vor allem für Untersuchungen über die verschiedenen Sorten von Strahlen, die bei der Arbeit am Bildschirm auf die Beschäftigten wirken können. Carola Schewe zeigt weiter, daß die Bildschirmrichtlinien der Berufsgenossenschaften zwar nützlich sind, sich aber im wesentlichen auf die Vorbeugung gegen Schäden der Augen und des Haltungsapparats beschränken. Sie



Die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei der Einführung neuer Technologien ist dringend notwendig. Die Regierungsparteien sind dagegen.

spiegeln den Forschungsstand von 1980 wieder. Zum Schutz vor Strahlen verweisen sie lediglich auf die Röntgenverordnung von 1973. Die Gewerbeaufsichtsämter stellten 1987 in Baden-Württemberg bei einem Viertel von 785 überprüften Betrieben „erhebliche Mängel“ bei der Einhaltung der Bildschirmrichtlinien fest. Die Beschäftigten können keine einklagbaren Rechte aus den Sicherheitsregeln ableiten. Darauf berufen sich die Kapitalisten häufig, wenn ihnen Veränderungen, die für die Gesundheit etwas nützen würden, zu teuer sind. Der DGB fordert schärfere und rechtlich verbindliche Vorschriften. Zu befürchten ist allerdings, daß demnächst eine Richtlinie der EG in Kraft treten wird, die hinter den meisten Forderungen der Gewerkschaften zurückbleibt.

Carola Schewe. Krank durch Computer. Rowohlt TB 12518, 8.80 DM — (anl)

Ein vergessener Holocaust

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker ist vor kurzem eine umfassende Darstellung der Vernichtung der Assyrer in der Osttürkei und angrenzenden Gebieten erschienen. Die Nation der Assyrer führt ihre Existenz auf die altorientalischen Völkergeschäfte der Assyrer, Chaldäer und Aramäer zurück. Das Siedlungsgebiet der von Rom unabhängigen Christen überschnitt sich mit dem der Kurden, beide Völker konnten gegenüber dem osmanischen Reich eine gewisse Unabhängigkeit erhalten, kurdische und assyrische Stämme bekriegten sich aber auch immer wieder gegenseitig. Im ersten Weltkrieg gerieten die Assyrer wie auch gleichzeitig die Armenier zwischen die Fronten. Die christlichen Assyrer wurden von den moslemischen Türken und Kurden eher den Feinden zugerechnet, die Engländer standen in Ägypten, die Russen in Nordpersien. 1915 begann die Vertreibung der Assyrer aus ihren traditionellen Stammesgebieten. Sie konnten zwar in den Bergen ihre Stellungen gegen Türken und Kurden einige Monate halten, mußten sich aber hinter die russischen Linien zurückziehen. Zehntausende wurden von Türken und Kurden massakriert. Das deutsche Reich war mit Soldaten und Militärberatern in der Türkei präsent, die Assyrer wurden aber aufgrund bündnispolitischer Überlegungen geopfert. „Aber Deutschland, das als Herr der Türkei mit einem Wink diesem organisierten Feldzug von Vergewaltigung und Hetzerei gegen ein christliches Volk hätte Einhalt tun und, wenn es gewollt hätte, auch verhindern können, Deutschland hat unbewegt und ergeben und — können wir es wissen — vielleicht beifällig zugeschaut“, so der englische Politiker Asquith am 8.11.1916. Kurden, die Christen schützen wollten, es gab auch freundschaftliche Verbindungen, wurden von der türkischen Verwaltung mit Strafe bedroht. Nach dem durch die Oktoberrevolution bedingten Ausscheiden von Rußland aus dem ersten Weltkrieg organisierten verbliebene russische Offiziere und Kosaken sowie Armenier und Assyrer eine kleine Armee. England zog zwar strategische Vorteile daraus, konnte aber keine wirkliche Hilfe bringen. 1918 schien sich eine Allianz von Kurden und Assyrern anzudeuten, der Führer der Assyrer, Mar Schimun, wurde aber unmittelbar nach der ersten Verhandlungsrunde im März 1918 von Kurden ermordet. Die Armenier konnten 1922 durch den Anschluß an die Sowjetunion einen Teil ihres Siedlungsraumes und ihre kulturelle Identität erhalten. Die Assyrer wurden bei der Neuauflistung des zerbrochenen osmanischen Reichs durch die Siegermächte und den Völkerbund nicht berücksichtigt. Sie leben heute zerstreut in der Türkei, im Iran, im Irak, in Syrien und zum Teil im Exil in

Westeuropa und den USA. Eine unbekannte, nicht geringe Anzahl von ihnen gehörte zu den 15000 Zivilpersonen, die 1987/88 durch westdeutsches Giftgas in Irakisch-Kurdistan ermordet wurden. Kurdische Widerstandsgruppen haben jetzt immerhin begonnen, die Assyrer als Partner zu akzeptieren.

Gabriele Yonan, Ein vergessener Holocaust, pogrom Taschenbücher 1018; das Buch enthält sehr viele authentische Dokumente. — (chl)

Made in Korea: Der Kampf der Arbeiterinnen bei Adler

Südkorea ist nah. Hungerlöhne, überlangen Arbeitszeiten und vorenthalte Gewerkschaftsrechte wirken sich direkt auf die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse hier aus. Am Fall des Bekleidungsunternehmens „Adler“ dokumentiert die Broschüre „Made in Korea“ die Wege der internationalen Arbeitsteilung in der Textilbranche, die Taktiken der Textilkapitalisten und speziell der „Adler“-Geschäftsführung und die Parteinahme des BRD-Staates gegen die Solidaritätsbewegung. Zur Broschüre selber: Mit aggressiver Marktstrategie, Niedriglöhnen in den eigenen Fertigungsfabriken Asiens und miesen Teilzeitjobs hier boxte sich „Adler“ zum drittgrößten Textilkonzern in der BRD durch. Im Sommer 1986 schickten Arbeiterinnen aus „Adlers“ südkoreanischer Produktionsfabrik „Flair-Fashion“ einen Klagebrief an engagierte Landsleute in West-Berlin. Darin prangern sie die Arbeitsbedingungen an und fordern unter anderem angemessene Bezahlung der Nachtarbeit, Abschaffung der Sonn- und Feiertagsarbeit, höhere Entlohnung, Schluß mit der sexuellen Belästigung. Im März 1987 unterschrieben dann circa 1000 Arbeiterinnen und Arbeiter von Flair-Fashion eine Protesterklärung gegen einen unzureichenden Lohnabschluß. Als die Geschäftsleitung neun Arbeiterinnen und drei Arbeiter entläßt, organisieren die Beschäftigten eine Protestdemonstration, worauf Adler paramilitärische Polizei und Schlägertrupps einsetzt. Die Nachricht darüber führt zu spontanen Demonstrationen in der Bundesrepublik. In einer breiten Solidaritätskampagne unterstützen Frauengruppen, kirchliche Kreise, Dritte-Welt-Gruppen und Gewerkschafter den Kampf der Arbeiterinnen. Als dann die feministische Untergrundorganisation „Rote Zora“ gleichzeitig in acht Bekleidungsmärkten Brandanschläge verübt, gibt Adler vorergründig den Forderungen nach, verbindet dies jedoch mit einer übeln Hetze gegen die Solidaritätsbewegung. Die Staatsanwaltschaft stößt nach mit der Kriminalisierung der Bewegung über die §§ 129 a StGB und 130 a StGB.

Die informative Broschüre ist zu beziehen über den magazin-Verlag, Schwefelstr. 6, 2300 Kiel 1, ISBN 3-925900-61-6, Preis: 4.-DM — (ros)

Betriebsverfassung

Neue Gesetzentwürfe von SPD und Grünen

Die Grünen haben im Mai 1989 einen neuen Gesetzentwurf zur Betriebsverfassung in den Bundestag eingebracht. Anfang Juni fand die erste Lesung des von der SPD im September 1988 eingebrachten Entwurfs statt. Anlässlich der ersten Lesung stellte der DGB in einer Erklärung fest, daß der Gesetzentwurf der SPD weitgehend mit den gewerkschaftlichen Forderungen übereinstimme, so insbesondere beim Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung und bei der Verbesserung der Arbeitsgrundlagen der Betriebsräte. Dies könnte auch von der vor wenigen Tagen in den Bundestag eingebrachten Gesetzesvorlage der Bundestagsfraktion Die Grünen festgestellt werden, wenngleich einzelne Bestimmungen dieses Gesetzentwurfes den gewerkschaftlichen Auffassungen nicht entsprächen, meinte der Sprecher des DGB. Diese Stellungnahme stimmt sehr verwunderlich. Handelt es sich doch bei dem Entwurf der Grünen weitestgehend um den Entwurf des DGB selbst aus dem Jahre 1985 und sind alle wesentlichen Forderungen des DGB wörtlich übernommen. Spezialvorstellungen der Grünen, wie die Wahl des Betriebsrates in getrennten Wahlgängen nach Männer und Frauen, wollen die Grünen in Form von Änderungsanträgen zu dem Entwurf einbringen. Der Entwurf der SPD hingegen beinhaltet wesentliche gewerkschaftliche Forderungen nicht, insbesondere was den Abbau der Schranken zwischen Arbeitern und Angestellten angeht. Es wäre unbedingte Verpflichtung des

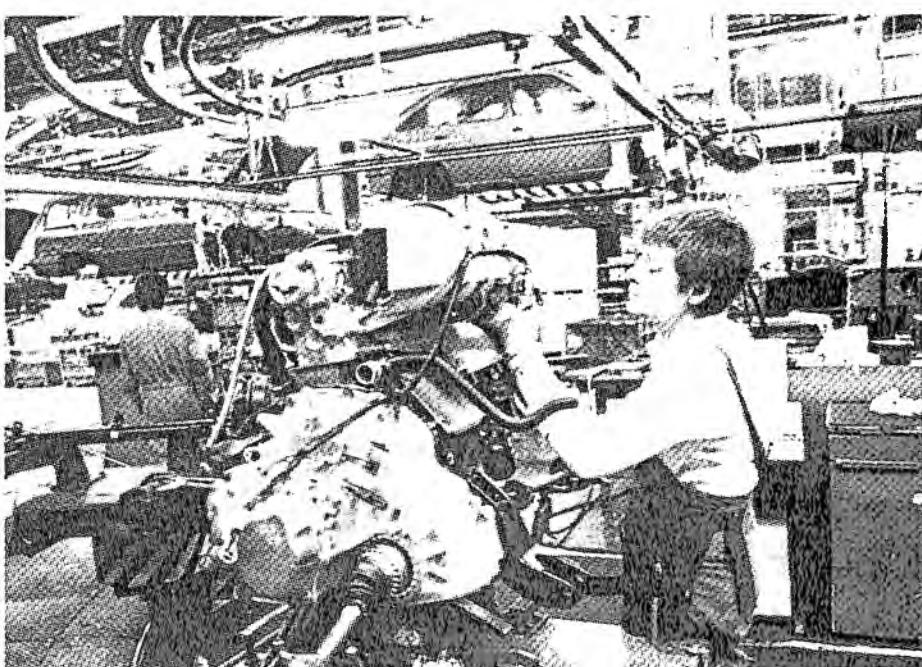
DGB, auf einen einheitlichen Entwurf der parlamentarischen Opposition zu drängen, der die wesentlichen gewerkschaftlichen Forderungen berücksichtigt. Natürlich kalkulieren beide Oppositionsparteien mit ihren Entwürfen auf die Bundestagswahl 1990. Aber es ist nicht Sache der Gewerkschaften, Wahlempfehlungen abzugeben. Wichtig ist, daß der Vorschlag der Gewerkschaften nahezu unverändert in den Bundestag gelangt ist und ihn gilt es zu unterstützen.

Die Initiative der Grünen basiert vermutlich auch auf der Kalkulation, daß nach den Wahlergebnissen in Westberlin und Hessen und in der Vorbereitung des Wahlkampfes für die nächste Bundestagswahl 1990 es günstig erscheint, den DGB-Entwurf als eigenen Entwurf einzubringen und damit die anderen Parteien unter Druck zu setzen.

Bei der folgenden Dokumentation des vom DGB vorgeschlagenen Gesetzesentwurfs haben wir uns auf eine Auswahl beschränken müssen. Dabei haben wir berücksichtigt jene wesentlichen Bestimmungen der Mitbestimmung (bisher §87) und jene Bestimmungen, die insbesondere die Rechtsstellung der Arbeitnehmer, der Betriebsräte und Gewerkschaften berühren. — (brr)

§3 Stellung der Gewerkschaft und der Vereinigung der Arbeitgeber

(1) Der Betriebsrat führt seine Aufgaben in enger Zusammenarbeit mit der im Betrieb vertretenen Gewerkschaft und mit



Der DGB verlangt insbesondere Mitbestimmung bei neuen Technologien.

ihrer Unterstützung durch.

(2) Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Rechte ist den Beauftragten der im Betrieb vertretenen Gewerkschaft jederzeit Zutritt zum Betrieb einschließlich sämtlicher Betriebsbereiche und Arbeitsplätze zu gewähren.

(3) Der Arbeitgeber hat das Recht, bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz Vertreter der Vereinigung der Arbeitgeber, der er angehört, zu seiner Beratung und Unterstützung heranzuziehen.

§10 Vertretung der Minderheitsgruppen

Arbeiter und Angestellte müssen entsprechend ihrem zahlenmäßigen Verhältnis im Betriebsrat vertreten sein, wenn dieser aus mindestens drei Mitgliedern besteht. Die Verteilung der Betriebsratssitze auf die Gruppen kann abweichend von Satz 1 geregelt werden, wenn beide Gruppen dies vor der Wahl in getrennten und geheimen Abstimmungen mit Mehrheit der Abstimmenden beschließen.

§35 Beschlüsse des Betriebsrates

(4) Beschlüsse des Betriebsrates im Bereich seiner Geschäftsführung sind für den Arbeitgeber bindend, solange sie nicht durch Entscheidung des Arbeitsgerichts oder durch Spruch der Einigungsstelle aufgehoben sind.

§78 Grundsätze der Zusammenarbeit

(2) Der Arbeitgeber hat jede Maßnahme zu unterlassen, die ein Recht des Betriebsrates, sei es auch mittelbar, beeinträchtigen kann. Maßnahmen, die der Arbeitgeber unter Verstoß gegen diese Verpflichtung durchführt, sind unwirksam; ihre Folgen sind zu beseitigen. Kenntnisse, die der Arbeitgeber unter Verletzung der Rechte des Betriebsrats oder eines Arbeitnehmers erlangt hat, dürfen vom Arbeitgeber nicht verwertet werden; Maßnahmen, die gegen dieses Verbot verstößen, sind unwirksam.

(5) Arbeitnehmer werden durch ihre Mitgliedschaft im Betriebsrat in ihrer Meinungsfreiheit nicht beschränkt. Arbeitnehmer, die im Rahmen dieses Gesetzes Aufgaben übernehmen, werden hierdurch in der Betätigung für ihre Gewerkschaft auch im Betrieb nicht beschränkt.

§84 Geheimhaltungspflicht

(3) Die Geheimhaltungspflicht gegenüber den Arbeitnehmern des Betriebs entfällt, wenn deren berechtigte Interessen entgegenstehen.

§94 Mitbestimmung in Einzelbereichen

(1) Der Betriebsrat hat insbesondere in folgenden Angelegenheiten mitzubestimmen:

1. Planung, Gestaltung und Änderung der Arbeitsplätze, der Arbeitsumgebung und der Arbeitsorganisation einschließlich der Arbeitsverfahren und der Ar-

beitsabläufe sowie der einsetzenden Planungs- und Gestaltungsmittel. Die Mitbestimmung besteht auch bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, insbesondere durch die Anreicherung von Arbeitsinhalten, die Sicherung und Entfaltung von Fähigkeiten und Fertigkeiten, den Abbau von Kontrollen sowie durch die Abwendung, die Milderung oder den Ausgleich von Belastungen der Arbeitnehmer.

2. Einführung, Anwendung, Änderung oder Erweiterung technischer Einrichtungen oder Verfahren, die geeignet sind, Daten oder Signale aufzunehmen, zu erfassen, zu speichern, zu verarbeiten, zu übertragen oder auszugeben. Insbesondere hat der Betriebsrat mitzubestimmen bei der Ermittlung, Speicherung, Verarbeitung und Verwertung per-

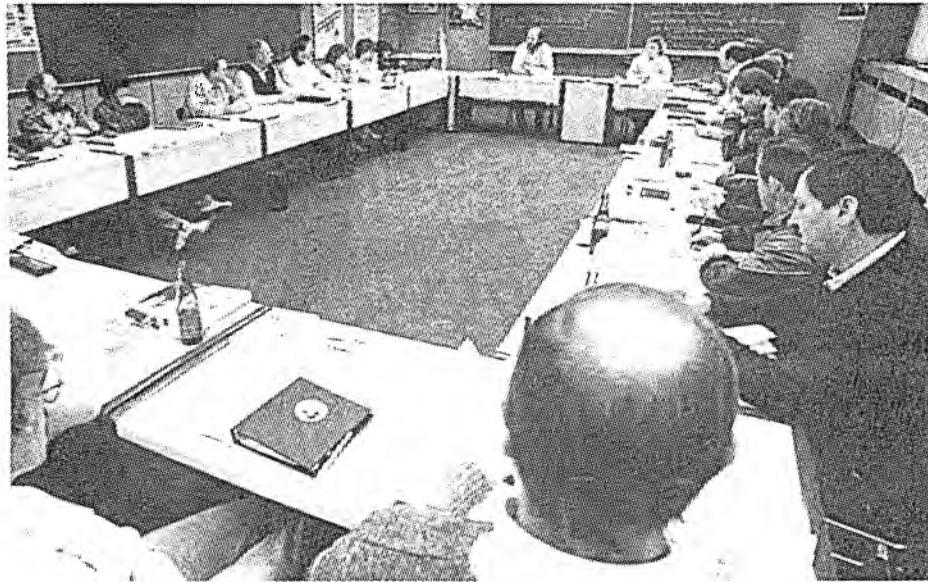
faktoren bei Leistungsentlohnung.

8. Zeit, Ort und Art der Auszahlung der Arbeitsentgelte.

9. Einführung, Ausgestaltung und Änderung des betrieblichen Vorschlagswesens einschließlich der zu zahlenden Prämien.

10. Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes einschließlich der Erstellung von Arbeitsschutzprogrammen sowie Einzelmaßnahmen, die, sei es auch mittelbar, der Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie dem Gesundheitsschutz dienen.

11. Fragen der Ordnung des Betriebes sowie Einzelmaßnahmen, die geeignet sind, das Verhalten oder die Leistung der Arbeitnehmer zu überwachen oder zu steuern, auch wenn sich die Maßnahme auf die arbeitsvertraglichen



Der DGB verlangt verbesserte Schulungsmöglichkeiten für Betriebsräte.

sonenbezogener Daten der Arbeitnehmer.

3. Einführung, Anwendung, Änderung oder Erweiterung sonstiger technischer Einrichtungen und Verfahren, die geeignet sind, das Verhalten oder die Leistung der Arbeitnehmer zu überwachen.

4. Festlegung der Arbeitsinhalte und des Arbeitsumfangs einschließlich der Zahl der einzusetzenden Arbeitnehmer.

5. Fragen des Arbeitszeitystems und der Arbeitszeit einschließlich Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit, der Pausen sowie der Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage.

6. Verlängerung oder Verkürzung der betriebsüblichen Arbeitszeit; bei vorübergehenden Maßnahmen erstreckt sich die Mitbestimmung auch auf den Zeitpunkt der Rückkehr zur betriebsüblichen Arbeitszeit.

7. Fragen der betrieblichen Lohngestaltung einschließlich der Entgeltsysteme. Aufstellung von Entlohnungsgrundsätzen, Einführung und Anwendung von Entlohnungsmethoden sowie deren Änderung. Die Mitbestimmung erstreckt sich auch auf die geldliche Seite der Lohngestaltung einschließlich der Geld-

Pflichten bezieht; Verwarnungen und Verweise sowie sonstige Rügen gegenüber Arbeitnehmern.

§97 Personalplanung, Personaldatenverarbeitung

(1) Der Betriebsrat bestimmt mit bei der Personalplanung einschließlich aller Maßnahmen zu deren Vorbereitung oder Unterstützung. Zur Personalplanung gehören insbesondere die Ermittlung sowie die Festsetzung des Personalbedarfs einschließlich der Stellenpläne, der Stellenbeschreibungen und der Anforderungsprofile, die Personalbeschaffung, die Personalentwicklung, der Personaleinsatz und Maßnahmen zum Ausbau oder Abbau des Personals. Die Mitbestimmung erstreckt sich auch auf die Ermittlung von Daten, die im Rahmen der Personalplanung herangezogen werden können.

(2) Der Arbeitgeber hat den Betriebsrat über jedes Planungsvorhaben nach Absatz 1 rechtzeitig und umfassend zu unterrichten. Die Unterrichtung erstreckt sich auch auf etwaige Auswirkungen des Planungsvorhabens auf das Unternehmen und den Konzern.

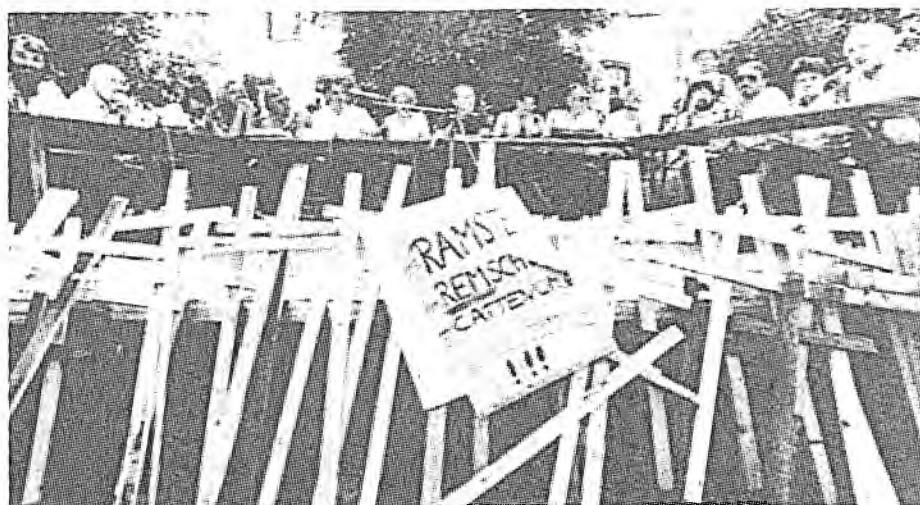
Kundgebung und Aktionen zum Antikriegstag

Stuttgart. DGB und Stuttgarter Friedenskoordination rufen auf zu einer Kundgebung am 1. September. Im Mittelpunkt des Aufrufs „Unsere Welt braucht keine Waffen“ stehen Forderungen nach dem „Aufbau des Hauses Europa, in dem die Menschen friedlich und ohne militärische Bedrohung leben können“ und nach „Aussöhnung mit den Völkern Osteuropas“. Die Aggressionspolitik der BRD in der Kontinuität des deutschen Imperialismus wird nicht behandelt. Die Alternative Linke Liste wird mit einem Informationsstand und Flugblatt auftreten. Die Anti-Apartheid-Bewegung und die Stuttgarter Kampagne gegen Rüstungsexport wollen mit einer Mahnwache vor dem neuen Verwaltungsgebäude des Daimler-Benz-Konzerns dessen Rolle als führender Rüstungskonzern angreifen. MLPD, KPD, DFG/VK, DIDF, TDKP unterstützen einen gemeinsamen örtlichen Aufruf „Zwei Weltkriege sind genug — für Frieden und Völkerfreundschaft“, der die Europapläne der westdeutschen Imperialisten angreift. Grundlage des Bündnisses sind aber auch die Forderungen nach Auflösung der EG und des Warschauer Pakts. — (evc)

Karlsruher Kripo legt „Türkendatei“ an

Karlsruhe. Die Karlsruher Kripo hat am 14.8. 100 bis 120 junge Männer und einige junge Frauen zwischen 17 und 23 Jahren türkischer und kurdischer Nationalität aus dem Stadtteil Durlach vorgeladen. Sie wurden wie bei einer erkennungsdienstlichen Behandlung mit einer Nummer fotografiert. Die Beamten begründeten das mit verschiedensten Versionen von Raubüberfällen.

BWK, Grüne Liste, Grüner Kreisverband und Volksfront brachten den Vorfall an die Öffentlichkeit: „Dieses bisher in Karlsruhe einmalige Vorgehen der Polizei deutet unserer Meinung darauf hin, daß in unzulässiger Weise eine Karre angelegt wird, in der alle Jugendlichen mit türkischem Paß erfaßt werden. Die Zwecke können vielfältig sein, die Zusammenarbeit mit den türkischen Behörden ist allgemein bekannt. Wir fordern die Vernichtung der Fotos und Negative, keine Weitergabe an andere Dienststellen und Behörden, sowie eine schriftliche Bestätigung gegenüber den Betroffenen über die Vernichtung der Unterlagen und die Untersuchung dieses Vorfalls, damit solcherart Verfolgungsmethoden ausländischer Jugendlicher und Arbeiter in Zukunft unterbleiben. Eine solche Massenerfassung erinnert an die im Dritten Reich üblichen Polizeimethoden. Der Gemeinderat muß sich damit befassen und muß gegen solcherart Massenverfolgung Stellung beziehen.“ Im Gemeinderat will die Grüne Liste gegen diesen Terror vorgehen. — (rub)



Auf dem Bürgerplatz von Ramstein versammelten sich Sonntag, den 13.8., 500 Menschen zum Hearing der Aktionsgemeinschaft „Wider das Vergessen — Nie wieder Flugtag“. Sie forderten: „Künftig müssen Tiefflüge und Luftschaufen eingestellt werden sowie die dahinter stehenden offensiven Militärstrategien aufgegeben werden.“ Vor fast einem Jahr kamen dort siebzig Menschen beim Flugtag um. — (anl)

Bausenator verlangt bescheidenere Übersiedler

Westberlin. Zwanzigtausend Aus- und Übersiedler sind zur Zeit in Übergangsheimen, Notunterkünften und sogar Turnhallen untergebracht. Bausenator Nagel fordert sie zur Bescheidenheit auf. Sie zeigten eine ausgesprochene Anspruchshaltung. Er appellierte, auch Wohnungen mit niedrigem Komfort nicht zurückzuweisen. Sozialsenatorin Stahmer beklagte, daß man angesichts einer Ofenheizungswohnung höre: „Na, für sowas bin ich nicht in den Westen gekommen.“ Während die Fraktionsmehrheit der AL die Ausreisewelle als Problem der DDR ansieht, fordert die Parteiführung, daß das nationalistische und revanchistische Staatsbürgerschaftsgesetz geändert wird. AL-Abgeordnetenhausmitglied B. Hopman, der die Bundesregierung als Mitverursacher der Situation sieht, kritisiert, Immigranten aus anderen Ländern, die vor Hunger, Elend und Obdachlosigkeit fliehen, hätten keine Chancen mehr. — (chk)

2. Todestag von R. Heß: Nazi-Überfall auf Punks

Bielefeld. Aus Anlaß des 2. Todestags des Altfaschisten Heß zogen ca. 30 Nazis und Skinheads am 17.8. vor eine britische Kaserne in Bielefeld und skandierten Parolen. Von dort aus marschierten sie in die Innenstadt, wo sie in unmittelbarer Nähe des Polizeipräsidiums sieben Punks brutal mit Eisenstangen und Baseball-Schlägern überfielen. Bis die Polizei eingriff, waren drei Punks schwerverletzt: Einer mit einem lebensgefährlichen Schädelbasisbruch, einer mit einem Kiefernbruch, dem dritten wurde eine Gesichtshälfte aufgerissen. Gegen drei Skins wird jetzt ermittelt. Ca. 700 Anti-

faschisten demonstrierten am 26.8. gegen diesen Vorfall und die vorausgegangene ständige Hetze von CDU u.a. gegen Punks, z.Bsp. die Aktion der Jungen Union „Bielefeld punkerfrei — Spaß dabei“, die den Überfall der Faschos praktisch vorbereiteten. — (ads)

Grüne gegen Export von MBB-Hubschraubern an Peru

Als bekannt wurde, daß die Firma MBB über ein 50 Millionen DM-Hubschrauber-Geschäft mit Peru verhandelt, brachten die Grünen im bayerischen Landtag dagegen einen Antrag ein. In diesem wird die Staatsregierung aufgefordert, über ihre MBB-Beteiligung darauf hinzuwirken, daß die Fluggeräte nicht an Peru geliefert werden. Angeblich sollen die acht Hubschrauber im Rahmen des von den USA finanzierten Drogenbekämpfungsprogramms eingesetzt werden. Zeitschriften, wie „si“ und „Peru Report“ schreiben jedoch, daß es belegbare Planungen dafür gibt, daß sie explizit für Truppentransporte zur Aufständischenbekämpfung benutzt werden sollen. Die CSU lehnte den Antrag ab: Eine Bewaffnung der Hubschrauber sei ebenso wenig vorgesehen wie der Einsatz gegen Guerilla; die Ausfuhr sei rechtmäßig und nicht beeinflußbar. Auch bei der SPD gab es — außer einer Enthaltung — Gegenstimmen: Die MBB-Produkte würden nur für polizeiliche Einsätze gebraucht; im übrigen sei Peru ein demokratisches Land. Die Grünen wiesen darauf hin, daß die UNO Peru als Staat mit der weltweit höchsten Zahl sogenannter „Verschwundener“ geführt hat und diese Hubschraubertypen, vor allem BO-105, bereits in Südafrika angeblich für Polizeiaufgaben, tatsächlich aber gegen den Apartheid-Widerstand eingesetzt werden. — (bat)

Jugendgästehaus Dachau

Konzept der CSU durchgesetzt

Nach jahrelanger Auseinandersetzung zwischen dem „Förderverein zur Errichtung einer Jugendbegegnungsstätte an der KZ-Gedenkstätte Dachau“ und der Bayerischen Staatsregierung sowie der CSU wurde im Juli im Bayerischen Landtag gegen die Stimmen der SPD und der GRÜNEN das Konzept eines „Jugendgästehauses“ angenommen, das den Vorstellungen der CSU entspricht. Die CSU verließ ihren ursprünglichen Plan, eine Jugendbegegnungsstätte überhaupt zu verhindern, nachdem sie damit zu sehr unter Beschuß geriet und dies nicht durchsetzen konnte aufgrund des tatsächlichen Bedarfs nach einer Jugendbegegnungsstätte, den u.a. die seit vielen Jahren stattfindenden internationalen Jugendzeltlager in Dachau beweisen; auf-

die CSU).

Zur Zweckbestimmung: „(1) Zweck der Stiftung ist die Errichtung und der Betrieb eines Jugendgästehauses in der Stadt Dachau, das eingedenk der mit dem Namen der Stadt verbundenen geschichtlichen Ereignisse jungen Menschen Gelegenheit geben soll, in der Stadt Dachau zu verweilen, um die KZ-Gedenkstätte zu besuchen, ebenso aber auch die Stadt und den Landkreis Dachau kennenzulernen. Das Jugendgästehaus soll auf seine Weise dazu beitragen, eine dem Geist demokratischer Verantwortung verpflichtete Auseinandersetzung mit der Geschichte sowie Begegnung und Verständigung zwischen jungen Menschen aller Nationen zu fördern.

(2) Die Zweckbestimmung des Ju-



Mit einem zweiwöchigen Staffellauf von Neuengamme nach Dachau setzten sich 23 Jugendliche aus Norddeutschland im Juli für die Internationale Jugendbegegnungsstätte ein und appellierten an die Dachauer CSU, dem nicht mehr länger im Wege zu stehen.

grund des breiten Trägerkreises des Fördervereins und seiner beharrlich geführten Auseinandersetzung um das Konzept sowie wohl auch wegen der internationalen Beachtung, die diese Auseinandersetzung gefunden hat.

Es ging der CSU dann darum, ein Konzept durchzusetzen, in dem staatliche Aufsicht und Kontrolle voll gesichert sind und in dem jeder aktuelle Bezug dessen, was man aus der Geschichte von Faschismus und Antifaschismus lernen kann, verhindert werden soll.

Genannt wird das Ganze jetzt „Jugendgästehaus“ und unterliegt allen Bestimmungen, die für Jugendherbergen gelten. Der Rechtsträger des Jugendgästehauses wird eine Stiftung sein, bestehend aus dem Freistaat Bayern, der Stadt Dachau und dem Landkreis Dachau (alle politischen Funktionsträger stellt derzeit

gästehauses schließt die Durchführung und Förderung parteipolitischer und tagespolitischer Veranstaltungen aus. Eine dem Zweck der Stiftung entsprechende politische Bildungsarbeit (im Sinne des Absatz 1 und der Präambel dieser Satzung) bleibt unberührt. Das Nähre regelt die Benutzungsordnung.“

Vertreter eines Teils der Organisationen, die bislang im Förderverein sind, werden in einem Stiftungsbeirat sitzen, der „eine angemessene Mitsprache und Mitverantwortung“ ermöglichen soll. In diesem Gremium soll je ein Vertreter sitzen der katholischen Kirche, der evangelischen Kirche, der Israelitischen Kultusgemeinden, des Internationalen Dachaukomites, des Landesrates für Freiheit und Recht, des Bayer. Jugendrings, des DGB Bayern und des Landesverbandes des DJHW. Damit sind Organisationen

ausgeschlossen wie z.B. die Dachauer Zeltlagergruppe (s.o.), antifaschistische Organisationen und Verfolgtengruppen.

Der Vorsitzende des Fördervereins hat in einem Interview gesagt, trotz dieses Konzepts gehe jetzt die Arbeit um die inhaltliche Ausgestaltung erst richtig los. Es ist bestimmt richtig, das Anliegen einer antifaschistischen Jugendbegegnungsstätte weiter zu betreiben, aber die jetzige Satzung schränkt da die Möglichkeiten doch weitgehend ein.

Obwohl auch die Dachauer CSUler, die schon immer die Jugendbegegnungsstätte vehement bekämpft haben, jetzt weitgehend zufrieden sein könnten, greifen sie den Vorstand des Fördervereins mit schlimmer Demagogie an. Der Förderverein sei schuld an dem Aufkommen der REPS, u.a.m. Was sie bekämpfen werden, wurde in der Kreistagsdebatte deutlich. Der Abgeordnete Seufert (GRÜNE) erinnerte daran, daß im Konzentrationslager auch Kommunisten und Sozialdemokraten ums Leben gekommen seien. Wenn deren Nachkommen ausgeschlossen würden, sei das für ihn nicht tragbar. Darauf der CSU-Presse sprecher unter Applaus von CSU und SPD (die in Dachau mehrheitlich dem CSU-Konzept zugestimmt hat!): „Von solchen Beiträgen müssen wir das Jugendgästehaus freihalten.“

Quellenhinweise: SZ, Juli 89; Konzept für das Jugendgästehaus vom 7.7.89 — (lsc)

Faschistische Banden Morddrohung gegen Sozialdemokraten

Münden. Anfang April fand eine polizeiliche Durchsuchungsaktion in mehreren Städten gegen Mitglieder der „Wehrsportgruppe Mündener Stahlhelm-Bund“ statt. 20 Personen wurden vorübergehend festgenommen, Schußwaffen sowie Sprengstoff gefunden. Bekannt wurde, daß auch zwei Zeitsoldaten, darunter einer vom 2. Pionierbataillon Münden sowie ein — mittlerweile suspendierter — Bereitschaftspolizist, dazugehören sollen. Die Staatsanwaltschaft und die niedersächsische Landesregierung verweigern Angaben über den Ermittlungsstand. Die Landesregierung ist nur bereit, nichtöffentlich gegenüber der Parlamentarischen Kontrollkommission zu sprechen. Es darf also vermutet werden, daß Funktionsträger des Staatsapparates erheblich in die Aktivitäten dieses „Stahlhelm-Bundes“ verwickelt sind.

Die Staatsanwaltschaft sieht tatenlos den „Racheaktionen“ seit der Razzia zu. Faschistische Parolen tauchen immer zahlreicher auf, sämtliche Grabsteine des jüdischen Friedhofs werden beschmiert. Ende Juli wird mindestens viermal scharf auf Polizisten geschossen, die eine Gruppe von 50 Faschisten

observiert.

Danach erklärt der Mündener Stadtdirektor Lange (SPD), er wolle jetzt sein Schweigen brechen: Er werde mit anonymen Morddrohungen seit April verfolgt. Außerdem tauchten überall in der Stadt Parolen auf wie „Tötet Lange“. Ein städtischer Arbeiter sei nahezu ausschließlich damit beschäftigt, die Parolen zu entfernen. Der SPD-Unterbezirksvorstand Göttingen wirft der Staatsanwaltschaft vor, daß die Mitglieder des „Mündener Stahlhelmbundes“ noch immer bewaffnet herumliefen. Es müsse Schluß damit sein, die Taten jeweils als Einzelfall zu betrachten. Gefordert wird von der SPD die Einsetzung der Schwerpunktstaatsanwaltschaft in Lüneburg. Außerdem wird die Bildung eines Sonderdezernats Rechtsextremismus bei der Göttinger Staatsanwaltschaft gefordert.

Vor 15 Jahren wurde bekannt, daß der Mündener Oberstudiendirektor Kausch die Nationalsozialisten verteidigte und sich rühmte, „selbst dabei gewesen zu sein“. Andere Gymnasiallehrer taten ihm gleich, scharten Jugendliche um sich, und es entstanden die „Zugvögel“. Zwar gelang es den antifaschistischen Kräften, Kausch von der Schule zu entfernen. Trotzdem blieb der faschistische Einfluß vorhanden: In der CDU-Stadtratsfraktion fanden sich Verteidiger von Kausch und bis heute muß mit derben öffentlichen Angriffen rechnen, wer faschistische Umrübe bekämpft. — (kek)

Einzelhandel Bayern

„Stadtabend“ statt Spätöffnung

München. Die Einzelhandelskapitalisten versuchen nun auf vielfältige Weise, den Dienstleistungsabend trotz der vereinbarten Protokollnotiz durchzusetzen. Die besagt, daß verbandsgebundene Unternehmen nur „zur Vermeidung wesentlicher spätöffnungsbedingter Wettbewerbsnachteile gegenüber Mitbewerbern, die von der Möglichkeit der Spätöffnung nach dem Ladenschlußgesetz Gebrauch machen“, öffnen dürfen. Dieser Nachweis kann jedoch erst nach einer längeren Testphase erbracht werden, keinesfalls am 5. Oktober, dem ersten langen Donnerstag nach Änderung des Ladenschlußgesetzes.

Bereits im August trafen sich 200 Einzelhandelskapitalisten aus der Innenstadt beim Kaufhaus Beck. Dort wurde ein „Arbeitskreis Münchner Innenstadt“ gegründet, der die propagandistische Begleitmusik zur Durchsetzung des Dienstleistungsabends machen soll. Dieser Arbeitskreis hat bereits die Tätigkeit aufgenommen, die „Belebung der Innenstadt“ soll jetzt der Hauptgrund für die Spätöffnung sein. Ein Forderungskatalog an die Stadtverwaltung ist in Arbeit,

so sollen die städtischen Verkehrsbetriebe die kürzeren Taktzeiten ausdehnen, die Stadt soll das kulturelle Angebot ausweiten und die Gaststätten sollen mit Sonderaktionen die Kunden in die Innenstadt locken. Die Presse stellt die Absichten der Kapitalisten bereits als vollendete Tatsachen hin: „Die Anhänger des lange und heiß umstrittenen Dienstleistungsabends dürfen sich freuen. Auch in der bayerischen Landeshauptstadt kann der Einzelhandel erstmals ab 5. Oktober — und dann an jedem Donnerstag — bis 20.30 Uhr offenhalten. Allein in der Innenstadt wollen mindestens 160 Geschäfte von der neuen Möglichkeit Gebrauch machen. Das war das Ergebnis einer Versammlung von rund 200 Kaufleuten aus dem Zentrum.“ (Süddeutsche Zeitung, 3.8.1989). Weder auf besagter Versammlung, noch in der Presse wurde die Tatsache erwähnt, daß bei der Spätöffnung die Betriebsräte mitzureden haben. Neben dieser Art von „Öffentlichkeitsarbeit“ versuchen die Geschäftsleitungen mit Angeboten die Spätöffnung durchzusetzen. Beim Modehaus Wöhrl bieten sie 100 DM pro gearbeiteten langen Donnerstag an — mit dem Pferdefuß, daß dies an den tatsächlichen Umsatz gebunden ist. Beim Kaufhof wird über ein neues Freizeitsystem verhandelt, eine 4-Tage-Woche mit 37 Stunden, aber langem Donnerstag.

Die Propaganda der Kapitalisten wurde mittlerweile durch eine Pressekonferenz des seit 2 Jahren bestehenden Betriebsrätearbeitskreises von HBV und DAG relativiert. 35 Betriebsräte aus Betrieben der Innenstadt erklärten, der Spätöffnung nicht zuzustimmen, notfalls bis zur Einigungsstelle zu gehen. Unter den Betriebsräten herrscht Einigkeit, daß es darauf ankommt, die Öffnungen so lange wie möglich hinauszögern. Bei den 35 Betrieben waren Betriebsräte vertreten u.a. von Hertie, Kaufhof, Karstadt. — (dar)

Nürnberg

Hausbesetzungen und Perspektiven

Schwindelerregend steigende Mieten und ein immer kleiner werdendes Angebot an preisgünstigen Wohnungen haben in den letzten 18 Monaten die Situation auf dem Wohnungsmarkt in Nürnberg verschärft. Der Bedarf an billigem Wohnraum ist gleichzeitig gestiegen. 20000 suchen nach einer Wohnung: nach den Zahlen der Volkszählung fehlen in Nürnberg 10000 Wohnungen! Dazu kommen viele Zuwanderer aus dem übergangslager für Spätaussiedler. Die CSU Stadtratsfraktion streitet mit frecher Stirn den Tatbestand der Wohnungsnot ab und erklärt den Normalzustand.

Mit drei Haus- und Grundstücksbesetzungen mit Zelten hat der vor zwei Monaten gegründete Nürnberger Besetzerrat (NBR) auf diese Situation reagiert. Er fordert billigen und akzeptablen Wohnraum für alle, Bereitstellung aller leerstehenden Häuser und Wohnungen, keine Umwandlung von Wohnraum in Büros, Lager, etc.

Ein stadteigenes Gebäude ließ die SPD-Stadtverwaltung mit brutalem Polizeieinsatz räumen. Sie wurde von ihrem grünen Koalitionspartner daraufhin getadelt. Der verantwortliche Leiter des städtischen Liegenschaftsamtes bekam von einer Abordnung des Besetzerrates in seinen Amtsräumen den Orden „Knüppel aus dem Sack“ umgehängt.

Erklärtes Ziel des NBR ist jedoch nicht die Beschränkung auf die Wohnungssituation, sondern der Versuch, aus der Defensive zu kommen und politisch handlungsfähig zu werden. Als Zeitpunkt der ersten Besetzung wurde eine Großveranstaltung der Republikaner zu den Europawahlen festgelegt. „... gingen wir in die Offensive, um mit der Besetzung an einer der Wurzeln des Problems ‚Neonazis‘ anzusetzen. Alle Nazi-Parteien gestalten ihre Propaganda mit Schlagworten wie Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit ... Nicht die Ausländer nehmen uns Arbeitsplätze und Wohnungen weg, sondern Fabrikdirektoren und Hausbesitzer rationalisieren und spekulieren die Lebensverhältnisse zum Teufel“, erklärten die Besetzer in ihren Flugblättern.

Aus den gleichen Kreisen kommen jetzt auch Bemühungen, in Zusammenhang mit den anstehenden Kommunal- und OB-Wahlen die Zusammenarbeit in der Nürnberger Linken zu verstärken. Die Richtung und Form sind allerdings noch ungeklärt. — (diw)



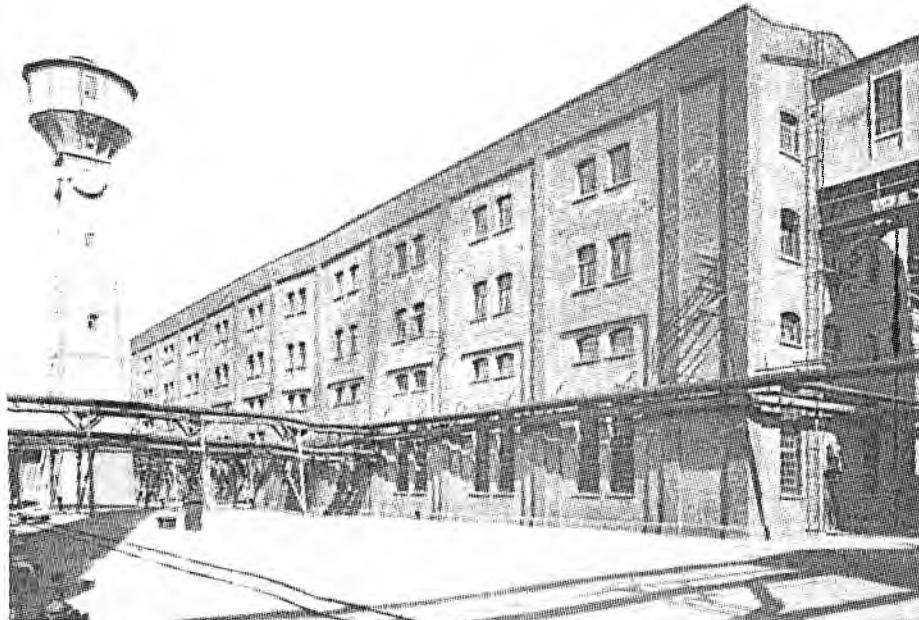
Besetztes Haus in Nürnberg

Papierwerke Waldhof Aschaffenburg

Mit voller Kriegskasse Aufbruch nach Europa

Die Meldungen der letzten Wochen über die Papierbranche überschlagen sich: PWA übernimmt Werk in Belgien und Großbritannien. Schwedische SCA will Mehrheit bei Papierfabrik Laakirchen (Österreich). VEBA landet einen Coup bei Feldmühle. „Globalisierung“ ist für die Papierhersteller das Schlüsselwort. Frühere Prognosen, der Bildschirmtext würde Zeitungen und Büropapier sowie Versandhauskataloge verdrängen, Verpackungen würden durch Kunststoffe eleganter gelöst, haben sich nicht bewahrheitet. Der Pro-Kopf-Verbrauch 1982 bei 152kg/Jahr stieg auf über 180 kg 1988. Die Maschinen sind mit 94% voll ausgelastet. Der Branchenumsatz

über 10% hält die Allianz. Hervorgegangen aus der Zellstoff Waldhof, dem größten Konzern zwischen den Weltkriegen mit Werken in Osteuropa, Finnland und dem Balkan, verfügt die PWA über Erfahrungen mit strategischen Konzepten hinsichtlich Europa. Seit der Fusion mit Aschaffenburg 1970 wurde zunächst einmal Flurbereinigung betrieben. In Mannheim hieß das Abbau der Belegschaft von 3500 auf jetzt 2100 Beschäftigte. Geschlossen wurde die Produktion von Sprit, Hefe, Kunststoff, Papiersäcken, Folienproduktion, Schreib- und Kopierpapier sowie Zeichenheften. Von acht Papiermaschinen stehen noch zwei. Waldhof wurde Hygienezentrum.



Erste Expansion der Zellstofffabrik Waldhof in die russische Hafenstadt Pernau um 1900.

kletterte von 11,5 Mrd. DM 1982 auf 16,2 Mrd. 1988. Mit 10,6 Tonnen ist die BRD größter Papierproduzent in Europa. Die Inlandsnachfrage liegt bei 12,4 Mio. t. Größte Lieferanten sind Schweden und Finnland mit 39% aller Einfuhren. Groß ist zur Zeit der Druck aus den USA, Schweden und Finnland auf den europäischen Markt.

Fachleute schätzen, daß bis 1992 die Zahl der Produzenten, die zusammen mindestens 50% Marktanteil bei den einzelnen Papiersorten halten, auf nicht mehr als 5 bis 6 Konzerne gesunken sein wird. Die Anzahl der Betriebe in der BRD beträgt 215, der größte US-Konzern James River besteht weltweit aus 111 Werken.

PWA mit 10000 Beschäftigten ist zu 25% im Besitz der Bayerischen Hypo bank. 25% kaufte jetzt das Bayernwerk.

Nachdem im Inland für Taschentücher, Toilettenpapier und Küchentücher ein Marktanteil zwischen 25% und 33% erreicht wurde, ging der Blick nach Frankreich, Italien und Spanien, wo der Pro-Kopf-Verbrauch an Hygienepapieren bis zu 70% unter der vermuteten Sättigungsgrenze von 20 kg pro Jahr und Person liegt.

In Frankreich wurde eine Handelsgesellschaft und das Verarbeitungswerk Sept (nähe Paris) gekauft. Seit 1987 besitzt PWA die Papiergroßhandelsgesellschaft Mc Naughton in Großbritannien. Seit 1.12.1988 stellt die Calparsoro S.A im Baskenland ihr Dekorpapier für die PWA her. In Österreich wurde schon 1970 Hallein (Großproduzent für holzfreies, gestrichenes Papier) erworben. Die PWA besitzt darüberhinaus Vertriebsgesellschaften in der Schweiz, Ita-

lien und Griechenland. Am 14. Juli 1989 meldet die Süddeutsche Zeitung die Übernahme des gesamten Hygienepapiergeschäfts von Metsä-Serla Oy (Finnland) für Zentraleuropa. Die PWA wird mit über 1,1 Mrd. DM zum größten Hygienepapierproduzenten Europas.

Die „Kriegskasse“ für weitere Ankäufe ist auf 1,2 Mrd. aufgestockt worden. Noch in den Jahren 1982 und 1983 war die PWA hoch verschuldet. Einen kräftigen Schub versetzte man sich mit der Plünderei der Pensionskasse 1984. Die Altersversorgung wurde um ca. 40% gekürzt.

Ein weiterer Quell von Reichtum liegt in den vergleichsweise niedrigen Löhnen, ein Drittel verdient zwischen 1500 und 1800 DM netto. Für Unzufriedene wußte Direktor Neuberger schon im Herbst 1981 auf einer Betriebsversammlung Abhilfe: Er rühmte den Fleiß und die Genügsamkeit der Rumänien-Deutschen. Sie sollten die „Säulen der zukünftigen Waldhof-Familie“ werden. Er schickte seinen Personalleiter in das Aufnahmelager Nürnberg.

„Wir haben Wohnungen und Arbeitsplätze für die ganze Familie. Zur Zeit entsteht in unmittelbarer Nähe zu unserem Betriebsgelände direkt am Altrhein eine kleine Siedlung, die für sie neue Heimat werden könnte . . . Sie treffen im hiesigen Raum und bei PWA Waldhof bereits eine große Zahl ihrer Landsleute an, die ihnen Erfahrungen vermitteln und wertvolle Ratschläge geben können. Wir suchen vorwiegend im technischen Bereich Ingenieure, Facharbeiter und Anlernkräfte. Jugendliche erhalten eine solide Ausbildung in verschiedenen Lehrberufen. Auch für die Frauen gibt es bei PWA Waldhof eine Reihe interessanter Arbeitsplätze — PWA Waldhof, ihr Fundament für eine sichere Zukunft.“ (aus: Siebenbürgische Zeitung, 30.11.1981)

Die angesprochenen Wohnungen wurden von der Stadt Mannheim finanziert. Wie man die so gewonnene Belegschaft weiter ausbeuten kann, zeigen die Verschärfungen der Arbeitsbedingungen:

- Auch in der Verarbeitung wird ohne technische Not Vierer-Schicht gearbeitet.

- An jeweils einer Papiermaschine wird je nach Aufträgen im 10-Tage-Rhythmus Früh-, Nacht-, Mittelschicht gefahren.

- Eine Rahmenbetriebsvereinbarung über Jahresarbeitszeit ist unterschrieben. Sie dient als Zielvorgabe für weitere Arbeitszeitregelungen.

- Für Durchfahrbetriebe gilt bei Nichteinigung der Betroffenen, daß der Urlaub, längstens drei Wochen, über das Jahr verteilt von oben festgelegt wird.

Der „Waldhofgeist“ wird beschworen, um „gemeinsame Aufgaben an der Front Europa“ in Angriff zu nehmen. Trotz prall gefüllter Kassen wurde die gestellte Lohnnachschriftforderung von der Geschäftsleitung abgelehnt. — (ide)

Antikriegstag 1989

Aktionseinheit gegen Europapläne

Schweinfurt. Eine ganze Reihe von Veranstaltungen werden anlässlich des 50. Jahrestags des Überfalls des faschistischen Deutschlands auf Polen und des Beginns des Zweiten Weltkriegs am Ort stattfinden. Der DGB-Kreis Schweinfurt führt ein Podiumsgespräch durch mit dem Thema „Die künftige Friedensordnung in Europa“. Gesprächsteilnehmer sollen sein: Ein Attaché der Sowjetischen Botschaft, ein Vertreter des Amerikanischen Generalkonsulats, Bundestagsabgeordnete von CSU und SPD. Wie auch im Antikriegstag-Aufruf des DGB, so vermeidet der DGB auch hier eine eigene Stellungnahme z.B. gegen die reaktionistische Ostpolitik der Bundesregierung. Ein gewerkschaftlicher Diskussionsteilnehmer ist nicht vorgesehen, Fragestellungen wurden neutral formuliert „Stehen die Grenzen in Europa zur Disposition?“, „Werden die Militärblöcke überflüssig?“. Immerhin kündigt der DGB auf seinem Plakat noch andere Veranstaltungen zum Antikriegstag an, z.B. Filmveranstaltungen der AG „Deserteurdenkmal“. Die AG „Deserteurdenkmal“ wird drei Filmabende durchführen, um die Forderung nach einem Deserteurdenkmal zu verbreiten. Bisher konnte die SPD-Stadtverwaltung es sich leisten, mittels Vorschieben baurechtlicher Gründe den Antrag auf ein Deserteur-Denkmal überhaupt politisch zu behandeln. Die DKP wird einen Diskussionsabend mit Zeitzeugen veranstalten.

Zu einer Aktionseinheit gegen die Großdeutschland- und Europapläne des BRD-Imperialismus haben sich linke Organisationen zusammengefunden — AG Antifaschismus/Ausländerpolitik im Arbeitskreis „Kommunalpolitik von Unten“, Bunte Hilfe Nordbayern, DKP, JungdemokratInnen LV Bayern, MLPD, Volksfront, VSP. Eine gemeinsame Veranstaltung zur Kritik der Polen-Politik der BRD wird am Vorabend des Antikriegstags durchgeführt. Ein Materialblatt mit einem gemeinsamen Aufruf zum Antikriegstag wurde in Siebenhunder-Auflage herausgebracht.

Der Aufruf „Für Frieden und Völkerfreundschaft“ faßt die Absichten der Aktionseinheit so zusammen:

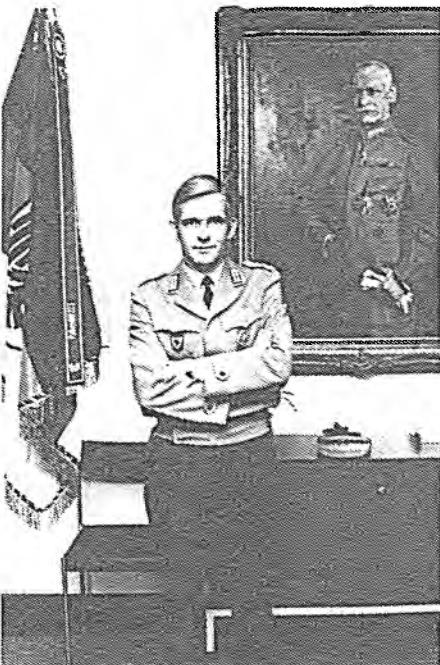
Gegen eine imperialistische Neuordnung Europas im Interesse der westdeutschen Konzerne!

Keine Beteiligung der BRD an UNO-Truppenverbänden!

Schluß mit der Unterstützung des Kolonialkriegs gegen Kurdistan durch die BRD!

Gegen Gebietsansprüche gegen die DDR und die Staaten in Osteuropa!

Völkerrechtliche Anerkennung der DDR und der europäischen Nachkriegsgren-



zen!

Streichung der Präambel des Grundgesetzes und des § 116 Grundgesetz.

Wir wollen zum Antikriegstag gemeinsam mit allen Organisationen, die Aufrüstung, Militarisierung nach innen und außen, Kriegspropaganda ablehnen, zusammenarbeiten. Mit unserer Veranstaltung und weiteren Informationen wollen wir dazu beitragen, den Widerstand gegen die Großdeutschland- und Europapläne des BRD-Imperialismus zu entwickeln. — (cls)

Kommunalwahlen Bielefeld

Statt REP: Oetkers Bürgergemeinschaft

Bielefeld. Dem Vernehmen nach werden zu den Kommunalwahlen weder NPD noch Republikaner kandidieren. Dafür die „Bürgergemeinschaft für Bielefeld“. Es ist nichts Neues in Bielefeld, daß sich reaktionärste Kreise aus Industrie und Banken politisch formieren: Bereits vor drei Jahren machte ein sog. „Manifest der 100 Unternehmer“ pressewirksam Druck in Richtung Abbau von Sozialleistungen und Vergünstigungen der Industrie. Federführend war damals Oetker und seine Hausbank, das Bankhaus Lampe. Der politische Standpunkt des Hauses Oetker ist spätestens seit Bekanntwerden seiner Spenden für die NPD vor Jahren eindeutig. Jetzt sieht man im Aufwind der Republikaner Chancen, mit einer Kommunalwahlkandidatur rechts von der CDU ins Rathaus einzurücken und damit die bisherige rot-grüne Koalition durch eine CDU/FDP/Bürgergemeinschafts-Mehrheit abzulösen.

Was will die Bürgergemeinschaft? Zuvörderst straffe Obrigkeitstaatlichkeit: „Achtung vor Recht und Gesetz“ verlangen sie und rigoroses Durchgrei-

fen gegen links und Punk-Projekte wie die Kamphofhütte: „Für Verfassungsfeinde und Kriminelle dürfen rechtsfreie Räume nicht geduldet werden.“ Und natürlich „Ausländer raus“. Bei ihnen heißt das: „Neuregelung der Zuzugs- und Aufenthaltspraxis für Ausländer und Asylanten“ und „kein Wahlrecht für Ausländer“. Unter dem Stichwort „Abbau der Bürokratie“ wird die Privatisierung im öffentlichen Dienst gefordert — also Abbau von Arbeitsplätzen und Einreißen tariflicher Sicherungen. „Eine wirtschaftsfreundliche Politik“ wollen sie und keine „Erhöhung von Steuersätzen“. Außerdem den Bau der A 33 unter dem Stichwort „bürgerfreundliches Nahverkehrsnetz“ — seit wann sind Autobahnen „Nahverkehr“? Offensichtlich geht es um die Verkehrsanbindung für die Industrie. Plump demagogisch heißt es unter der Überschrift „gerechte soziale Hilfen“: „Bielefeld darf kein Tummelplatz für Menschen werden, die unser soziales Netz mißbrauchen“ und „das Prinzip ‚Leistung und Gegenleistung‘ muß stärker berücksichtigt werden“. Natürlich wird gegen Gesamtschulen und Einrichtungen wie Pro Familia gewettet — schließlich geht es ihnen um „eine geistig-ethische Erneuerung“ und um die Belebung von „Tugenden wie Leistungswille, Zuverlässigkeit, Selbstdisziplin, Achtung vor Menschen und Werten, Bescheidenheit und christliche Nächstenliebe.“

Nichts anderes als die Wiederbelebung der alten „Volksgemeinschaft“. Unter dem Wahlslogan „Aufstehen für Bielefeld“ wird das Wohlergehen der örtlichen Kapitalisten als das Gemeinwohl aller ausgegeben. Dafür darf die Bürgergemeinschaft dann auch in einem Büro bei Oetkers Ultje-Kernen und seinem Kochbuch-Verlag Ceres residieren und Oetkers Hausdruckerei benutzen. — (ads)



Auf der Kandidatenliste der „Bürgergemeinschaft“: „Maja Oetker, Hausfrau“.

C. Freudenberg-Konzern

Belegschaft kämpft gegen geplante Einführung von Samstagsarbeit

Weinheim. Erst zum 1. Oktober wird die Wochenarbeitszeit auf 39 Stunden gesenkt; das war Bestandteil eines 3-Jahres-Abschlusses, der neben dem nur in der Arbeitszeit geänderten Manteltarif für die Jahre 88—90 Lohnnerhöhungen von nur 3%—2%—3% bescherte.

Die Gewerkschaft Leder hatte damals nur einen Lohnabschluß, und zwar ohne gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen abschließen wollen. Weil die Leder-Verbände auf einem mehrjährigen Abschluß bestanden, war die Verkürzung der Arbeitszeit in diesen Verhandlungen ins Spiel gekommen.

Der 1988 vereinbarte Manteltarif sieht nun verschiedene Möglichkeiten der Arbeitszeitgestaltung vor, die von den Be-

stimmung verlangt worden für versetzte Arbeitszeiten in Versandbereichen und an den CAD-Arbeitsplätzen — dort als „Ausdehnung der Gleitzeit bis 22.00 Uhr“, also faktische Zweischiechtigkeit. Das lehnte der Betriebsrat ab.

Bei den Verhandlungen um den Manteltarifvertrag der Ledererzeugenden Industrie hatte CF sich bis zuletzt vehement gegen die bedingungslose Arbeitszeitverkürzung gewehrt und weitgehende Flexibilisierungsmöglichkeiten verlangt. Schließlich stimmte der Verband der Ledererzeugenden Industrie (zu diesem Bereich gehört der Kernbereich des Konzerns) mehrheitlich dem Vertrag zu.

Das war 1988. Mit einem erst vor kurzem bekannt gewordenen Schreiben hat-

Das führte immerhin dazu, daß die Regelungen rund ein Vierteljahr lang vom Arbeitgeberverband nicht unterschrieben wurden, obwohl die Erklärungsfrist längst verstrichen war. Es handelte sich um „redaktionelle Änderungen“, deren Inhalte nach wie vor nicht bekannt sind.

Inzwischen verlangt CF eine Abänderung des Vertrags — zumindest für den eigenen Betrieb —, um damit eine Durchsetzung der regelmäßigen Samstagsarbeit zu erleichtern.

„An der Betriebsnutzung nicht vorbei“?

Es geht CF vor allem um die Betriebsnutzungszeit: Zumindest im Dreischichtbetrieb — direkt betroffen sind in Weinheim Produktionen mit rund 900 Beschäftigten — soll der Samstag zur Regelarbeitszeit werden. Dafür soll es vierteljährlich „Frei-Wochen“ geben. Im Ein- und Zweischiechtbetrieb sowie im Angestelltenbereich (bisher nur bei Angestellten) ist eine Gleitzeitregelung geplant, die ebenfalls die Ausdehnung der Betriebszeit beinhaltet (bisher gilt in der Gleitzeit ein Kernzeitbereich von 8.30 — 16.00 Uhr, künftig soll eine „Funktionszeit“ für alle Betriebs-Funktionen gelten von 8.00 — 16.30 Uhr).

Nebenbei wird mit dieser Gleitzeitregelung auch die Einführung eines Zeiterfassungssystems für alle begründet (bisher gibt es keine Stechuhr, bei Angestellten mit Gleitzeit werden nur Zeit-Summen erfaßt; die elektronischen „Stechuhren“ werden von der Belegschaft entschieden abgelehnt).

Seit Monaten hat sich in der Belegschaft der Vorschlag durchgesetzt, die anfallenden Frei-Stunden (1 Std/Woche) dafür zu verwenden, daß — einheitlich im ganzen Betrieb — die „Brückentage“ freigemacht werden. Für die wird bisher immer wochenlang samstags eingearbeitet — neben der ohnehin weithin geforderten Samstags-Überstundenarbeit.

Die „Kritischen Gewerkschafter“ haben mehrfach in ihrer Betriebszeitung („Kritische Gewerkschaftspolitik — Frischer Wind — Info“) jeweils dreisprachig über die CF-Pläne informiert und es dadurch ermöglicht, eine öffentliche Diskussion in der ganzen Belegschaft zu führen.

Der Betriebsrat sollte eingewickelt werden

Das ursprüngliche Ziel der Personalleitung war es, zusammen mit dem Be-



Mischen, Pressen, Spritzen, Tiefziehen — die Palette der Arbeitsbedingungen bei CF umfaßt üble Bedingungen mit höchsten körperlichen, toxikologischen und psychischen Belastungen. Bild: Tiefziehen von Gummistiefeln.

triebsräten vereinbart werden können; Samstagsarbeit ist im MTV nicht ausgeschlossen, jedoch an ausdrückliche Zustimmung der Betriebsräte gebunden.

Freudenberg ist Haupt-Treiber in der Branche für Flexi-Modelle

Freudenberg ist bereits an Vollkontinent-Betrieben beteiligt (diese Betriebe werden von der IG Chemie vertreten). Jetzt wurde in einem weiteren Chemie-Betrieb in Oberwyl genau das jetzt auch in Weinheim verlangte Arbeitszeit-Modell vereinbart.

Im Weinheimer CF-Werk war in den letzten Jahren vom Betriebsrat die Zu-

te die Personalleitung sich gleich damals von den Tarifverantwortlichen der Gewerkschaft Leder dann eine blinde Zusage geben lassen wollen, daß die Einbeziehung von Samstagsarbeit geduldet würde.

Auch nachdem die „technische Kommission“ Anfang 1989 die unbestimmt gebliebenen Regelungen zur Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung vereinbart hatte, waren CF-Vertreter wiederum die einzigen, denen die enthaltenen Flexibilisierungsmöglichkeiten nicht weit genug gingen. Sie stimmten gegen den Abschluß und wurden überstimmt.

Sie bohrten intern wiederum weiter:

triebsrat die „Zeitmodelle“ positiv zu verkaufen. Dies schlug fehl spätestens zu dem Zeitpunkt, als einzelne Betriebsratsmitglieder in ihrer Abteilung heftig zurückgepfiffen wurden.

Die Belegschaft setzte sich nun zunehmend zur Wehr:

— In mehreren Abteilungen wurden Unterschriftensammlungen durchgeführt; der Betriebsrat wurde aufgefordert, die „Modelle“ und die Samstagsarbeit abzulehnen. Teilweise wurde auch gleich noch mitgefordert, angesichts der Inflation eine zusätzliche Lohnerhöhung um 2,5% zu verlangen.

— Daraufhin lehnte der Betriebsrat die vorgelegten Arbeitszeitmodelle in einem Brief ab.

— Auf den letzten Abteilungsversammlungen wurden überall die CF-Pläne angegriffen und die von der Belegschaft verlangte Regelung unterstützt. Die Personalleitung kam nirgends in die Offensive; teilweise setzten sich sogar Abteilungsleiter vorsichtig von regelmä-

Biger Samstagsarbeit ab.

Gewonnen ist noch nichts, aber verloren auch noch nicht

Jetzt ist die Personalleitung dabei, „Mitarbeitergruppengespräche“ durchzuführen; darin sollen angeblich „die Meinungen erforscht“ — und die Modelle und deren „Vorteile“ für einzelne Gruppen von Beschäftigten schmackhaft gemacht werden. Vor allem aber wird der „Konkurrenzdruck“ ausgemalt und die Erpressung damit immer mehr verstärkt.

Die bisherigen Gespräche haben zumeist gezeigt: Die Belegschaft will sich so herum nicht spalten lassen. Auch bei Angestellten und in besser bezahlten Bereichen findet es bisher breite Unterstützung, daß gerade Dreischichtarbeitern nicht auch noch das Wochenende geklaut wird. Ganz davon abgesehen, daß sich Samstagsarbeit dann ausbreiten würde wie ein Schimmelpilz:

— Angefangen von den Meistern (die jetzt als erstes von der Personalleitung

mit Seminaren und Drohungen auf Linie gebracht werden sollen),

— über technische Angestellte, die den Produktionsgang und Warenfluß zu steuern und zu kontrollieren haben,

— über die Handwerker, die dann natürlich nicht mehr am Samstagmorgen zu Reparaturarbeiten anrücken werden, sondern am Samstagmittag und sonntags,

— bis hin schließlich zu den Ein- und Zweischicht-Produktionsarbeitern, die schon heute sehr häufig (als Überstunden) samstags antreten und die das dann bald eben ohne Prozente tun sollen.

Die Entwicklung ist geradlinig trotz aller Teil-Angebote an einzelne Gruppen, sie schadet (fast) allen, und das ist jetzt für jedermann abzusehen.

Die Wucht und Schärfe der Forderungen des Betriebs haben am 28.8. den Betriebsrat dazu gebracht, in einem Flugblatt mit der Einigungsstelle zu drohen; das hat es in den letzten 30 Jahren bei CF noch nie gegeben. — (bef/BWK, hs/VSP)

Ein Weltkonzern als „Familienbetrieb“ in Leder

C. Freudenberg in Weinheim gehört aus historischen Gründen (früher handelte es sich um eine Gerberei) zum Bereich der Ledererzeugenden Industrien; Lederproduktion macht heute noch um die 5% des Umsatzes aus. Heute werden im wesentlichen Gummi- und Kunststoffartikel und Vliesstoffe hergestellt (nebenbei nennt sich der Konzern durch die Fertigung von Vliesstoffen auch noch „größter Textilhersteller Europas“).

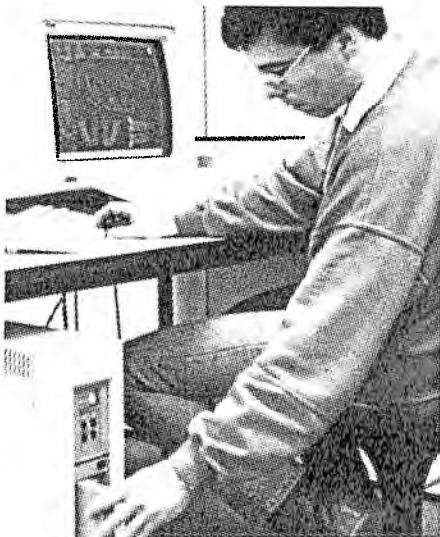
Der Konzern hat heute in Weinheim wieder über 8000 Beschäftigte, in der BRD über 13700 und weltweit über 23500. Noch 1970 gingen 46% der Produktion in die Schuh- und Lederwarenindustrie; heute nur noch 14%, dafür 36% in die Automobilindustrie und weitere 20% in Investitionsgüterbranchen — vor allem in Form von Dichtelementen (der „Simmering“ ist eine Freudenberg-Erfahrung) und Schwingsdämpfern.

Immerhin 150 Mio. Netto-Gewinn hat der Konzern 1988 eingefahren, eine bisher nie veröffentlichte, aber auch nie erreichte Zahl. Die Welt-Expansion wurde vorangetrieben, eine Vielzahl von Auslandswerken aufgekauft und aufgebaut, andere, nicht mehr „ins Sortiment passende“ dagegen gewinnbringend abgestoßen (wie große Besitzungen in Brasiliens Regenwäldern).

Der Welt-Konzern ist nach wie vor in der Hand eines Familienclans von ca. 200 Gesellschaftern, die allerdings durch den Gesellschaftsvertrag auf relativ geringfügige Gewinn-Entnahmen beschränkt sind. An der Geschichte des Konzerns mag es liegen, daß über viele Jahrzehnte die Methoden des „moder-

nen Management“ nicht unbedingt gerade hier ihre Vorräte hatten. Jedoch innerhalb der gesamten Lederbranche dürfte CF der Konzern sein, der nun am weitesten voran will mit seinen Flexibilisierungsabsichten. Und kürzlich bewunderte gar Wirtschaftsminister Haussmann auf einem Werksbesuch die neuen „Industriezellen“, die neue Fertigungsorganisation für die „Just-in-time“-Lieferungen an die Autoindustrie bei CF.

In den Arbeitgeberverbänden der Ledererzeugenden- aber auch der Schuhindustrie (der Konzern nennt auch die Schuhhandels-Kette „Tack“ und Schuhfabriken wie die „Elefanten-Schuhe“ sein eigen) spielen Gesellschafter und Funktionäre des Konzerns jeweils entscheidende Geigen; das verwundert nicht angesichts des Gewichts des Konzerns in diesen niedergehenden Branchen.



Weil die CAD-Plätze teuer seien, sollten die Angestellten zweischichtig arbeiten. Das wurde bisher verhindert.

Die Zahl der Betriebe und der Arbeitsplätze in den Lederbranchen ist rapide gesunken — auf Grund der Zunahme der Auslandsproduktionen (v.a. Portugal, Fernost) gerade der westdeutschen Schuhindustrie. Dies wird deutlich an der Mitgliederentwicklung in der Gewerkschaft Leder: Von 90100 (1961) auf 46560 (1988) ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder gesunken; davon sind gerade 2510 als Angestellte beschäftigt. Es gibt nicht wenige Ortsverwaltungen, die schließen müssen, weil der letzte ortssässige Betrieb abgewandert war und — nach zwei Jahren — die Betreuung der (oft nach wie vor arbeitslosen) ehemaligen Beschäftigten beendet wurde.

Was natürlich auch nicht wundern kann, das ist die Bedeutung des Konzerns in der Stadt Weinheim: Lange Zeit war der Oberbürgermeister ein Freudenberg-Zögling. Der Personalchef ist Fraktionsvorsitzender der „Freien Wähler-Vereinigung“ (im Volksmund genannt „Freudenberg Wahl-Verein“). Zweiter Mann in der FWV ist gar einer der persönlich haftenden Freudenberg. Wie die Gehaltsliste von CF für leitende Angestellte liest sich teilweise die FWV-Kandidatenliste zu den jetzt anstehenden Kommunalwahlen. Immerhin 20% der Stimmen erhielt die FWV 1984. Nicht umsonst ist die FWV die Fraktion, die „überparteilich“ als schärfste Scharfmacher gegen Ansprüche der Lohnabhängigen an die Kommunalpolitik hetzt.

Und damit das Ganze auch garantiert nicht schiefgeht: Der ehemalige CF-Syndikus ist Fraktionsvorsitzender der CDU. Und Mitglieder der Familie besetzen auch Kandidatenplätze bei der FDP bzw. Gremien-Sitze bei der SPD.

ÖTV gegen Dienstleistungsabend

Karlsruhe. Die ÖTV Karlsruhe lehnt die generelle Einführung des Dienstleistungsabends in den Ämtern ab. Die Stadtverwaltung plant die Öffnung der Schalter einiger Behörden am Donnerstagabend. Die ÖTV greift das als Flexibilisierung der Arbeitszeiten an. Dem Druck der Stadtverwaltung gibt sie aber ein Stück nach: „Auch wir wünschen mehr Bürgernähe und sind nicht grundsätzlich gegen erweiterte Dienstleistungsangebote.“ Zusätzliche Schalterzeiten bis 18.30 Uhr in Ämtern mit großem Publikumsverkehr würde die ÖTV zulassen. — (rub)

Lehrerstreik: Senatssanktionen

Hamburg. Der Hamburger Senat hat in der vergangenen Woche Sanktionen gegen die Lehrer beschlossen, die im Oktober vergangenen Jahres für Arbeitszeitverkürzung gestreikt hatten. Fünf Schulleiter — BILD Hamburg veröffentlichte sogar die Namen — wird als Disziplinarstrafe ein Monatsgehalt abgezogen. Einer Reihe stellvertretender Schulleiter wird ein halbes

Gleichzeitig erschienen die Besitzer von 28 Bauernhöfen und Nebenerwerbslandwirtschaften in Binsdorf/Eifel letzte Woche auf dem Gemeindebüro. Die Enteignungsbehörde hatte sie zu drei verschiedenen Terminen geladen, um ihnen im Auftrag des Bundesvermögensamtes und des Bundesverteidigungsministeriums ihre Grundstücke wegzunehmen, die zur Erweiterung des US-Flugplatzes Spangdahlem herhalten sollen. Die Bauern wollen nicht verkaufen. Sie unterschrieben nichts und bildeten eine Interessengemeinschaft. — (anl)

Monatsgehalt abgezogen. Die über 3 000 streikenden Lehrer sollen mit 50 DM je ausfallener Stunde bestraft werden. Der Senat entsprach damit den Anträgen der Schulsenatorin Raab und des Justizsenators Curilla. Die Lehrer-Personalräte hatten die Geldstrafen abgelehnt. Die offiziellen Einigungsstellen hatten Art und Höhe der Sanktionen als unangemessen bezeichnet. Der Senat hat sich jedoch einfach darüber hinweggesetzt. Die GEW warf dem Senat „politischen Amoklauf“ und eine „bemerkenswerte Mißachtung von Mitbestimmungsrechten“ vor. — (rad)



Pflichtstunden an Hauptschulen

Der niedersächsische Kultusminister Horrmann möchte die Unterrichtszeit an den Hauptschulen „neu ordnen“. Die wöchentliche Pflichtstundenzahl soll von 36 auf 20 gesenkt werden. Dafür sollen 12 weitere Stunden Projektarbeit eingeführt werden, in denen fachübergreifende Themen ohne Stundeneinteilung in Zusammenarbeit mehrerer Fachlehrer bearbeitet werden. Mit der Absenkung der Pflichtstunden und der Verkürzung des Unterrichts um vier Stunden ist eine weitere Verschlechterung des Bildungsstandards und Einsparung von Lehrern zu befürchten. — (ibm/AGB; anl)

werks Eduard Schlauch wies die Zahlenangaben der IG Metall als drastisch falsch zurück. Die exakte Schrottrate wollte Schlauch jedoch aus Konkurrenzgründen nicht bekanntgeben. — (ros)

ÖTV Niedersachsen zu Lohngruppen

Hannover. Bezirkstarifkommission und Arbeiterausschuß Niedersachsen haben beschlossen: Die Lohngruppenverzeichnisse Bund und Land sowie der Rahmentarif zu §20 BMT-GII sollen zum frühestmöglichen Termin gekündigt werden. Alle Arbeiterinnen und Arbeiter sollen eine Lohngruppe höher eingruppiert werden. Zeitaufstieg statt Bewährungsaufstieg. Der Begriff „überwiegend“ soll verändert werden (mindestens Angleichung an BAT). Die Große Tarifkommission beschließt Ende September über die Forderungen, frühestmögliche Kündigung ist zum 31.12.1989. — (kar/AGG, gba)

SEL: Ist Konti-Schicht hinfällig?

Stuttgart. Nach Angaben des IG Metall Bezirks Stuttgart belegt eine Dokumentation von SEL, daß auch ohne Konti-Schicht die Ausbeute in der Glasfaserproduktion von 25 auf 80 Prozent gesteigert worden ist. Die Unternehmensleitung hatte als Zielvorgabe — und damit als Grund für Samstags- und Sonntagsarbeit — eine Ausbeute von 50 Prozent genannt. Nach Angaben der IG Metall ist damit das Ziel der Unternehmensleitung erheblich überschritten worden. Von der Qualität her sei Sonntagsarbeit nicht mehr nötig. SEL gehe es nur um möglichst große Produktionssteigerung und damit ausschließlich um wirtschaftliche Gründe. Der Leiter des SEL-Glasfaser-



Vor dem Kapitol in Washington/USA demonstrierte das Personal der Fluggesellschaft Eastern Air Lines. Sie wurden unterstützt von Hunderten von Gewerkschaftsmitgliedern in ihrem schon sechs Monate anhaltenden Streikkampf. Sie wehren sich gegen die Beseitigung der Gewerkschaft im Betrieb und die Liquidierung der Fluglinie, deren Betreiber sie für bankrott erklären wollen, und haben vom Kongreß verlangt, die Behörden zu zwingen, in dieser Krise zu intervenieren. Sie warnten davor, unerfahrenes Personal als Streikbrecher einzusetzen. Am 11. August hatten die Beschäftigten in Miami eine Kampagne begonnen, während der sie in den Städten an der Ostküste Demonstrationen und Kundgebungen abhalten wollten. — (anl)

Einzelhandel-BR's: Keine Abendöffnung!

Karlsruhe. Fast alle Karlsruher Einzelhandels-Betriebsräte haben auf einer HBV-Versammlung einstimmig eine längere Ladenöffnung abgelehnt und wollen dem Dienstleistungsabend nicht zustimmen. „Wer sich darauf gefreut hat, am 5. Oktober beim abendlichen Einkaufbummel in der Karlsruher City aus dem Vollen schöpfen zu können, wird allem Anschein nach enttäuscht werden.“ (BNN 18.8) — (rub)

Asylverfahren

Innenminister Stock baut Abschiebungsmaschinerie

Niedersachsen. Am 8.8.1989 plazierte der niedersächsische Innenminister Stock eine trojanische Möbelwagen-Razzia auf dem Weiße-Kreuz-Platz in Hannover. Dabei wurden 42 Personen angeblich aus Gründen der Drogenbekämpfung durchsucht. Ganze 0,1 Gramm Heroin wurden gefunden. Aufällig konzentrierte sich diese Polizeiaktion auf Schwarze, zumeist Asylbewerber aus Gambia.

Im gleichen Zeitrahmen wurden vier inhaftierte Gambier, die angeblich Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz begangen haben sollen, ohne daß ein Gerichtsverfahren zu diesem Tatvorwurf stattgefunden hat, geschweige denn abgeschlossen war, durch die Ausländerbehörde der Stadt Hannover abgeschoben. Diese Abschiebungen waren haarklein durch Abstimmungen zwischen Innenministerium und der hannoverschen Ausländerbehörde vorbereitet.(1) Am 10.8.89 behauptete Stock, „daß das Dealen mit Kleinstmengen und eine Verurteilung lediglich zu einer Geldstrafe bislang nicht für eine Ausweisung ausgereicht habe. Das Ausländergesetz enthalte aber auch die Möglichkeit, einen Ausländer auszuweisen, „wenn erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland aus anderen Gründen“ schwerwiegend beeinträchtigt seien. Er habe daher die Ausländerbehörden angewiesen, Ausweisungen unter diesem Gesichtspunkt zu prüfen. Im Vordergrund stehe dabei die Tatsache eines schwerwiegenden Verstoßes gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung und nicht die strafrechtliche Verurteilung wegen eines Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz.“(2) Stock griff zum Konstrukt: „Mitglied einer kriminellen Rauschgiftorganisation“(2), um eine „erhebliche Beeinträchtigung der Belange der Bundesrepublik Deutschland“ zu behaupten. Das Innenministerium behauptete weiter am 10.8.: „die Ausweisungsverfügungen sind von den Verwaltungsgerichten nicht beanstandet worden“. (2) Dieser Darstellung widersprach selbst das Verwaltungsgericht Hannover öffentlich. Am 16.8. mußte Stock die „vorschnelle Vereinnahmung des VG Hannover“ „bedauern“.(3)

Die Gründe für den brutalen Durchmarsch Stocks liegen in seiner Vorreiterrolle in der Verkürzung des Asylverfahrens. In enger Abstimmung mit Bundesinnenminister Schäuble verfolgt Stock dabei eine doppelten Angriff auf das gültige Asylrecht. Im ersten Schritt soll die vorgerichtliche Entscheidung über Asylanträge ohne Änderung des Asylverfahrensgesetzes drastisch beschleunigt wer-

den. Von derzeit durchschnittlich 14 monatiger „Prüfung“ auf vier Wochen!(4) Im zweiten Schritt soll das Asylverfahrensgesetz so zurechtgelegt werden, daß die Klagemöglichkeiten für Asylbewerber gegen abgelehnte Asylanträge erheblich beschnitten werden. Durch diese Doppeltaktik soll das Asylrecht ohne Änderung des Art. 16 Grundgesetz weitestgehend beseitigt werden. Am Schluß soll der Beginn der Abschiebung nach drei bis viermonatigem BRD-Aufenthalt asylsuchender Flüchtlinge liegen. Damit will Stock „Wurzeln schlagen“ von Asylbewerbern in der BRD durch längere Verfahrensdauer unterdrücken.(5)

Am 3.6.89 hat die Innenministerkonferenz die Einrichtung von zentralen Ausländerbehörden für Asylsachen in den Bundesländern beschlossen. In Braunschweig versucht Stock blitzartig die Außenstelle des Bundesamtes für ausländische Flüchtlinge zu erweitern, die Zentrale Anlaufstelle (ZAST) von derzeit 200 auf 600 Plätze auszudehnen und die Landesausländerbehörde durchzupowern. Bereits am 1.10.89 soll das de-facto-Internierungslager Holzmoor fertig sein. Nach dem geplanten zweiwöchigen Erstaufenthalt der neuankommenden Flüchtlinge in der ZAST sollen sie in andere Gemeinden Niedersachsens rotiert werden, damit sie in Braunschweig keine Kontakte knüpfen können. Stock plant auch, länger hier lebenden abgelehnten aber geduldeten Flüchtlingen, in einer einmaligen „Altfall“-Aktion eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Sie sollen dann unterschiedlichsten Bedingungen als Erntehelfer in die Landwirtschaft abkommandiert werden können. Damit würden Altankömmlinge und Neuankömmlinge unterschiedlichen Bedingungen unterliegen, der Widerstand soll so gespalten werden.(5)

Am 10.8.89 traf Stock Bundesinnenminister Schäuble. Im Vordergrund stand die Verkürzung des Asylverfahrens: „Stock zufolge zeigte sich Minister Schäuble ausgesprochen zufrieden, daß in Niedersachsen die Vorbereitungen zügig vorankämen und am 1.Oktober in Braunschweig mit dem beschleunigten Verfahren begonnen werden könne. Niedersachsen liege damit unter den Bundesländern vorn.“(6)

Seit 4.8.89 hat die Landtagsfraktion der GRÜNEN einen Antragsentwurf, nach dem jegliche Verschärfung des Asylverfahrens und des Asylverfahrensgesetzes und die Konzentrations-Pläne für Braunschweig abgelehnt werden. In Braunschweig ruft ein Bündnis bislang aus kirchlichen Organisationen, Ausländer- und Flüchtlingsinitiativen, GRÜNEN und Volksfront zum Weltflüchtlingsstag, am 30.9.89, zur Demonstration für uneingeschränktes Asylrecht und gegen das Flüchtlingslager Holzmoor auf.

Quellen: (1) Pressemit. Nds. Innenminister (=PM) 291/89; (2) PM 286/89; (3) PM 291/89; (4) Landtagsprotokoll 14.6.89; (5) Kirchenzeitung Bistum Hildesheim 23.7.89; (6) PM 289/89 — (rab)



Hildesheim. Kreisrat Dr. Kappey ließ den Kurden Ibrahim Abasiyün am 1.8.89 trotz Landtagpetition knallhart abschieben. Demonstration des Asyl e.V. am 4.8.

Bücher

Die französische Revolution 1789

Wichtiges Standardwerk

Albert Sobouls Werk „Die große Französische Revolution“ ist eines der wichtigsten Werke zu diesem Thema. Soboul war seit 1967 Direktor des Institut d’Histoire de la Révolution française in Paris. Sein Werk ist dialektisch-materialistisch. In der Einleitung schreibt er: „Vor allem konnten diese Historiker der Bourgeoisie trotz ihres Scharfblickes das Wesentliche nicht aufhellen: daß sich die Revolution in letzter Konsequenz durch den Widerspruch zwischen den Produktionsverhältnissen und dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte erklärt. Als erste unterstrichen Marx und Engels mit Nachdruck im Manifest der Kommunistischen Partei, daß die Produktionsmittel, auf deren Basis sich die Macht der Bourgeoisie aufbaute, schon im Schoße der ‚Feudalgesellschaft‘ geschaffen wurden und sich entwickelten.“

Das Buch ist mit seinen sechshundert Seiten ein spannendes Werk, nicht mühselig, aber doch umfangreich zu lesen. Es sollte eigentlich jeder fortschrittliche Mensch irgendwann einmal gelesen haben. Aktuelle Anlässe gäbe es dazu viele, 200 Jahre Französische Revolution, die Diskussion über das Ausländerwahlrecht in der bürgerlichen Demokratie, der Widerstand der Bauern in revolutionären Situationen u.a. Sehr anschaulich und durchgehend beschreibt der Autor die Politik der Bourgeoisie gegenüber der Kirche. Soboul beschreibt den Kampf zwischen den verschiedenen politischen Kräften sehr genau. In dem Werk sind zahlreiche Hinweise über den beginnenden Kampf der Arbeiter. Das Buch ist auch eine sachliche Entgegnung gegenüber allen bürgerlichen Kräften, die Greuelgeschichten über die Französische Revolution verbreiten, weil es die Politik Dantons in

einen historischen und materialistischen Zusammenhang stellt. Das Buch ist gleichzeitig auch ein gutes Nachschlagewerk mit Literaturverzeichnis, Personenregister, Sachregister, Revolutionskalender und Karten.

Das Nachwort von Frauke Stübing ist mehr oder weniger ein Angriff auf das Buch. Die Autorin berichtet, daß es in der BRD eine Diskussion über die Frage gebe, ob die Französische Revolution ein entscheidender Bruch war oder ein beständiger sozialer Prozeß und somit das Werk Sobouls ein revolutionärer Irrtum. Dieser sozialdemokratische Forschungsansatz ist ein Angriff auf den dialektischen Materialismus und wird vielleicht einmal eine üble Rolle in der Auseinandersetzung spielen, ob die Deutschen die Führung in der europäischen Kultur übernehmen können.

Die Büchergilde Gutenberg hat vor wenigen Wochen das Werk über die „Große Französische Revolution“ zu einem günstigen Preis von 31,— DM (Hardcover) herausgegeben. — (jöd)

Darstellung und Dokumente

Walter Markov ist ebenso wie Soboul der materialistischen Richtung der Geschichtsschreibung verpflichtet. Er wurde 1909 in Graz geboren. Nach Studium und Promotion arbeitete er an der Universität Bonn. Dort gründete er mit anderen eine antifaschistische Widerstandsgruppe und gab illegal die Zeitschrift „Sozialistische Republik“ heraus. 1935 wurde er verhaftet und vom faschistischen Volksgerichtshof zu zwölf Jahren Haft verurteilt. 1945 leitete er die Selbstbefreiungsaktion der Häftlinge im Zuchthaus Siegburg. 1946 nahm er einen Lehrauftrag der Universität Leipzig an. Heute lebt und arbeitet er in der DDR.

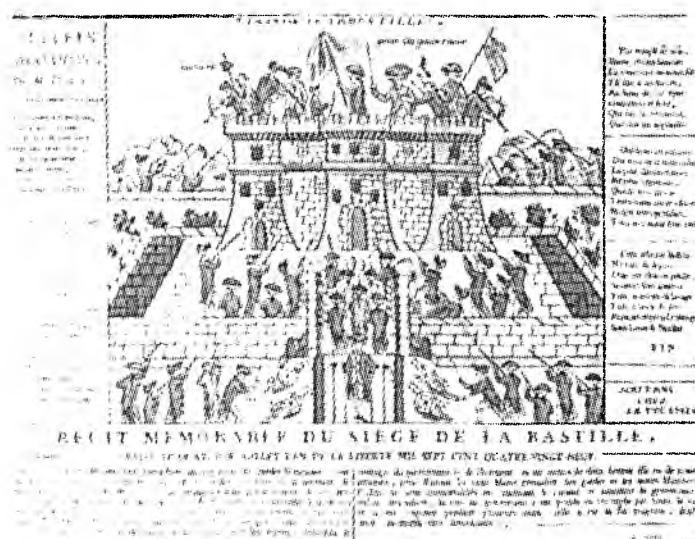
Wir verdanken Markov zwei gründliche Bände über

die französische Revolution. Im ersten Band stellt er ihren Gang seit 1789 und in den folgenden zehn Jahren dar. Seine lebhafte Darstellung entspringt seiner sicheren Beurteilung der wirkenden Klassenkräfte und der Stellung der handelnden Personen zu diesen Kräften. Er belegt sie reichlich, indem er die Teilnehmer und Beobachter der Revolution zu Wort kommen läßt. Am Ende eines jeden Kapitels finden sich Literaturangaben, auch andersgläubiger Wissenschaftler, zum jeweiligen Problem. Man lernt verstehen, welche große Rolle die Arbeiter, Bauern und Kleinbürger spielten im Kampf gegen das sofortige Streben der eben zur Macht kommenden Bourgeoisie, ihre künftigen Klassengegner zu unterdrücken. In großer Zahl strömten die Besitzlosen, als „Passivbürger“ ohne Wahlrecht eingestuft, in die Volksgesellschaften, die speziell von den Jakobinern gefördert wurden. Man sieht die schwierigen Kampfbedingungen für die damalige Linke im Konvent, der im September

1792 seine Arbeit begann. Marat hatte bereits mehrmals untertauchen und die Herausgabe seiner Zeitung „Der Freund des Volkes“ unterbrechen müssen. Zur Tagungsweise des Konvents schlug er vor: „Es kommt darauf an, daß der Nationalkonvent unablässig unter den Augen des Volkes sei, damit es ihn steinigen kann, wenn er seine Pflichten vergißt. So bedarf es, um ihn auf dem Pfad der Freiheit zu erhalten, unentbehrlicherweise eines Saales, dessen Tribünen 4000 Zuschauer fassen.“

Markov breitet im zweiten Band eine Fülle von Dokumenten aus, die begreiflich machen, welche Hoffnungen und Forderungen die Besitzlosen hatten und was sie bewegen konnte, an einer Umwälzung teilzunehmen, die noch nicht zum Ziel haben konnte, ihre Interessen in der Gesellschaft durchzusetzen.

Walter Markov, Revolution im Zeugenstand, Bd. 1: Aussagen und Analysen, Fischer TB 4355, 19,80 DM; Bd. 2: Gesprochenes und Ge schriebenes, Fischer TB 4356, 24,80 DM — (anl)



Sturm auf die Bastille. Bewaffnete Arbeiter, Handwerker und Kleinbürger legten am 14. Juli 1789 dieses Gefängnis innerhalb von Paris nieder. Die Abbildung zeigt ganz oben die Verhaftung des Gouverneurs.

Preiswerte Dokumentation

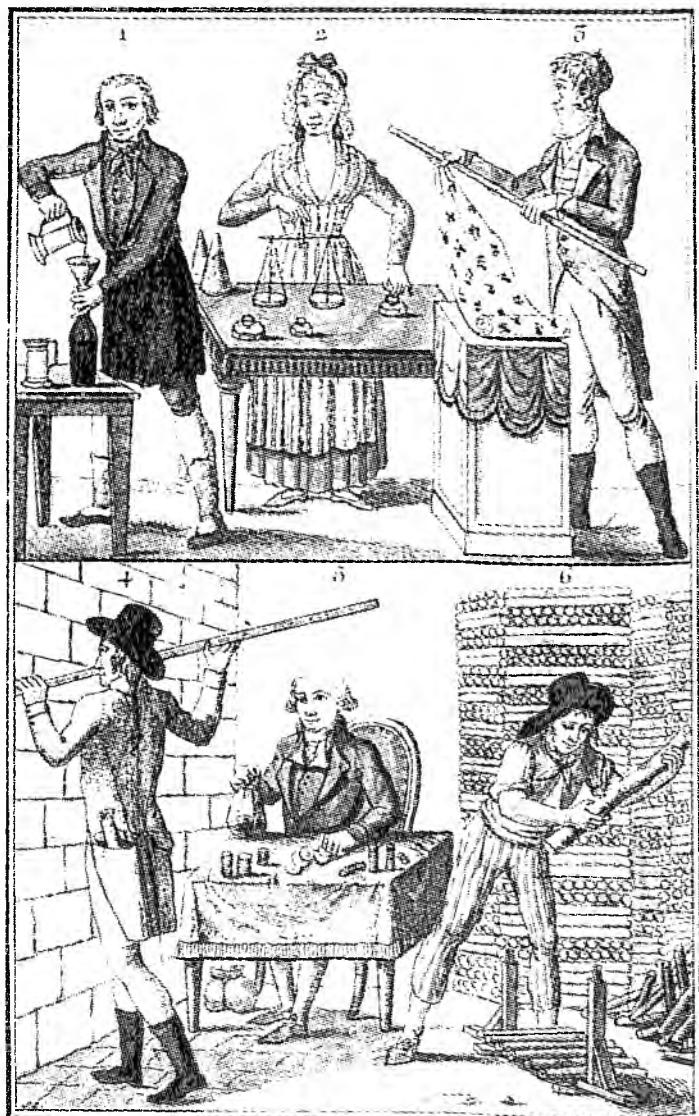
Wer eine knappe und übersichtliche Zusammenfassung wichtiger Dokumente der französischen Revolution sucht, findet in der Dokumentation von Walter Grab eine

solche. Die teilweise sonst in deutscher Sprache schwer zugänglichen Dokumente sind nicht kommentiert, dokumentiert sind Texte aus den Jahren 1788 (Versprechen des königlichen Staatsrats zur Einberufung der Nationalversammlung) bis 1799 (Proklamation der Konsuln über die

Beendigung der Revolution). Einzig die ausführliche Zeitlinie erleichtert die Einordnung der Dokumente. Das Buch enthält u.a. alle vier Verfassungen in ungekürzter Fassung sowie — zum Teil in Auszügen — Dekrete der Nationalversammlung über die Nationalisierung der Kirchengüter, die Abschaffung der Feudalität, die Abschaffung des Adels, die Dekrete über Preis- und Lohnschranken sowie außerdem Artikel aus zeitgenössischen französischen Zeitungen (z.B. aus dem „Volksfreund“, dessen Herausgeber Marat war) und Auszüge aus Reden und Debatten in der Nationalversammlung. Grab stellt nicht nur die bürgerlichen Strömungen dar, sondern dokumentiert auch die Bestrebungen der nicht in der Nationalversammlung vertretenen Volksschichten, das Manifest des Sanscoulotten-Priesters

Roux, Babeufs „Manifest der Plebejer“ sowie Petitionen und Beschwerden der Pariser Sanscoulotten-Sektionen an die Nationalversammlung. Vollständig fehlen allerdings Dokumente über die Entwicklung der Revolution auf dem Lande, selbst aus anderen großen Städten Frankreichs. Die „Deklaration von Pillnitz“ und das „Manifest des Herzogs von Braunschweig“ sind die einzigen Dokumente, die direkt das Vorgehen der europäischen Reaktion darlegen, allerdings ist in verschiedenen Artikeln und Reden auf das Wirken der inneren wie äußeren Reaktion hingewiesen. Die jetzt als Taschenbuch erschienene Ausgabe ist die Lizenzausgabe des 1973 unter demselben Titel erschienenen Buches.

Walter Grab (Hrsg.), Die Französische Revolution, Eine Dokumentation, Bastei-Lübbe Nr. 64 085, 9,80 DM — (uld)



Die Vereinheitlichung der Maße und Gewichte

Französische Revolution

Albert Soboul über die Sansculotten

Albert Sobouls 1168 Seiten umfassende, 1957 erschienene und erst 1978 teilweise ins Deutsche übersetzte Arbeit über die Sansculotten ist die einzige Untersuchung, die sich derart ausführlich mit dem Sansculottismus während der Französischen Revolution befaßt, und sehr empfehlenswert.

Die Arbeit befaßt sich u.a. mit der sozialen Zusammensetzung der Pariser Volksmassen, den sozialen Bestrebungen der Sansculotten, ihrem Verhältnis zur Großbourgeoisie, ihren steuerpolitischen Vorstellungen, ihren Forderungen nach Recht auf Arbeit, auf „Gleichheit der Lebenshaltung“, auf Bildung, ihrem Verständnis von Volkssouveränität, Demokratie und Gewalt sowie ihrer Organisation in den Sektionen von Paris.

Sansculotterie — das war eine sozial äußerst schillernde Volksbewegung: Handwerker, Ladenbesitzer, kleine Gewerbetreibende, Gesellen und Arbeiter, die die gemeinsame Gegnerschaft zur Aristokratie, der Haß auf den Adel und nicht weniger der Hunger einigte. Der Hunger war es auch, der sie, zeitweise heftig, gegen Großkaufleute, Unternehmer, Schieber und bürgerliche Spekulanten aufbrachte. Von Anfang an war die Forderung nach Höchstpreisen, vor allem für Brot, dem wichtigsten Nahrungsmittel, zentrale Forderung, die am 29.9. 1793 endlich durchgesetzt wurde.

Soboul schildert die Widersprüche im Bündnis zwischen Jakobinern und den Teilen der Bourgeoisie, die die Jakobinerdiktatur unterstützten, einerseits und den Sansculotten auf der anderen Seite: Während letztere eine Art Volksdemokratie mit Kontrolle der gewählten Vertreter, dem Recht des Volkes, ihre Mandate zurückzufordern oder mit Verfahren wie der Abstimmung durch Zuruf oder Aufruf anstrebten, sich also nicht mit einer formalen Demokratie begnügen wollten, tendierte die Bourgeoisie zur liberalen Demokratie. „Für die Bewußtesten unter ihnen (den Sansculotten) sind die Begriffe Freiheit und Gleichheit nicht ein für allemal postuliert, sondern wollen Tag für Tag unter Beweis gestellt werden: Freiheit wird zur Befreiung, Gleichheit zum sozialen Fortschritt — auf diese Weise wird das *allgemeine Glück* Wirklichkeit, das alle als das Ziel der Gesellschaft bezeichnen. Hier liegt mehr zugrunde als ein aus den Gegebenheiten entstandener Antagonismus. Auf diesem Gebiet bestand ein grundsätzlicher Widerspruch zwischen der Bourgeoisie und der Pariser Sansculotterie . . .“

Dazu gehört auch, daß ganz Paris, das in 48 Sektionen eingeteilt war, nach den Vorstellungen der Sansculotten durch Sektionsversammlungen, die permanent tagen und autonom entscheiden sollten, regiert werden sollte. Nicht die Pariser Kommune sollte über die wesentlichen Fragen beschließen können, sondern die Sektionsversammlungen sollten bestimmen, was die Kommune zu unternehmen hat. Volkssouveränität bestand für die Sansculotten darin, Gesetze in Urwählerversammlungen der Sektionen abzegnen zu lassen. Solche Prinzipien einer Art kommunaler, direkter Demokratie widersprachen zutiefst den Vorstellungen der Bourgeoisie von einem zentralistischen Staatsaufbau.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiet waren die Widersprüche zwischen Bourgeoisie und Sansculotten unübersehbar: Waren die einen Anhänger der Wirtschaftsfreiheit und Gegner staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft, forderten die Sansculotten eine Art gelenkte Wirtschaft, die dem Preiswucher Einhalt gebieten und die Versorgung vor allem mit Grundnahrungs- und -lebensmitteln staatlich sicherstellen sollte. Das bedeutet allerdings nicht, daß die Sansculotten letztlich das Privateigentum

als solches angriffen. Ihre Forderungen richteten sich gegen das Entstehen von einigen wenigen großen Privateigentümern, deren Konkurrenz die kleinen Gewerbetreibenden nicht stand halten konnten.

Soboul macht deutlich, warum dennoch zwischen 1793 und dem 9. Thermidor (Sturz der Jakobinerdiktatur) das Bündnis zwischen Revolutionsregierung und Sansculotten Bestand hatte: Der Krieg, d.h. der von England, dem Deutschen Reich und Österreich geführte Krieg gegen Frankreich, machte dieses Bündnis unumgänglich. Der Wohlfahrtsausschuß war sozusagen die Klammer, um diesen Krieg führbar zu machen, und mußte eine Politik des Ausgleichs zwischen Sansculotten und Bourgeoisie betreiben.

Albert Soboul, Französische Revolution und Volksbewegung: die Sansculotten. Die Sektionen von Paris im Jahre II, edition suhrkamp 960, 1978, 20 DM — (ulb)

Luft- und Raumfahrtindustrie

Monopolkommission bekräftigt Neuordnung

Anfang August hat die Monopolkommission ihr Gutachten zur Fusion des Daimler-Benz-Konzerns mit der Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH vorgelegt. Die Stellungnahme unterstützt die von der Bundesregierung angestrebte Neuordnung der Luft- und Raumfahrtindustrie unter Führung des Daimler-Benz-Konzerns. Die Kommission vertritt mehrheitlich die Auffassung, die Fusion sei — mit Auflagen — zu genehmigen. Ein Minderheitsvotum spricht sich gegen die Fusion aus:

„Der verstärkte unternehmerische Einfluß bei MBB kann zwar zu Vorteilen insbesondere im internationalen Bereich führen. Sie werden jedoch durch eine Politisierung des internationalen Wettbewerbs in der Luft- und Raumfahrtindustrie stark relativiert. Dem stehen vom Bundeskartellamt festgestellte marktbeherrschende Stellungen auf zahlreichen Märkten, der Wachstumssprung des bereits größten deutschen Unternehmens sowie eine Erweiterung des Einflußbereichs der größten deutschen Bank gegenüber.“

Ein weiteres Minderheitsvotum, vorgelegt vom Arbeitsdirektor der Thyssen Industrie, Haastert, befürwortet eine uneingeschränkte Fusion — Auflagen könnten den Zusammenschluß nur verhindern. Haastert: „Nun hat aber das Bundesministerium für Wirtschaft die Modalitäten des Zusammenschlusses bereits verhandelt. Die Bundesregierung, als dem Gemeinwohl besonders verpflichtete und es wesentlich gestaltende Institution, hat dem Verhandlungsergebnis zugestimmt. Damit hat sie zugleich verdeutlicht, daß aus ihrer Sicht schon jetzt insgesamt die Vorteile gegenüber den Nachteilen überwiegen.“

Mit der Neugliederung des Konzerns, der Bildung des Geschäftsbereiches Aerospace hat der Daimler-Benz-Konzern die Grundlagen für die Übernahme von MBB und somit für die Neuordnung der Luft- und Raumfahrtindustrie gelegt. Konzernchef Reuter wischt Einschränkungen für die Konzertätigkeit vom Tisch: es gebe keinen „ernsthaften Spielraum, unter der Rubrik ‚Auflagen‘ Teile abzugeben.“(1) Die Empfehlung der Monopolkommission, die Triebwerksunternehmen MTU sowie Teile der AEG — insbesondere den Bereich Wehrelektronik — und die Lenkwaffen und Drohnen von Dornier aus dem Konzern herauszulösen, ist für Daimler-Benz kein Thema. Diese Bereiche sind für weltweite Geschäfte unverzichtbar: „Europäisierung und Globalisierung ergänzen sich bei wechselnder Systemführung, die nach Übernahme von MBB auch von Daimler beansprucht werden kann. Dabei sollte man auch daran denken, welches Know-How für internationale Ko-

operationen bei AEG, MTU und Dornier sowie bei MBB vorhanden ist.“(2) Allenfalls, gibt Reuter zu verstehen, könne über die Abgabe von Beteiligungen am Panzerbau geredet werden. Es zeichnet sich ab, daß die Neuordnung der Luft- und Raumfahrtindustrie eine Zusammenballung der Rüstungsproduzenten bei Heer und Marine ebenfalls nach sich zieht. (Vgl. PB 11/89) Modelle solcher Zusammenschlüsse werden in der Öffentlichkeit bereits erörtert, mit dem Ziel die Systemföderation bei landgebundenen Rüstungsprojekten zu erreichen.

In der Anhörung beim Bundeswirtschaftsminister am 22. August forderte Daimler-Vorstandsmitglied und Aerospace-Manager Schrempp erneut eine Ministererlaubnis ohne jegliche Auflagen und Beschränkungen. Nur so könnten Weichen gestellt werden, deren „Linienführung weit in das nächste Jahrhundert reichen wird.“ Um es mit den Hauptkonkurrenten in Amerika und Japan aufnehmen zu können, seien die Vorschläge der Monopolkommission zum Verkauf von Teilen der Militär- und Verteidigungstechnik untragbar und unangemessen. Bereits bei den Verhandlungen mit der Bundesregierung habe Daimler-Benz „tiefgreifende Zugeständnisse“ machen müssen, die nichts anderes seien als vorweggenommene Auflagen. Die Veräußerung des Bereichs militärischer Triebwerke der MTU lehnt Daimler-Benz ab, die Verflechtung zum zivilen Bereich sei nicht auflösbar. Dies gelte auch für Lenkwaffen und Drohnen wegen ihrer engen Beziehungen zur Luftfahrttechnik.

Den Vorschlag der Monopolkommission, gesetzliche Regelungen zu treffen, um den Einfluß von Banken auf Industrie und Handel zu begrenzen, kommentierte Schrempp, Industrieunternehmen bräuchten Aufsichtsräte, deren Sachverständ über wirtschaftliche Zusammenhänge so unternehmensnah sei, daß sie rechtzeitig notwendige und möglicherweise schmerzhafte Entscheidungen herbeiführen könnten. Dazu benötige man Einblicke in viele Unternehmen, über die Bankenvertreter in besonderem Maße verfügten.

Der BDI sprach sich bei der Anhörung ebenfalls für eine Genehmigung der Fusion aus und betonte die Schlüsselrolle der Luft- und Raumfahrtindustrie für die industriepolitische Konzeption der Bundesregierung. Der Bundeswirtschaftsminister solle auf alle Fälle sicherstellen, „daß der vom Zusammenschluß erwartete gesamtwirtschaftliche Vorteil nicht durch mögliche Auflagen wieder gefährdet oder beeinträchtigt wird.“

Gegen die Fusion sprachen die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmen (ASU), die DAG, der DGB und die IG Metall. — (map)

1. „Der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie kommt nach Auffassung der Mehrheit der Monopolkommission eine wichtige gesamtwirtschaftliche Bedeutung zu, die weit über ihren heutigen Wertschöpfungsanteil am Sozialprodukt hinausgeht. Die Großprojekte der Luft- und Raumfahrt zeichnen sich erstens durch eine erhebliche Komplexität aus, die nur mit besonderen systemtechnischen Methoden zu bewältigen ist. Die Fähigkeit des Managements, sehr komplexe Entwicklungsvorhaben zu verwirklichen, wird künftig auch in anderen Sektoren, z.B. im Automobilbau, von hoher Wichtigkeit sein. Der Zugang zu den in der Luft- und Raumfahrtindustrie entwickelten systemtechnischen Lösungen wird deshalb in Zukunft zu einer entscheidenden Komponente der internationalen Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft.

Zweitens besteht bei Verkehrsflugzeugen aus der Sicht der europäischen Volkswirtschaften angesichts der engen Oligopolstruktur und der hohen Marktschranken in diesem Markt ein Interesse an einem europäischen Anbieter. Der Airbus sorgt für den notwendigen Preis- und Produktwettbewerb, um Monopolgewinne der amerikanischen Anbieter zu verhindern. In gleicher Weise beugen die europäischen Raumfahrtaktivitäten einer amerikanischen Monopolstellung vor. . .

2. Der Mehrheitserwerb von Daimler-Benz an MBB ist nach Auffassung der Mehrheit der Monopolkommission geeignet, zur Verfolgung dieser Gemeinwohlziele beizutragen. Der Zusammenschluß sichert den beteiligten Unternehmen mit großer Wahrscheinlichkeit langfristig die Systemführungskompetenz bei Luft- und Raumfahrtprojekten. Entscheidend dafür ist insbesondere die Privatisierung von MBB. Bei einem privatwirtschaftlichen Management und der zur Vorfinanzierung von Entwicklungen wichtigen Finanzkraft von Daimler-Benz ist zu erwarten, daß das technologische Potential von MBB effektiver als in der Vergangenheit eingesetzt werden wird.

Durch die Sicherung der Systemführungskompetenz verbessert sich die Chance der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie auf Teilhabe an technologisch interessanten Arbeitsgebieten in internationalen Kooperationen, in deren Rahmen zunehmend Luft- und Raumfahrtprojekte durchgeführt werden. . . .

3. Der Zusammenschluß ist auch geeignet, auf lange Sicht die deutsche Beteiligung am europäischen Airbus-Projekt effizienter zu gestalten. . . . Unabdingbar für die langfristige Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Airbus gegenüber den amerikanischen Herstellern Boeing und McDonnell Douglas wird indessen sein, daß das bisher eher politisch geprägte Organisationsmodell verändert wird. Im Hinblick auf die wünschenswerte Überführung von Airbus Industrie in eine ausschließlich nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführte Aktiengesellschaft stellt die Privatisierung des deutschen Airbus-Partners nach Auffassung der Mehrheit der Monopolkommission einen wichtigen ersten Schritt dar.

4. Die sich durch den Zusammenschluß verbessernden Chancen auf künftige Teilhabe an technologisch interessanten Arbeitsgebieten bei europäischen Luft- und Raumfahrtprojekten eröffnen der deutschen Volkswirtschaft bessere Zugangsmöglichkeiten zur Systemtechnik. Die Mehrheit der Monopolkommission setzt die Bedeutung des Zusammenschlusses hierfür trotz aller Unwägbarkeiten sehr hoch an, weil die Systemtechnik vermutlich künftig zu den entscheidenden Komponenten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft zählen wird.“

5. „Neben den aufgezeigten Vorteilen gibt der Zusammenschluß jedoch auch Anlaß zu wettbewerbs- und gesellschaftspolitischen Bedenken. Ein zentraler Einwand liegt nach Auffassung aller Mitglieder der Monopolkommission in der Beteiligung der Deutschen Bank an Daimler-Benz. Die ökonomische Machtzusammenballung, die sich aus der Verbindung der größten deutschen Bank mit dem größten deutschen Industrieunternehmen ergibt, wird von der Kommission als außerordentlich problematisch angesehen. Der Zusammenschluß könnte deutlich positiver beurteilt werden, wenn die Deutsche Bank nicht an Daimler-Benz beteiligt wäre.“

6. Wettbewerbs- und gesellschaftspolitische Bedenken ergeben sich auch daraus, daß als Folge des Zusammenschlusses für die überwiegende Mehrheit militärischer Beschaffungsprojekte auf deutscher Seite künftig nur noch ein Anbieter in Frage kommen würde. Daraus resultieren — auch nach Auffassung der Mehrheit der Monopolkommission — problematische gegenseitige politische Abhängigkeiten zwischen Daimler-Benz und dem Bundesministerium für Verteidigung.

7. Bei Zugrundelegen einer Einzelmarktbetrachtung mißt die Mehrheit der Monopolkommission den vom Bundeskartellamt festgestellten Wettbewerbsbeschränkungen im Bereich der militärischen Luftfahrt (Flugzeuge und Hubschrauber) und der Raumfahrt (nicht-kommerzielle Träger- und Orbitalsysteme, wissenschaftliche Satelliten) allerdings ein eher geringes Gewicht zu. Sie geht dabei davon aus, daß auf lange Sicht die Kompetenz zur Führung von Gesamtsystemen in diesen Bereichen (mit der möglichen Ausnahme der wissenschaftlichen Satelliten) nicht für mehrere deutsche Unternehmen gesichert werden kann. Höher gewichtet die Mehrheit der Monopolkommission dagegen die Wettbewerbsbeschränkungen bei Lenk-

waffen und Drohnen. In diesen Bereichen entfällt durch den Zusammenschluß der auch auf längere Sicht möglich erscheinende, teilweise intensive Wettbewerb zwischen MBB und Dornier.

8. Kritisch sieht die Mehrheit der Monopolkommission die sich aus dem Zusammenschluß ergebenden vertikalen Wettbewerbsbeschränkungen auf Ausrüsterebene, wie z.B., wie auch vom Bundeskartellamt hervorgehoben, bei der Wehrelektronik. . . .

9. Problematisch ist auch die Wettbewerbsbeschränkung bei Triebwerken für militärische Flugzeuge und Hubschrauber. . . .

11. Nach Abwägung der Gemeinwohlvorteile mit den Wettbewerbsbeschränkungen und den Gemeinwohnachteilen kann die Mehrheit der Monopolkommission eine Genehmigung des Zusammenschlusses in der beantragten Form nicht empfehlen. Die Mehrheit der Kommission kritisiert in diesem Zusammenhang die Art und Weise, in der die Bundesregierung das Zusammenschlußvorhaben initiiert und gefördert hat. Die Bundesregierung hat bei der Verfolgung ihres Ziels, MBB zu privatisieren und die Airbus-Risiken vom Staat auf die Industrie zu



Reuter (Daimler-Benz), Herrhausen (Deutsche Bank): Bankenvertreter verfügen „in besonderem Maße über Einblicke in viele Unternehmen“

verlagern, die wettbewerbs-, ordnungs- und gesellschaftspolitischen Konsequenzen nicht hinreichend berücksichtigt, die sich aus der Verbindung der größten deutschen Bank mit dem größten deutschen Industrieunternehmen sowie dessen dominierender Position im Rüstungsbereich ergeben. . . .

12. Die Mehrheit der Monopolkommission hält den Zusammenschluß gleichwohl für genehmigungsfähig, wenn die mit ihm verbundenen Gemeinwohlvorteile erhöht, bzw. Wettbewerbsbeschränkungen und Gemeinwohnachteile hinreichend vermindert werden. Wettbewerbs- und gesellschaftspolitisch wünschenswert wäre eine Trennung der Deutschen Bank von Daimler-Benz. . . .

14. . . . Nach Auffassung der Mehrheit der Monopolkommission würde die mit dem Zusammenschluß verbundene Wettbewerbsbeschränkung hinreichend vermindert, wenn der Bereich militärische Triebwerke oder wesentliche Teile des Bereiches Wehrtechnik, z.B. Lenkwaffen, Drohnen, Wehrelektronik von Daimler-Benz ausgegliedert und veräußert würden.“ (4)

Quellenhinweise: 1) Wirtschaftswoche 32; 2) J.Semler, Warum weitet Daimler-Benz seine Aktivitäten aus? Broschüre an die Aktionäre; 3) Handelsblatt, 23.8.1989; 4) Empfehlungen der Monopolkommission zum Zusammenschlußvorhaben Daimler-Benz/MMB (Kurzfassung).

Heimatlose Roma

„Integration“ weniger, Vertreibung vieler: Staatliche Konzepte mit kirchlichem Segen

Gegen die Proteste der Betroffenen und der Rom und Cinti Union (RCU) kündigte Ende Juli 1989 die Hamburger Bischofskanzlei der evangelischen Kirche an, sie werde eine „Konzeption für ein Hamburger Modell-Projekt ‚Partnerschaft mit Roma‘“ den Behörden übergeben. Im Rahmen dieses Projektes soll eine Beratungsstelle für heimatlose Roma beim Diakonischen Werk angesiedelt werden. Dieses wird zunächst für zwei von insgesamt 80 akut von Abschiebung bedrohten Roma-Familien sogenannte deutsche „Partner“ vermitteln, die sie über einen Zeitraum von fünf Jahren „begleiten“ und „betreuen“ werden. Dabei plant das Diakonische Werk verschiedene „Phasen“ der „Integration“, denen jeweils Verbesserungen des aufenthaltsrechtlichen Status folgen sollen. Am Ende der fünf Jahre soll dann festgestellt werden, ob die Roma integrationsgeeignet sind oder nicht. Im ersten Fall sollen sie bleiben dürfen ... Mit diesem Modell hintertreibt die evangelische Kirche ein von der RCU ausgearbeitetes Projekt „Bleiberecht, arbeiten und wohnen“, das das Selbstbestimmungsrecht der Roma vertritt und ihre Eigeninitiative und Selbstorganisation fördern soll. Das

kirchliche Treiben ist in doppelter Hinsicht gefährlich. Erstens verfolgt das Diakonische Werk in alter Tradition die Linie der Missionierung der „Zigeuner“, die „Zivilisierung“ „Unzivilisierter“. Zweitens arbeitet es den Behörden der Hansestadt in die Hände, die die Abschiebung einer großen Zahl heimatloser Roma vorbereiten, nachdem diese im Februar einen Abschiebestopp bis September hatten erkämpfen können. Die RCU warnt, daß „unter dem Deckmantelchen der ‚christlichen Nächstenliebe‘ ... die größte systematische Vertreibung unseres Volkes seit Kriegsende vorbereitet (wird)“, und fordert die evangelische Kirche auf, „sich unmißverständlich vom Bericht des Diakonischen Werkes zu distanzieren und sich für ein uneingeschränktes Bleiberecht sowie für einen sofortigen Abschiebestopp öffentlich auszusprechen“. (Presseerklärung vom 1.8.89)

Das Projekt des Hamburger Diakonischen Werkes lehnt sich an ein in Köln bereits praktiziertes Modell an. Die „Politischen Berichte“ veröffentlichten auszugsweise die Kritik der RCU an diesem sog. „Kölner Modell“. — (mek, scc)

Das Kölner Modell — Muster einer alt-neuen Zigeunerpolitik

Ein neues Stichwort ist seit einigen Monaten in die Diskussion um das Schicksal der heimatlosen Roma eingedrungen. Das „Kölner Modell“ — so bezeichnen heute Behörden und Kirche die neue „Lösung“ für das, was sie als „Problem“ empfinden: die „ungeregelte“ Anwesenheit von Roma in den deutschen Städten. Das „Kölner Modell“ entspringt einer Debatte, mit der sich die Kölner Stadtverwaltung seit einigen Jahren herumschlägt; und die Kölner Stadtverwaltung will nun mit ihren Modell-Maßnahmen Schule machen.

Die Vorgeschichte — Bemühungen um die „vorbildliche Lösung“

Einen ersten Einblick in die jüngste Geschichte der Kölner „Zigeunerpolitik“ bietet ein Bericht über „Zigeuner in Köln“, der im Jahr 1973 im Auftrag der Kölner Stadtverwaltung als „Diskussionsgrundlage über die Problematik einer Minderheitengruppe“ von Rudolf Adrian, Dieter Brandt, Ernst Görris und Werner Lemmer verfaßt wurde. Darin werden Leitprinzipien der Kölner „Zigeunerpolitik“ aufgearbeitet und der Stadtverwaltung Empfehlungen vorgelegt. „Sie (= die Verwaltung) ist sich allerdings auch bewußt, daß dieses jahrhundertealte Problem noch nicht gelöst werden konnte“, schreiben die Autoren des Berichts. „Es gibt keine Stadt in der

Bundesrepublik, die das Zigeunerproblem bis heute vorbildlich gelöst hatte“ (Adrian etc., S. 7).

Durch den Wortgebrauch wird die Grundeinstellung leicht ersichtlich. Diese macht die Anwesenheit der Roma und Cinti in Deutschland zum „Problem“ — genannt „das Zigeunerproblem“ —, die deutschen Ämter, Stellen und Behörden dagegen zum Opfer dieses Problems, um



Von Bonn nach Brüssel, von Brüssel nach Kassel, von Kassel nach Brüssel, von Brüssel nach Köln, Hamburg ...

Bleiberecht und Selbstorganisation oder Selektion und Bevormundung?

Wir stellen im folgenden in zentralen Punkten das von der Rom & Cinti Union (RCU) vorgelegte Konzept „Bleiberecht, Arbeit und Wohnen“ für heimatlose Roma in Hamburg dem vom Diakonischen Werk ausgearbeiteten Konzept „Partnerschaft mit Roma“ gegenüber.

Bleiberecht für die heimatlosen Roma? Derzeit leben ca. 80 Roma-Familien mit über 1000 Angehörigen in Hamburg, deren Aufenthalt ungesichert ist und die damit von Abschiebung bedroht sind. Die Innenbehörde will generell die Abschiebung und höchstens einzelne Ausnahmen. Die RCU kämpft für ein uneingeschränktes Bleiberecht und sieht darin die Voraussetzung für die Perspektive einer langfristigen und selbständigen Existenzsicherung der Roma: „Die RCU plant in Hamburg den Aufbau eines auf dauerhafte Existenzsicherung angelegten Arbeits- und Wohnprojektes, das auf der Erteilung einer Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung basiert.“ Das Diakonische Werk spricht sich zwar unverbindlich-allgemein dafür aus, daß „Zigeunerfamilien“ aus Osteuropa generell die Möglichkeit zu dauerhafter Bleibe in der Bundesrepublik eingeräumt werden (soll), knüpft daran jedoch im konkreten die Bedingung, daß die Betroffenen eine „Integrations“-Bewährungsprobe zu bestehen hätten: „Im Rahmen dieses Modell-Projektes wird angestrebt, daß die Roma-Familien, die sich über einen Zeitraum von fünf Jahren daran erfolgreich beteiligt haben, danach eine Aufenthaltsberechtigung oder die Möglichkeit zur Einbürgerung erhalten.“

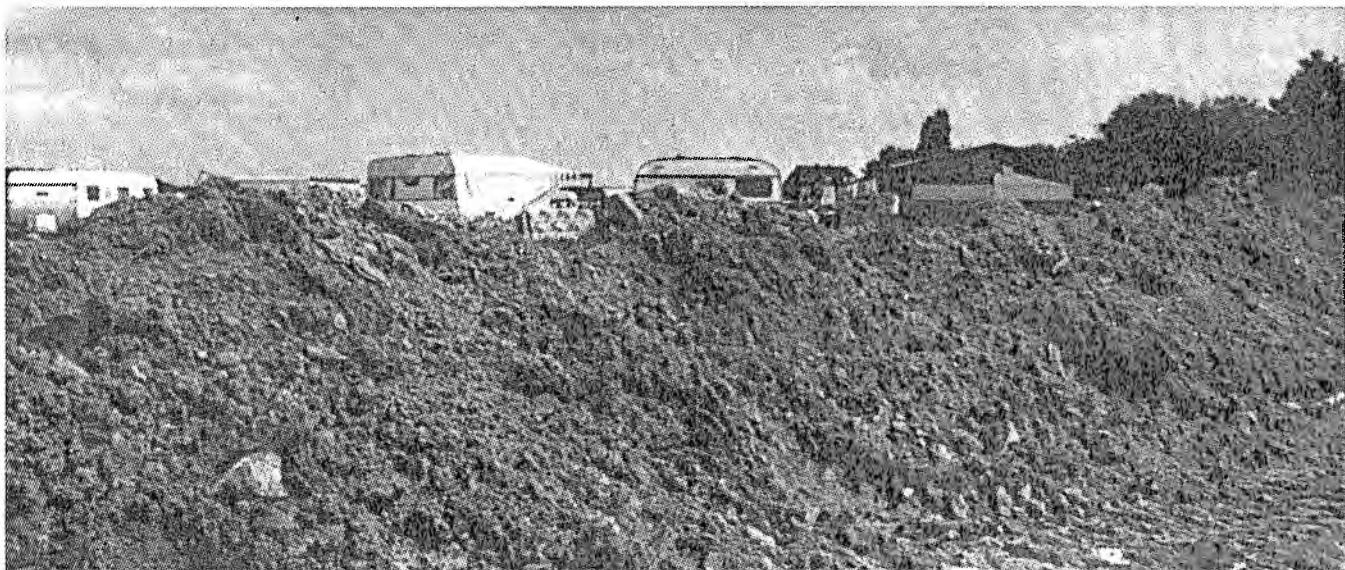
80 Familien oder zwei? Die RCU will mit ihrem Konzept die Lösung der Existenzprobleme aller betroffenen ca. 80 Roma-Familien, die in Hamburg bleiben und sich an dem Projekt „Arbeiten und Wohnen“ beteiligen wollen. Die evangelische Kirche dagegen befürwortet die Selektion: „... soll zunächst mit den beiden Roma-Familien begonnen werden, die ausgesprochenermaßen ihren Willen für ein Verbleiben in Hamburg deutlich gemacht haben und bereit sind, selbst aktiv die Partnerschaft mitzugestalten...“ Über die anderen ca. 78 Familien schweigt sich das Diakonische Werk aus und gibt sie damit zur Vertreibung frei. Dabei unterstellt es noch indirekt, daß diese den Willen, in Hamburg zu bleiben, ja auch nicht zum Ausdruck gebracht

hätten.

„Integration bei Beibehaltung der kulturellen Eigenständigkeit“ — aber wie? Die RCU vertritt, daß diesem Anspruch nur ein selbstbestimmtes und selbständiges Projekt genügen könne. Deshalb zielt „Bleiberecht, Arbeiten und Wohnen“, das als europäisches Pilotprojekt konzipiert ist, auf die Förderung der Eigeninitiative und Selbstorganisation der Betroffenen und auf die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes der Roma. Im einzelnen sieht das RCU-Projekt vor: angemessene Wohnmöglichkeiten; ausreichende Zahl von Arbeitsplätzen, die im Zusammenhang der Sanierung und Renovierung der nötigen Wohn- und Werkstatträume geschaffen werden könnten; daran anschließende mögliche berufliche Ausbildung oder Weiterbildung; Möglichkeiten für die schulische Ausbildung der Kinder und Jugendlichen unter Einbeziehung berufsvorbereitender Elemente; Planung existenzsichernder Betriebsgründungen, z.B. im Bereich Kunsthandwerk, Media-Zentrum, KFZ- und Wohnwagenreparatur u.ä.m.; kulturelles Veranstaltungszentrum. Als Ziel wird der Aufbau von Genossenschaften angestrebt. Für die Durchführung dieses Projekts schlägt die RCU als geeignetes Objekt einen ehemaligen Schlachthof vor. Nach ihren Angaben hat übrigens die EG über den Sozialfonds weitreichende Finanzierungszusagen gemacht, so daß das Projekt aus finanziellen Gründen nicht scheitern muß.

Die konkreten Vorschläge des Diakonischen Werkes für die Existenzsicherung der Roma bleiben spärlich und vage („Arbeitserlaubnis für den Fall, daß Arbeitsmöglichkeit nachgewiesen werden kann“). Die Kirche versteht Integration als Ein- und Anpassung der Roma. Das „Modell“ des Diakonischen Werkes basiert deshalb auf Bevormundung und Kontrolle. Dabei sollen — besonders perfide — Unterstützer und Initiativen, die z.T. seit Jahren mit Roma-Familien zusammenarbeiten, zu Hilfstruppen von Staat und Kirche werden.

Träger des Projekts. Im Konzept „Bleiberecht, Arbeit und Wohnen“ übernimmt die RCU die Trägerschaft, d.h. die Behörden müßten die RCU als Gesprächs- und Verhandlungspartner akzeptieren. Das Diakonische Werk dagegen sieht sich in seinem Modellprojekt selbst als Träger. Die Roma kommen dort nur als Objekte vor. Für die „Betreuung“ der Roma will das Diakonische Werk von der Stadt Hamburg 2,5 Personalstellen (das hieße bei zwei Roma-Familien: 1,25 Kontrolleure pro Familie!) finanziert haben.



„Menschenwürdiger“ Wohnraum in Köln

dessen Lösung sie bereits seit Jahrhunderten bemüht seien. Es sind also die Beauftragten und Berater der Verwaltung selbst, die sich in die lange Tradition der deutschen „Endlöser“ stellen: trotz der Ereignisse der jüngsten deutschen Geschichte — so würde man beim Lesen des Berichtes meinen — sei das „Zigeunerproblem“ — im Gegensatz zum „Judenproblem“, beispielsweise — noch nicht auf eine Art und Weise gelöst worden, die die Beamten nach Jahrhunderten des Leidens nun als befriedigend empfinden könnten ...

Mehr als Polemik von Außenstehenden verbindet aber die Politik der „Bekämpfung des Zigeunerunwesens“, wie sie früher geheißen hat, und die „vorbildliche Lösung des Zigeunerproblems“, wie sie die Autoren Adrian u.a. heute nennen. Die „Zigeunerexperten“ der Stadt Köln begreifen sich selbst durchaus als Nachfolger der früheren „Zigeunerforscher“. So zitieren sie in dem Abschnitt über „Zigeunerangelegenheiten“: „Wir haben ein Negerproblem im eigenen Land“, stellen Adrian etc. mit Arnold fest (S. 10). In ihrem Bericht analysieren sie zwar die sozialen Umstände, die es so schwer machen, den Kreis des Elends zu durchbrechen — Arbeitslosigkeit, keine Bildungschancen, Isolation und Ausgrenzung —, doch als Grundgedanke bleibt die Betrachtung der Andersartigkeit von „fremden“ Menschen als Problem und als Belastung für die deutsche Umgebung.

War es die Politik der „Rassenhygieniker“, Minderheiten zu vernichten und auszurotten, so besteht der Fortschritt der Nachkriegspolitik darin, daß diese sie „nur“ ausgrenzt oder von Ort zu Ort vertreibt. In Köln sollte das Prinzip einer neuen, „vorbildlichen“ Politik entstehen, nämlich einer Politik, die die Menschen zwar am Ort behält und „duldet“, dafür aber strebt, ihre „Andersartigkeit“ mit allen Mitteln abzuschaffen.

In diese Richtung gehen die von den Beauftragten empfohlenen Maßnahmen für eine sogenannte „Integration“: „Ziel aller Pläne muß es sein, als Schrittmacher für eine veränderte Lebensweise aufzutreten“ (Adrian etc., S. 7), schreiben die Gutachter. Mit diesem Ziel vor Augen, wird nun der Grad der Anpassung der Roma an eine für sie vorgesehene Lebensweise als Maßstab für den Erfolg oder Mißerfolg der verschiedenen Projekte genommen. Dabei sind es stets Fremde — deutsche Betreuer, Sozialarbeiter und andere „Experten“ —, die die Kriterien für eine „gelungene Integration“ stellen bzw. die bestimmen, welche Lebensweise für die „neuen Zigeuner“ geeigneter sei. Entsprechen die Roma nicht den an sie gestellten Anfor-

derungen und Erwartungen oder ist es den Betreuern nicht gelungen, sie „umzugestalten“, so werden die Schuld und die Verantwortung dafür bei den Betroffenen selbst gesucht.

Den Roma wird dann die „mißlungene Integration“ vorgehalten, und dies ausgehend von vorurteils-geladenen Charakterisierungen und Gesamturteilen über sie: „Es ist für die Zigeuner recht schwierig, sich in normalen Wohnverhältnissen zurechtzufinden und die üblichen Normen des nachbarschaftlichen Gemeinschaftslebens zu beachten“ (Adrians etc., S. 5). „Die Sozialisation in unserem System ist von deren charakteristischen Eigenheiten abhängig: ...

verstreut gelegene private Plätze.“ (S. 3) Die „vorbildliche Lösung“ verläuft nach dem Prinzip „teile und herrsche“, wobei die meisten die Stadt verlassen müssen, während einige „sich eignende“ in den Genuß kleiner Verbesserungen kommen dürfen ...

„Teile und herrsche“ im neuen „Kölner Modell“

Im September 1987 beschloß der Rat der Stadt Köln im Rahmen des sogenannten „Patenschaftsmodells“, eine ehemalige Textilfabrik im Stadtteil Köln-Riehl dem Wohnprojekt von sechs Roma-Familien zur Verfügung zu stellen. Damit war das „Kölner Modell“ offiziell ins Leben ge-



„... außergewöhnlich intensive und umfangreiche behördliche Aktivitäten“ in Köln

Zigeuner haben ein uns fremdes Verhältnis zu Besitz und Eigentum; Wert hat, was Verwendungszwecken dient“ (ebd., S. 15), wissen die Experten und stellen fest, „... daß es bei dieser Randgruppe auch Grenzen der Anpassungsfähigkeit und Weiterentwicklung gibt“ (ebd., S. 7).

Die Kölner Politik, wie die Politik gegenüber Minderheiten auch anderswo, wie im Prinzip jede kulturrassistische Einstellung überhaupt, sucht also die Schuld am Rassismus nicht beim Täter, sondern beim Opfer ...

Da es aber nach der gleichen Logik nur wenige geben kann, die je in der Lage sein werden, den Kriterien für eine „Weiterentwicklung“ zu entsprechen, konzentriert sich jene „Integrationspolitik“ auf einige ausgewählte „Musterfamilien“. So berichten Adrian etc. von dem Versuch, „sich eignende Zigeunerfamilien in Unterkünfte der Obdachlosenhilfe zu verlegen ... Andere verließen Köln oder zogen auf im Stadtgebiet

rufen worden. Sein unmittelbarer Hintergrund war die Ankunft einiger hundert Roma in Köln Ende 1986, die in der Stadt Asylanträge gestellt hatten. Durch die Anwesenheit der Roma sah sich die Behörde wieder mit einem „Zigeunerproblem“ konfrontiert und suchte nach neuen Handlungsmöglichkeiten, um die zugekommenen Menschen aus der Stadt möglichst schnell loszuwerden ...

Die Stellung dieser Zielsetzung als hauptsächlicher Anlaß für die Formulierung „neuer Ansätze“ der Kölner Politik geht von einer Zwischenbilanz des sogenannten „Arbeitskreises zur Beratung von Angelegenheiten ethnischer Minderheiten“ (AKEM, behördlicher Beratungskreis von Vertretern verschiedener Ämter, in dem die Politik gegenüber Roma und Cinti festgelegt wurde — Red.) eindeutig hervor, die 1987 dem Sozialausschuß des Kölner Rates vorgelegt wurde ... In dem Papier schildert der „AKEM“, wie die neue Einwanderung vieler Roma aus osteuropäischen



Die Kölner Polizei inhaftiert inzwischen selbst 4-jährige Kinder.

Ländern für die Stadt ein Problem darstellt, „... ist ihr soziokultureller Hintergrund so stark abweichend von den hiesigen Gewohnheiten, daß nahezu zwangsläufig erhebliche Konflikte mit der Umgebungsgesellschaft entstanden sind und außergewöhnlich intensive und umfangreiche behördliche Aktivitäten erfordern“ („AKEM“-Zwischenbilanz 1987, S. 2).

Daß als „behördliche Aktivitäten“ eine gut geplante, effektiv durchgeführte, aber doch schlau getarnte Vertreibung der Roma vorgesehen ist, wird in den darauffolgenden Anmerkungen präzisiert. Dem „AKEM“ gehe es in seinem Bericht darum, „Regeln für den Aufenthalt von Zigeunern zu formulieren und zugleich die Möglichkeiten und die Grenzen zumutbarer Hilfestellung deutlich zu machen“ (ebd.). In den drei Zielen, die als Grundlage der Kölner Politik formuliert werden, werden allerdings vor allem die „Grenzen“ deutlich: Als erstes strebe die Stadt an, daß bei zugereisten Roma ... „die Weiterreise zu menschenwürdigen Bedingungen ermöglicht werden“ soll, als zweites halten es die Autoren für „ein Gebot der Fairneß, die beschränkten Aufnahmemöglichkeiten unmißverständlich zu verdeutlichen, um falsche Hoffnungen zu verhindern“, und als drittes werden andere Gemeinden zur „Hilfestellung“ aufgerufen, „weil eine Stadt alleine dieses Allgemeinproblem nicht lösen kann“ (alles ebd.).

Sondereinrichtungen

... Das Differenzierte am „Modell“ ist

also lediglich eine geschickte Formulierung der relativen Vielfalt der vorgesehenen Methoden, um Menschen zur Weiterreise und zum Verlassen der Stadt zu veranlassen. Um diese effektiv durchzuführen, wurde im November 1988 auf Empfehlung der „AKEM-Zwischenbilanz“ eine feste, sogenannte „Zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für ethnische Minderheiten“ beim Kölner Ordnungsamt eingerichtet. Die Aufgabe dieser „Beratungsstelle“ ist es ..., Roma zu „beraten“, die Stadt zu verlassen, ehe weitere Druckmittel wie Abschiebehaft eingesetzt werden. Dazu schreibt der „AKEM“ in seinem Bericht: „Es lehren die eigenen Erfahrungen ebenso wie die Auskünfte von Sachverständigen, daß eine vernünftige Zusammenarbeit mit Zigeunern umso leichter ist, je klarer und konsequenter ihnen reale Chancen und Grenzen vorgeführt werden“ (ebd., S. 5) ...

Die konkreten Aufgaben der „ethnischen Beratungsstelle“ werden in zwei Bereiche eingeteilt. Zum einen dient ihr Kontakt zu den Roma dazu, Daten über alle sich in Köln aufhaltenden bzw. durchreisenden Roma zu sammeln („der möglichst detaillierten Datenaufnahme einschließlich konsequenter Identitätsfeststellung“, ebd. S. 6). Daten werden von dieser Stelle aus auch an andere Polizei- und Ausländerbehörden bundesweit weitergeleitet. Sie fungiert dadurch als eine neue „Zigeunerdieststelle“ beim Ordnungsamt, wie einst die berüchtigte „Landfahrerzentrale“ bei der

Polizei ...

Zum anderen soll sie versuchen, Roma dazu zu bringen, die Stadt zu verlassen („mögliche Auskünfte, was geht und was nicht“, ebd.). Während der ... „AKEM“-Bericht sich durchgehend mit solchen positiv-negativ-Formulierungen schmückt, ist Eindeutiges über die Funktion und Arbeit der „ethnischen Beratungsstelle“ aus einem vertraulichen Schreiben zu erfahren, das am 05.04. 1989 von dieser Stelle ausging und an den Leiter der Hamburger Ausländerbehörde, Schiek, gerichtet ist. Hier wird die „Zentrale Anlauf- und Beratungsstelle“ als zuständig für die „Pflege des Patenschaftsmodells“ dargestellt, doch „sie übt natürlich auch eine Steuerungsfunktion im Hinblick auf die städtischen Belange aus“. Wie sich diese „Steuerungsfunktion“ in die Praxis umsetzt, wird aus folgendem Absatz aus dem Schreiben deutlich:

„Ausländerrechtlich wird — hier klammere ich die vorhandenen und potentiellen Patenschaften aus — auch bei den Roma das ganze Instrumentarium aufenthaltsbeender Maßnahmen angewendet, soweit nicht rechtliche Gründe für Aufenthaltsgenehmigungen vorliegen ...“

Parallel zur „Zentralen Anlauf- und Beratungsstelle“ wurde — auch ausgehend von den „AKEM“-Empfehlungen — ein sogenanntes „Roma-Projekt“ vom städtischen Jugendamt eingerichtet. „zur Eindämmung der Kinderkriminalität“, wie es im Bericht heißt (S. 8). Die-

ses sogenannte „Projekt“ beschäftigt ca. zehn Personen auf ABM-Basis, arbeitet eng mit der Polizei zusammen und fungiert als ein Kindergefängnis für jugendliche Roma (im formalen Sprachgebrauch: „mit eigenen Räumen zur Inobhutnahme von aufgegriffenen und in der Regel durch die Polizei zugeführten Roma-Kindern“, s. genanntes Schreiben vom 05.04.1989)

Die „Absonderung“ selbst der Kinder verleiht dem gesamten „Modell“ den Charakter einer zentral konzipierten Dauermaßnahme zur systematischen Ausgrenzung, Überwachung, Einschüchterung und schließlich zur wörtlichen Bekämpfung der in Köln lebenden Roma. Als Immigranten werden sie in ein abgelegenes und bewachtes Lager eingewiesen, mit „Sonderpapieren“ ausgestattet, die offiziell als „Stadtausweise“ gelten, die jedoch keiner anderen in der Stadt Köln lebenden Gruppe ausgestellt werden. Es sind also in der Praxis „Zigeunerausweise“, mit „Ghettoausweisen“ vergleichbar, die auf die Her-

kunft der Inhaber sowie auf die Einschränkungen, denen sie unterliegen (Arbeitsverbot sowie Verbot, die Stadtgrenze zu verlassen oder in der Stadt selbst eine Wohnung zu beziehen) hinweisen. Als Asylbewerber werden nur Roma durch eine für ihre Gruppe geschaffene zentrale Dienststelle dazu „beraten“, auf ihre Anträge zu verzichten und die Stadt bzw. die Bundesrepublik zu verlassen ...

Das Alibi „Patenschaftsmodell“

Besonders viel zitiert wird in letzter Zeit das Kölner „Patenschaftsmodell“, in dessen Rahmen sechs Roma-Familien, die bisher keinen Aufenthaltsstatus hatten und von Abschiebung bedroht waren, eine vorläufige „Duldung“ erteilt worden ist. Das „Patenschaftsmodell“ unterliegt, ebenso wie die „Beratung“ zur „Weiterreise“, der „Zentralen Anlauf- und Beratungsstelle für ethnische Minderheiten“. Es ist also die andere Seite der gleichen kulturrassistischen Medaille, die Roma vor die Wahl der

Ausgrenzung oder Assimilation stellt.

Als „Paten“ für das Projekt gelten Deutsche, die Kontakte zu den infragekommenden Roma-Familien geknüpft hatten oder knüpfen wollen, die aber vor allem dazu bereit sind, ihre Aktivitäten mit der „ethnischen Beratungsstelle“ eng zu koordinieren. Sie „begleiten“ die Roma zu Ämtern, helfen bei Schulangelegenheiten der Kinder und sollten „Kriminalität verhindern“, sind aber gleichzeitig für die Behörde der Ansprechpartner, der sie über die „Weiterentwicklung“ der betroffenen Familien informiert. Für die Familien ... hat das Urteil der „Paten“ existentielle Bedeutung: „Die Angehörigen der eingewiesenen Familien erhielten zunächst eine aufenthaltsrechtliche Duldung, die bei positiver Entwicklung in ein längerfristiges Aufenthaltsrecht überführt werden soll.“ (aus dem Bericht über Wohnprojekt zur Integration von Roma-Familien in Köln, S. 3)

Die deutschen „Paten“ erhalten nach diesem Konzept die Funktion von Be-

Erfahrungen der Roma mit dem Diakonischen Werk Hamburg

1980 hatte die Hamburger Diakonie im Auftrag der Behörden die „sozialpädagogische Betreuung“ für die aus Jugoslawien stammende Roma-Familie S. übernommen. Betreuungsziel: Umerziehung. In einer „Projektbeschreibung sozialpädagogische Betreuung für Zigeunergruppe in Hamburg ...“ formulierte die für das Diakonische Werk verantwortliche Projektleiterin Frau E. Engel: „Anleitung zur Selbsthilfe (Umgang mit Geld, Vorratswirtschaft, Ausgestaltung und Instandhaltung der eigenen Wohnung) ... Hilfe geben zur Gewöhnung an Kontinuität und Einhaltung von Absprachen ... Vertrautmachen mit hier gültigen Werten und Normen, z.B. Eigentumsbegriff, Hygiene, Bekleidung, Sozialverhalten, Einüben veränderten Sozialverhaltens, z.B. Konflikte ohne Gewalt auszutragen“

Diese Umerziehungsmaßnahmen des Diakonischen Werkes wurden durch Kontroll- und Drohmaßnahmen begleitet: Die „Betreuer“ unterhielten ständigen Kontakt zu den Behörden zwecks Überwachung der Familien, die sie „begleiten“ sollten. Aus ihren eigenen Angaben geht hervor, daß sich die Diakonie-Mitarbeiter nicht als Partner der Roma, sondern als Kollaborateure der staatlichen Stellen begriffen und diese

auch mit Informationen belieferten. So schrieb Frau Engel: „Sie bekamen Sozialhilfe, die zunächst zweimal monatl. abgeholt werden mußte. Damit sollte eine gewisse Kontrolle über die Anwesenheit der Fam. S. ausgeübt werden.“ („Bericht über die Situation der Familie S. im November 1981“)

Zusammenarbeit forderte und übte Frau Engel auch mit der Polizei: „Zwischen der Polizei (Kriminalpolizei) und dem D.W. (Diakonischen Werk, d. Red.) entwickelte sich eine gute Zusammenarbeit. (Da zunächst gehäufte Diebstahldelikte auftraten und eine eindeutige Identifikation der Täter wegen fehlender Ausweise nur schwer möglich war, erwies sich die Zusammenarbeit als sehr nützlich) ...“ (ebenda)

Das Ergebnis der „Betreuung“ der Familie S. durch das Diakonische Werk und Frau Engel war für die Familie selbst das Vertreibungsurteil. In einem letzten, als „vertraulich“ eingestuften „Bericht zur Situation der Familie S., August 1982“ schildert Frau Engel die Funktion ihres Projektes als Bewährungshilfe und Richter über die Zukunft der Familie zugleich:

„Ihrem in den vergangenen zwei Jahren gezeigten Verhalten nach muß die Familie S. jedoch wohl als eine typische Roma-Sippe, eine Nomadengruppe, be-

zeichnet werden ... Die Roma verbergen ihre kulturelle Zusammengehörigkeit und Eigenart hinter einem ausgebauten System schützender Täuschung ... Diese „Verdunklungstechniken“

muß man wohl als Überlebenstechniken sehen. Sie äußern sich z.B. ... im fortduernden Betteln aller Frauen und der meisten Kinder, immer zu mehreren und in immer neuen Zusammensetzungen; ... in ihrem „abgerissenen“ Äußeren, das sie einander so ähnlich macht; in dem Umherreisen (u.a. nach Bayern), das eine Kontrolle ihrer Handlungen zumindest erschwert ...“ Das endgültige Urteil lautete: „Die Erwartungen der Behörden an das Verhalten der Roma und die Möglichkeiten der Familienmitglieder der Familie S., sich an die Verhaltensweisen anzupassen und Lebensweise, Arbeits- und Rechtsnormen unseres Landes zu übernehmen, klaffen weit auseinander ... Unter diesen Umständen erscheint es dem Diakonischen Werk in Hamburg nicht verantwortlich, seine Bemühungen um Integration dieser Familie fortzusetzen.“

Kurz nach der Abgabe dieses Berichts wurde Familie S. nach Jugoslawien abgeschoben. Frau Engel ist im Juli 1989 nach wie vor Leiterin der Abteilung für Ökumenische Diakonie beim Diakonischen Werk Hamburg und steht für das neue Betreuungsprojekt bereit.

Quelle: RCU-Pressestelle: Die Rolle der Kirche — Handlanger der Behörden?

währungshelfern, die die Entscheidungsgewalt darüber haben, ob eine „positive Entwicklung“ vorliegt oder nicht, und dadurch das Schicksal der Betroffenen bestimmen. Völlig klar wird dabei, daß die nach außen hin dargestellte Charakterisierung des Projekts als eine Möglichkeit zum Aufenthalt und zur „Integration“ irreführend, ja sogar eine bewußte Täuschung ist. Denn auf keinen Fall steht es von vornherein fest, daß die sich am Projekt beteiligenden Roma-Familien dadurch einen Aufenthaltsstatus erwerben.

Täuschend und verlogen ist auch der propagandistische Versuch der Kölner Behörden, einen angeblich „populären“ Charakter des Projekts darzustellen: „Als Paten fungieren u.a. der ev. Superintendent, eine Pfarrerin als Roma-Befragte der ev. Senatsynode, Presbyteriumsmitglieder verschiedener ev. Kirchengemeinden, der Sozialdienst Katholischer Männer, eine AWO-Gruppe, die Kölner Roma-Initiativen (ein Zusammenschluß verschiedener Gruppen, von kirchlichen Gruppen bis z.B. zu terre des hommes) . . .“ (Schreiben der Kölner Behörde vom 05.04.89)

Tatsächlich schreiben aber die „Kölner Roma-Initiativen“, die über die Auseinandersetzung um das Schicksal der in der Stadt lebenden Roma aus erster Hand bestens informiert sind, über die sogenannten „Patenschaften“ in einer Stellungnahme vom 09.05.1989: „Eine Funktion erst Patenschaften, dann Aufenthalt haben wir stets abgelehnt . . . Da wir bei einigen Partnerschaften eher bedenkliche Tendenzen in Richtung Anpassung an deutsche Wohlstandigkeit beobachten (Sauberkeit, Ordnung, Ruhe etc.), halten wir hier ein über den Kampf um die Rechtsstellung hinausgehendes gutmeinendes Engagement eher für schädlich. Auch nicht Kriminalprävention kann unsere Aufgabe sein, sondern im Konfliktfall mit Gesetzen allenfalls konsequente rechtstaatliche Verteidigung.“

Ähnlich wie in den früheren Empfehlungen vorgesehen war, ist also der Aufenthalt — nicht einmal der gesicherte Aufenthalt — für wenige garantiert, um ein Alibi dafür zu haben, die Mehrheit der Roma aus der Stadt zu vertreiben. Im Gegensatz zu den öffentlichen Behauptungen, die Aufnahme der sechs Familien sei nur ein erster Schritt . . ., sind in dem „AKEM“-Bericht die Absichten der Kölner Behörden unmißverständlich formuliert: „Ausgehend davon, daß die besonderen Lebens- und Wohngewohnheiten der zahlmäßig sehr großen Familien ganz erhebliche Probleme bei der Wohnungsfrage bereiten, kommt der AK zu dem Ergebnis, daß die Aufnahme-

und Integrationskapazität der Stadt Köln mit 5-6 Haushalten oder mit der Größenordnung von 100 Personen voll ausgelastet sein wird.“ („AKEM“-Zwischenbilanz, S. 9).

Wieder wird die Lebensweise und Kultur der Roma für verantwortlich gehalten dafür, daß keine weiteren Familien aufgenommen werden können (man vergleiche die Kölner „Aufnahmekapazität“ in bezug auf „deutsch-stämmige Spätaussiedler“, beispielsweise). Doch die Behörde geht noch weit darüber hinaus. Selbst Roma, die über rechtliche Wege ein Aufenthaltsrecht erlangen sollen, will die Stadt vertreiben. An der gleichen Stelle im Bericht wird erläutert, dies gelte „unabhängig vom aufenthaltsrechtlichen Status der Betroffenen, schließt also auch Personen, die sich nach Abschluß des Asylverfahrens in



„Kidarelo“ — „Jemandem zum Fliehen bringen“ — die Bezeichnung der Roma für die Behördenpolitik

Köln aufzuhalten, mit ein“ (ebd.). Köln will also keine Roma haben, sondern einen „zigeunerfreien Lebensraum“.

Dabei wird mit dem „Patenschaftsprojekt“ eine gezielte und bewußte Augenwischerei betrieben. „Auf der Grundlage der zuvor benannten eigenen Vorleistungen ist die Stadt Köln auch gegenüber der kritischen Öffentlichkeit legitimiert, an die Hilfsbereitschaft anderer Städte . . . zu appellieren“, schreibt „AKEM“. „Sollten solche Appelle in angemessener Zeit keinen Erfolg haben, rechtfertigen die genannten Vorleistungen aber auch konsequente Negativ-Entscheidungen, die dann letztlich dahin zielen müssen, die betroffenen Familien in das Land ihrer Staatsangehörigkeit abzuschieben“ (ebd., S. 11). Die von der Stadt erbrachten „Vorleistungen“ — das „Patenschafts-“Bewährungsmodell

— gelten als Alibi, um die massiven Abschiebungen aller anderen in Köln lebenden Roma zu rechtfertigen.

Aus guten Gründen schreiben deshalb die „Kölner Roma-Initiativen“ über das „Kölner Modell: „. . . in seinen konkreten Umsetzungen ist es ein ordnungspolitisches Konzept zur Abwehr der Roma-Flüchtlinge. Wenn 100 Personen bleiben dürfen, müssen eben alle anderen gehen, und das sind an die 1500!“ (Stellungnahme vom 09.05.89) . . .

Ein Vertreibungsmodell als Muster?

Die Überlegungen zur Übertragung des sogenannten „Kölner Modells“ auf andere Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik stellen eine äußerst gefährliche Entwicklung dar; sie stellen nämlich die zentrale „Zigeunerpolitik“ auf eine neue Stufe, indem

(1) Daten über Roma zentral verwaltet, aktualisiert und weitergegeben werden und die dafür zuständigen „Sachverständigen“ als Berater für die „Integration“ und die Vertreibung zugleich eingesetzt werden;

(2) „Sondereinrichtungen“ entstehen, um den Druck auf Roma zu verstärken, ihnen das Leben in der Stadt unerträglich zu machen und sie zur Ausreise bzw. Weiterreise zu bewegen;

(3) als Alibi ein „Integrationsprojekt“ für einige wenige aufgestellt wird, für das sich die Behörde um populäre Unterstützung, einschließlich Beteiligung eines breiten Spektrums von Initiativen, Kirchen und Parteien bemüht, um diese in die allgemeine Politik der Behörde einzuspannen und sie zu „Partnern“ der mit „Zigeunerangelegenheiten“ beauftragten „Sonderbehörden“ zu machen.

Letzteres birgt die Gefahr einer neuen, „populistischen“ Vertreibungspolitik, die nicht nur die stillschweigende Zustimmung, sondern von nun an auch die aktive Unterstützung der als potentiell kritisch angesehenen Kreise sichert . . .

Gleichzeitig zeigt gerade die Lage der sechs Familien, die in der Kölner Eichhornstr. 6 untergebracht wurden, daß eine Verbesserung der Lage durch die Gewährung eines Aufenthaltsstatus, angemessenen Wohnraumes und einer Berufs- und Bildungsperspektive durchaus möglich ist. Ironischerweise stellt gerade dieser Alibi-Versuch die gesamte Konzeption der Kölner Stadtverwaltung auf den Kopf; denn er zeigt eindeutig, daß nicht die Lebensweise, die Kultur oder das „Wesen“ der Roma Ursache der Probleme, des Elends und der Misere sind, sondern die systematische Ausgrenzung und Verfolgung. Wird diese beseitigt, so kann erst von erfolgversprechenden Ansätzen die Rede sein.

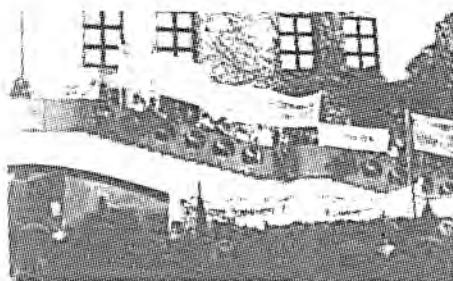


Antikriegstag 1989

Die Gewerkschaftsbewegung führt aus Anlaß des 50. Jahrestages des faschistischen Überfalls auf Polen, dem Beginn des zweitens Weltkriegs in vielen Orten antimilitaristische Kundgebungen und Demonstrationen durch. Der Aufruf des DGB wendet sich nicht gegen die revanchistischen und aggressiven Aktivitäten der Reaktion gegen die Staaten Osteuropas und meidet jede Kritik an Regierung und Konzernen. Die wirtschaftlichen und politischen Kräfte, die eine militärische Kraftentfaltung und Expansion des BRD-Imperialismus betreiben, können ihren Handlungsspielraum so weitgehend erhalten. Die Bundesregierung will sich selbst zu diesem Jahrestag erklären.

Ungarn: Ziele des „Demokratischen Forums“

Das „Demokratische Forum“ Ungarns (UDF) hat sich bei den jüngsten Nachwahlen als vorerst stärkste Oppositionspartei gegen die Regierungspartei herausgestellt. Vor den Wahlen hatte das UDF vor allem mit groß-ungarischen Aktionen auf sich aufmerksam gemacht. So gehörte das UDF zu den Organisatoren der Protestdemonstrationen gegen die angebliche „Unterdrückung“ der ungarischen Minderheit in Rumänien. Nach den Wahlen folgte die nächste Aktion: Gemeinsam mit Habsburgs „Panropa-Union“ und dem noch im Namen die Erinnerung an die Kreuzzüge wachhaltenden „Malteser-Hilfsdienst“ organisierte die UDF die massenhafte Grenzüberschreitung durch DDR-Flüchtlinge.



SKF: „Channel“-Fertigung rund um die Uhr?

Bis Ende 1990 soll bei SKF die Produktion zu 100 % auf „Channel-Prinzip“ umgestellt werden. In der Channelfertigung werden die Fertigungsabläufe produktbezogen orientiert mit dem Ziel der Optimierung des Fertigungsflusses, der Verkürzung der Durchlaufzeiten, der Senkung der Materialbestände. Die dazu maßgeschneiderte Produktionsphilosophie lautet: Richtige Haltung und Achtung für die Wünsche der Kunden — Lieferversprechen sind auf jeden Fall einzuhalten. So umschrieben soll jede Zumutung an die Belegschaft gerechtfertigt werden können. 1 1/2 Jahre nach der Abwehr von Lohnkürzung und Samstagsarbeit im Streik fordert SKF erneut 6 x 24 Std.-Produktion im Channel und ein neues Lohnsystem.

Kurdenverfolgung: Haftbedingungen der Inhaftierten

Bei Redaktionsschluß dieser Zeitung stand noch immer nicht fest, wie und in welchem Umfang das Oberlandesgericht Düsseldorf den von der Bundesanwaltschaft vorgelegten Anklagen gegen insgesamt 20 Kurdiinnen und Kurden wegen angeblichem Verstoß gegen § 129a StGB folgen wird. Einer der angeblichen „Terroristen“ ist nun frei: Selman Arslan, seit Frühjahr 1988 inhaftiert, wurde Mitte August vom Haftrichter freigelassen. Kurz darauf bot selbst die BAW Arslan an, das Verfahren ganz einzustellen, wenn er für sechs Monate auf eine Haftentschädigung verzichte. Arslan lehnte ab. Im nächsten Heft berichtet Arslan über seine Haftbedingungen während der eineinhalbjährigen Isolationshaft.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich, Preis 2.50 DM

Herausgeber

Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226
Tel. 0221/21 64 42
Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m b H.
5 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226
Tel. 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie — Nachrichten Stahl- und Metallindustrie. 1.20 DM
Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront 0.50 DM
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie — Nachrichten Chemische Industrie. 0.50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe — Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe. 0.80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik — Informationsdienst Gesundheitspolitik. 1.20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse — Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse. 1.20 DM

AG für antifaschistische Bildungspolitik und AG für Revolutionäre Hochschulpolitik — Nachrichten, Analysen, Protokolle. 1.20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik — Nachrichten, Analysen, Mitteilungen. 1.20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m b H.
5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6 a. 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskstr. 5. 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Düsselstr. 55, 3000 Hannover 1
BWK Nordrhein-Westfalen
Zülpicher Straße 7. 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 110822, 6000 Frankfurt 1
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Waldfriedhofstr. 9. 6800 Mannheim 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerstellung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226, Telefon 0221/21 16 58. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 1144393600. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rudiger Lotzer; für Aus Verbanden und Parteien: Martin Lopp; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik: Spezialberichte Alfred Küstler

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront: AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront VF

Druck: Farbo Druck & Grafik Team GmbH Köln .. Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei Vierteljährlich Beilage. Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken